



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



• **Friedrich Christoph Dahlmann**

Geschichtliche Bedeutung
und Aktualität

• **Gerhart Bettermann**

Ein Künstler in neuem Licht

• **Klaus Tscheuschner**

Kommunalpolitik im
deutsch-dänischen Umfeld

• **Sparpolitik**

Folgen für die deutsche
Volksgruppe in Nordschleswig

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT

Seite

Reimer Hansen

Geschichtliche Bedeutung und Aktualität des Historikers
Friedrich Christoph Dahlmann.
Rückblick und Würdigung aus Anlass seines 150. Todestages3

Matthias Scharl

„Mein oberstes Prinzip ist die Ehrlichkeit“.
Der Maler Gerhart Bettermann und seine angebliche Flucht
nach Schleswig-Holstein 1933-35 15

Jörn-Peter Leppien

Kommunalpolitik im deutsch-dänischen Umfeld.
Ein Interview mit dem bisherigen Flensburger Oberbürgermeister
Klaus Tscheuschner41

Harro Hallmann

Die Finanzierung von Minderheiten am Beispiel der
deutschen Volksgruppe in Dänemark 53

Umschau61

Echo: Geschichtsgesellschaft und Diskussionsfreiheit.
Bemerkungen der GFH-Redaktion72

Buchbesprechungen 83

Mitarbeiter/innen dieses Heftes93

Abbildungsnachweis94

Verzeichnis der im Jahre 2010 in den
Grenzfriedensheften erschienenen Aufsätze95

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Ove Jensen, M.A., Lollfuß 6 · 24837 Schleswig
- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: mittelstaedt-design@web.de · www.mittelstaedt-media-design.de

Druck:

Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ISSN 1867-1853

Geschichtliche Bedeutung und Aktualität des Historikers Friedrich Christoph Dahlmann

Rückblick und Würdigung aus Anlass seines 150. Todestages

von REIMER HANSEN

Wir drucken hier das Referat ab, das Reimer Hansen – emeritierter Professor für Neuere Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin und ausgezeichnete Kenner der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte – auf dem Gedenkkolloquium der Universität Bonn zum 150. Todestag Friedrich Christoph Dahlmanns gehalten hat. Als junger Geschichtsprofessor an der Christian-Albrechts-Universität Kiel und Sekretär der Fortwährenden Deputation der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschaft hat Dahlmann in der Geschichte der Herzogtümer Schleswig und Holstein zwischen dem Ausgang der napoleonischen Fremdherrschaft und dem Vorabend der Julirevolution bleibende Spuren hinterlassen. Durch seine Deutung der Bestimmung des Privilegs von Ripen 1460 „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“ als Gewähr staatlicher Untrennbarkeit der Herzogtümer Schleswig und Holstein ist er überdies – wie es in einer Kapitelüberschrift der in der Vorbemerkung Hansens erwähnten neuen Biographie von Wilhelm Bleek treffend heißt – zum „Erfinder der Unteilbarkeit Schleswig-Holsteins“ (S. 73) geworden. Diese wurde in der populären Devise der deutsch-schleswig-holsteinischen Bewegung des Vormärz noch einmal zur nationalpolitischen Kampfparole „up ewig ungedeelt“ markant zugespitzt und wirkt über die öffentliche Meinung hinaus auch in der wissenschaftlichen Landesgeschichtsschreibung bis in unsere Gegenwart nach (s.d. GFH 3/2010, S. 187 ff.).

Die Redaktion

Vorbemerkung

Der nachfolgende Beitrag gibt den für die Grenzfriedenshefte durchgesehenen Text meines Referats wieder, das ich auf der Gedenkveranstaltung „Friedrich Christoph Dahlmann und die gute Politik. Kolloquium zum 150. Todestag von Friedrich Christoph Dahlmann“ am 19. November 2010 im Festsaal der Universität Bonn unter dem leitenden Thema „Zur Aktualität Dahlmanns“ über „Dahlmann und der Beruf des Historikers“ gehalten habe. Aus Anlass der 150. Wiederkehr

des Todestages am 5.12.1860 war das neue umfassende Werk des durch zahlreiche einschlägige Veröffentlichungen hervorragend ausgewiesenen emeritierten historischen Politikwissenschaftlers der Ruhr-Universität Bochum Wilhelm Bleek: „Friedrich Christoph Dahlmann. Eine Biographie“ im Verlag C. H. Beck München 2010, 472 Seiten, erschienen. Das Kolloquium wurde zudem von der Ausstellung „Gute Politik. Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860). Von der Aktualität einer historischen Herausforderung“ begleitet, die das Stadtgeschichtliche Museum der Hansestadt Wismar, Dahlmanns Geburtsort, 2007 eröffnet und auch bereits unter der Ägide des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat Berlin gezeigt hatte. Die auf die wesentlichen aktuellen Gesichtspunkte konzentrierte historische Ausstellung wird von einer Schrift unter dem gleichen Titel erläutert und erklärt. Sie ist als Band 11 der „Wismarer Studien“ erschienen und von Wilhelm Bleek, Tilmann Bendikowski und Béatrice Busjan informativ gestaltet und reich illustriert worden. Mir oblag auf dem Kolloquium die Würdigung des Historikers Friedrich Christoph Dahlmann. Die unterschiedliche Formulierung des Titels meines Beitrags erklärt sich aus der thematischen Konzeption und systematischen Disposition des Tagungsprogramms, das im ersten Teil die Themen „Dahlmann und der Beruf der Universität“, „Dahlmann und der Beruf des Historikers“ und „Dahlmann und der Beruf des Politikwissenschaftlers“ behandelte. Die folgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf meine einschlägigen Veröffentlichungen, zuletzt: „Dahlmann, Friedrich Christoph, Historiker und Politiker“, in: Kieler Lebensläufe aus sechs Jahrhunderten, herausgegeben von Hans F. Rothert (= Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 3), Neumünster 2006, S. 63-67, mit den wesentlichen bibliographischen Angaben S. 353 f. Auf weitere Belege, insbesondere der Zitate, und Literaturhinweise ist hier verzichtet worden, da sie der für den Druck vervollständigten Fassung des Beitrags entnommen werden können, die demnächst im Tagungsband der Universität Bonn, herausgegeben von Thomas Becker, Wilhelm Bleek und Tilman Mayer, veröffentlicht wird.

Dahlmann als moderner Historiker

„F.C. Dahlmann's Erster Vortrag an der Rheinischen Hochschule“ oder – um Wilhelm Bleeks Präzisierung zu zitieren – seine eigentliche akademische „Antrittsvorlesung“ an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn am 28.11.1842 schloss mit dem Ausruf: „Ich freue mich des Berufes meiner Zukunft, ich bin stolz darauf.“ Dahlmann kannte und verwandte mithin für seine neue Aufgabe die Bezeichnung „Beruf“. Aber war damit im Verständnis des Gedenkkolloquiums zur Aktualität Dahlmanns auch „der Beruf des Historikers“ und „des Politikwissenschaftlers“ gemeint? Knapp fünf Jahre nach seiner Entlassung und

Landesverweisung als führender Kopf des Protestes der „Göttinger Sieben“ – allesamt Professoren der Georg-August-Universität Göttingen – gegen den Verfassungsbruch ihres neuen Landesherrn, König Ernst August von Hannover, im Jahre 1837 war Friedrich Christoph Dahlmann als ordentlicher Professor für „Staatswissenschaften und deutsche Geschichte“ der Philosophischen Fakultät nach Bonn berufen worden. Befragt man den Text, so verstand er diese Aufgabe als seine „neue Laufbahn“ im akademischen „Lehramte“, und zwar „der Lehre“ oder „der Wissenschaft vom Staate“.

Bei der aktuellen Bezeichnung „Beruf“ assoziiert man heute wohl eher die Titel der beiden berühmten Vorträge, die Max Weber 1919 in München vor dem Freistudentischen Bund zum einen über „Wissenschaft“ und zum anderen über „Politik als Beruf“ gehalten hat. In ihnen ist der Beruf der Wissenschaft indes schon explizit durch die moderne Bedeutung strenger professioneller Spezialisierung bestimmt. Dahlmann hingegen verstand seinen akademischen Beruf noch in der herkömmlichen generellen Bedeutung als Profession oder Amt. Er war 1812 in der Nachfolge des verstorbenen ordentlichen Professors der Geschichte Dietrich Hermann Hegewisch zunächst als Adjunkt der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel für „Vorlesungen über Geschichte“ bestellt und dann gut ein Jahr darauf in dieser Funktion zum außerordentlichen Professor der „Geschichte“ ernannt worden. 1829 folgte er einem Ruf nach Göttingen auf die ordentliche Professur für „Politik, Kameral-, Finanz- und Polizeiwissenschaft, Nationalökonomie und deutsche Geschichte“ an der Philosophischen Fakultät der Georg-August-Universität. In Kiel lehrte er noch die unbegrenzte universale Geschichte von der Antike bis zum dänischen Gesamtstaat der Gegenwart weitgehend in ihrer vormodernen Funktion als Hilfswissenschaft und Lehrerin (magistra) anderer Disziplinen, in Göttingen und Bonn dagegen als „deutsche Geschichte“ im Zusammenhang der „Wissenschaft vom Staate“ oder ihrer Teildisziplinen, freilich nicht im vorgegebenen engen nationalen, sondern im weiteren epochenübergreifenden europäischen Rahmen.

Dies gilt es stets mit zu bedenken, wenn angesichts der Aktualität Dahlmanns der Beruf des Historikers oder auch der des Politikwissenschaftlers gemeint ist. Es wäre daher ein vergebliches Unterfangen, über eine rein systematische Differenzierung aus disziplingeschichtlicher Sicht hinaus im Lebenslauf Dahlmanns den wissenschaftlichen Beruf des Historikers von dem des Politikwissenschaftlers strikt unterscheiden und abgrenzen zu wollen. Denn Dahlmann hat den Gegenstand seiner Lehre von Anbeginn aus den festen, unverrückbaren Prämissen einer politisch-gegenwartsorientierten Geschichte und einer historisch fundierten Politik verstanden. Die folgenden Ausführungen werden sich allein schon angesichts der knapp bemessenen Zeit des Referats auf einige wenige bestimmte Aspekte des historisch und historiographiegeschichtlich aktuell gebliebenen

Historikers Friedrich Christoph Dahlmann in strikter exemplarischer Auswahl beschränken müssen.

Auch wenn Dahlmann die Geschichte – nach dem bekannten Diktum Ciceros „*historia magistra vitae*“ – immer wieder als Lehrerin des Lebens, der Gegenwart oder der Politik bezeichnet, erörtert und auch konkret befragt hat, wird man ihn gleichwohl nicht mehr – wie etwa Hermann Heimpel noch vor gut einem halben Jahrhundert im Unterschied zum älteren Niebuhr oder zum jüngeren Ranke – als „vorwissenschaftlichen Historiker“ abstempeln können, der noch dem „Unschuldalter“ der historischen Forschung angehört habe. Der von Heimpel geltend gemachten Ausgabe von Rimberts „*Vita Anskarii*“ in den „*Scriptores der Monumenta Germaniae Historica*“ aus dem Jahre 1829 steht die zwei Jahre zuvor erschienene zweibändige Edition Dahlmanns der „*Chronik des Landes Dithmarschen*“ von Neocorus gegenüber, die sich bis heute in der einschlägigen Forschung durchweg bewährt hat und trotz mancher Mängel immer noch nicht durch eine neuere kritische Ausgabe ersetzt worden ist.

Weit wichtiger ist indes, dass Dahlmann die im 18. Jahrhundert insbesondere durch die Göttinger historische Schule breit vorbereitete und von Barthold Georg Niebuhr mit seinen Vorlesungen über die Römische Geschichte während der ersten beiden Semester an der neugegründeten Berliner Universität vollendete doppelte Historisierung der vormodernen Hilfswissenschaft der Historie durch die grundlegende epistemologische Einsicht in die Historizität ihres Gegenstandes und ihrer Erkenntnis vertraut war, als er sich im Frühjahr 1812, wie er rückblickend im Fragment seiner Autobiographie mit merklichem Understatement ausführte, „als Lehrer der Geschichte nach Kiel versetzt sah, ohne ein Wort über Geschichte geschrieben, ja sogar ohne in meinem Leben ein historisches Collegium gehört zu haben.“ Er war zwar nicht im engeren disziplinären Verständnis als Historiker ausgewiesen, hatte aber in Kopenhagen und Halle klassische Philologie, in Halle überdies bei Friedrich August Wolf moderne klassische Altertumswissenschaft studiert. Dabei war er in Kopenhagen Niebuhr begegnet und hatte seitdem einen mit der Zeit immer enger gewordenen persönlichen Kontakt zu ihm unterhalten. Die wesentlichen Grundlagen der modernen Geschichtswissenschaft dürfte er indes zur Hauptsache in Halle erworben haben, wo er unter der Ägide Wolfs in die neue kritische Methode der klassischen Altertumswissenschaft eingeführt worden war. Auch wenn Dahlmann zeitlebens an seiner geradezu apodiktischen Gewissheit von der Historie als Lehrerin festhielt, war sie für ihn nicht mehr nur der bloße generelle Erfahrungsschatz des Menschenmöglichen in überzeitlicher Exemplarität zu beliebiger Applikation geblieben, sondern weit darüber hinaus zu einer über die Distanz der Zeiten durch thematische Entwicklung und spezifischen Vergleich bis in die aktuelle Gegenwart historisierte moderne „*magistra vitae politica*“ geworden.



Abb. 1
Titelblatt des ersten Bandes
von Dahlmanns „Geschichte von
Dänemark“ in der von Heeren
und Ukert herausgegebenen
„Geschichte der europäischen
Staaten“ aus dem Jahre 1840

Wie weit er sich dabei die kritische Methode der modernen Geschichtswissenschaft angeeignet hatte und eigenständig handzuhaben verstand, bezeugen nicht nur die beiden genannten Editionen, sondern ebenso sehr, wenn nicht mehr noch die beiden Bände quellenkritischer „Forschungen auf dem Gebiete der Geschichte“, die 1822/23 erschienen, namentlich seine eingehenden Untersuchungen „Über den Cimronischen Frieden“ und über Herodot. Besondere Beachtung verdient Dahlmanns historisch-philologische Untersuchung der gegen 1200 entstandenen „Gesta Danorum“ des Saxo Grammaticus in der „Einleitung in die Kritik der Geschichte von Alt-Dänemark“, zumal er hiermit bereits eine wichtige quellenkritische Vorstudie für sein historiographisches Hauptwerk, die in den fünf Jahren des unfreiwilligen Exils in Jena – zwischen der Vertreibung aus Göttingen und der Berufung nach Bonn – entstandenen drei Bände der „Geschichte von Dänemark“ (1840/41/43), präsentierte. Ihn interessierte an dem „Vater der dänischen Geschichte“, wie sie seit Jahrhunderten geglaubt worden

sei und im Ganzen auch jetzt noch geglaubt werde, vor allem der zentrale historiographische Aspekt, „wie er zu seiner Geschichte gekommen“ sei, was er vorgefunden und wie er die Gesta „zusammengesetzt“ habe. Aus dem Fehlen einer orientierenden Zeitrechnung und dem offenkundigen Mangel schriftlicher Quellen erschließt Dahlmann als wesentliche „wirkliche Grundlage“ der ersten neun Bücher die in Dichtung und „Volksmeinung“ fortlebende Sage. Diese aber sei keine historiographisch überlieferte Geschichte. Und so könne aus ihr daher auch, „lateinisch übersetzt, nach Königen geordnet und in Bücher abgeteilt, nun und nimmer Geschichte“ werden. An Hand des politischen und sozialen Kontextes von Sagenhandlungen kann er indes verschiedene historische Schichten herausarbeiten. Saxo, stellt Dahlmann fest, sei vorzugsweise „der jüngsten Einkleidung seiner Überlieferungen“ gefolgt: „Wäre“, fährt er fort, „zu Saxos Zeit die Calmarer Union gewesen, vermutlich würden wir dann ein uraltes skandinavisches Gesamtreich schon als Anfangspunkt im Hintergrunde der alten Geschichte erblicken.“ Als eine Erzählung der „allerneuesten Entstehung“ weist er mit Hilfe seiner grundlegenden Einsicht den Teil der „Gesta“ aus, der sich weder aus Geschichte noch aus Sage herleiten lasse: die ausführlich im fünften Buch abgehandelte Regierung König Frodes III., der zur Zeit der Geburt Christi wie Augustus das Imperium Romanum ein nordisches Großreich beherrscht habe. Dahlmann zeigt an Hand der Sozialverfassung, der Kriegsordnung und der Gesetzgebung der angeblichen Regierung Frodes um die christlich-kalendarische Zeitenwende, dass sie die Gegenwart Saxos, mithin die Zeit der ersten beiden Waldemare spiegele und daher „gar nicht früher erdacht sein“ könne. Mit Ausnahme einiger skandinavischer Stimmen, die sich gegen diese methodisch-kritische Entmythologisierung Saxos zur Wehr setzten, fanden Dahlmanns historisch-philologische Studien in der Fachhistorie eine durchweg günstige Aufnahme. Und sie dürfen bei allem historiographiegeschichtlichen und historiographischen Fortschritt gewiss auch heute noch auf Grund ihres modernen methodisch-kritischen Ansatzes in der Würdigung der Aktualität Dahlmanns prinzipiell eine entsprechend allgemeine positive Resonanz in Anspruch nehmen.

Dahlmann als politischer Historiker

Die quellen- und traditionskritischen „Forschungen auf dem Gebiete der Geschichte“ hatten ihm die epistemologische Einsicht eröffnet, dass – wie er lapidar feststellte – „unsere Neigungen die Herrschaft über unser Wissen führen“. Er war dabei tief in die untersuchten historischen und historiographischen Texte eingedrungen, hatte sie dem historischen Verständnis erschließen, historisch erklären, beurteilen und einordnen können. Zu einer analogen kritischen Selbstreflexion, die auch nach der eigenen spezifischen Historizität, speziell

seinen eigenen erkenntnisleitenden Interessen oder Neigungen und ihrer Herrschaft über sein Wissen gefragt hätten, scheinen sie ihn indes nicht veranlasst zu haben. Aber er hat sie verschiedentlich offen bekannt. Im Vorbericht zu seiner Neocorus-Edition heißt es in besonders aufschlussreicher Offenherzigkeit: „Wer sich der anschwellenden historischen Masse erfreut, findet hier einen weiten Tummelplatz; wer die Geschichte als Lehrerin betrachtet, zunächst für die eigene Läuterung in Sinn und Sitte, dann aber zur Erwärmung des Gemüthes für die öffentliche Wohlfahrt, insofern sie auf vaterländischen Tugenden beruht, wird nicht leer ausgehen. Möge es dem Herausgeber verziehen werden, wenn er sich lieber zu der kleinen Zahl der Lezteren wendet!“

Dahlmann hat hierin keine subjektive Parteilichkeit sehen wollen, sondern die Bekräftigung der Lehrerin Geschichte und die Befolgung ihres kategorischen Imperativs zu einer „guten Politik“. Er hat bekanntlich nicht nur als Politiker, sondern auch als Professor in Kiel, in Göttingen und in Bonn bewusst und verantwortlich aus diesem Bekenntnis gehandelt. Und er ist hierin nicht minder, wahrscheinlich sogar noch deutlich mehr als in seiner quellenkritischen Forschung bis heute aktuell, wenn auch durchaus nicht unumstritten geblieben. Ich muss mich hier jedoch darauf beschränken, diese Aktualität des Historikers lediglich anzudeuten. In ihrer grundlegenden Thematik und Problematik führt sie nämlich alsbald vom Beruf des Historikers in andere systematische und biographische Zusammenhänge der Aktualität Dahlmanns. Hier soll jedoch ihr engerer und genuiner wissenschaftsspezifischer Zusammenhang, soweit er den Beruf des Historikers berührt, noch an einem weiteren zentralen Beispiel erörtert werden.

In seiner erst aus dem Nachlass veröffentlichten politischen Erstlingsschrift „Über die letzten Schicksale der deutschen Untertanen Dänemarks“ aus dem Jahre 1814, in seiner akademischen Festrede zum Sieg bei Waterloo in der Universität Kiel 1815 sowie des Weiteren in seiner Abhandlung „Ein Wort über Verfassung“ in den „Kieler Blättern“ aus dem gleichen Jahr hatte Dahlmann die Unteilbarkeitsklausel des Privilegs oder Vertrags von Ripen, den der König von Dänemark Christian I. anlässlich seiner Wahl zum Grafen von Holstein und Herzog von Schleswig durch führende Repräsentanten des Großadels der schleswig-holsteinischen Ritterschaft 1460 als Wahlkapitulation ausgestellt hatte, gleichsam wiederentdeckt, ans Licht gebracht und aktualisiert. In ihr gelobte der neue Landesherr für beide Territorien, „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“. Dahlmann deutete sie ganz im Sinne seines politischen Engagements als Sekretär der Fortwährenden Deputation der schleswig-holsteinischen Ritterschaft und sah sie hinsichtlich des Artikels 13 der deutschen Bundesakte von 1815 als historische Bekräftigung für die – wie er sie neuhochdeutsch paraphrasierte – „unzertrennlich in ihrer Verfassung verbundenen“ Herzogtümer.

In dem von ihm vorangetriebenen Rekurs des holsteinischen Teils der Ritter-



Abb. 2
Der junge Dahlmann,
vermutlich in seinen Kieler
Jahren. Stahlstich von Georg
Wolf, nach einem „früheren
Lichtbild Vogels“, in Meyers
Parlaments Chronik,
Hildburghausen 1848/49

schaft an den Deutschen Bund erstrebte er die Wiederherstellung der – wie es im Titel der von ihm verfassten Denkschrift heißt – „in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassung“ beider Herzogtümer. Er wurde schließlich Ende 1822 der Bundesversammlung überreicht und ein halbes Jahr danach von ihr abgewiesen. Dieser Ausgang war gleichsam vorprogrammiert, da lediglich Holstein dem Deutschen Bund angehörte. In der deutsch-schleswig-holsteinischen Bewegung sollte die Unteilbarkeitsklausel jedoch zu einem historisch-politischen Argument im Nationalkonflikt mit Dänemark und schließlich in der verkürzten propagandistischen Devise „up ewig ungedeeft“ über die beiden deutsch-dänischen Kriege 1848-50 und 1863/64 bis tief ins 20. Jahrhundert hinein zur weit verbreiteten Kampfparole werden.

William Carr schreibt 1963 in seiner gründlichen Untersuchung „Schleswig-Holstein 1815-48. A Study in National Conflict“, dass Dahlmann mit seiner Forderung nach einer Verfassung für Schleswig-Holstein in Personalunion mit dem Königreich Dänemark, aber als Mitglied des Deutschen Bundes ein neues und

ingeniöses legales Argument hervorgebracht habe, das zum Rüstzeug von Generationen deutscher Nationalisten geworden sei. Zu seiner Deutung der Unteilbarkeitsklausel als Unzertrennlichkeit der Herzogtümer („inseparability of the duchies“) Schleswig und Holstein merkt Carr indes in einer Fußnote lapidar an: „Tatsächlich meinte sie nur, dass kein Herzogtum zu Gunsten von Söhnen der jüngeren Linie geteilt werde (In fact it only meant that neither duchy would be partitioned in favour of sons of the younger line).“ Und in der Tat: Der Historiker Dahlmann hatte lediglich in die Unteilbarkeitsklausel hineingelesen, wovon er als Deputationssekretär der Ritterschaft politisch überzeugt war, was er für richtig hielt und forderte. Hätte er sie mit dem kritisch-methodischen Anspruch und Aufwand seiner Untersuchung *Saxos* analysiert, dürfte er vermutlich zu einem anderen Ergebnis gelangt sein. Der dänische Politiker, Jurist und Historiker Andreas Friedrich Krieger gelangte jedenfalls im Revolutionsjahr 1848 auf diesem Wege zu dem triftigen Ergebnis, dass die Unteilbarkeitsklausel des Privilegs oder Vertrags von Ripen „eine Bestimmung über die Unzertheilbarkeit, nicht aber die Untrennbarkeit der Herzogtümer“ sei. Fürwahr: Selbst bei allem gemeinsamen politischen Willen dazu hätten 1460 weder die großadligen Wähler noch der gewählte Fürst die über einen Verzicht auf partielle dynastische Erbteilung hinausgehende territoriale und konstitutionelle Einheit eines Lehens der dänischen Krone und eines mittelbaren Reichslehens nach Recht und Gesetz legal verbürgen oder vertraglich miteinander vereinbaren und in einer landesherrlichen Urkunde verbriefen können.

In der bis weit ins 20. Jahrhundert vom deutsch-dänischen Nationalkonflikt überschatteten einschlägigen Literatur zur schleswig-holsteinischen Landesgeschichte hat Dahlmann sich freilich eindrucksvoll durchsetzen können. Noch bis in die Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gehörte dieses Verständnis der Unteilbarkeitsformel zum eisernen Bestand des selbstevidenten landesgeschichtlichen Grundwissens. In der Öffentlichkeit konnte es zudem eine förmlich gesteigerte und überhöhte Bedeutung annehmen, wie es etwa die Ministerpräsidenten Kai Uwe von Hassel und Uwe Barschel geübt, gelegentlich aber auch gestandene Landeshistoriker geäußert haben. Den jüngsten Beleg der Dahlmannschen Deutung der Unteilbarkeitsformel fand ich in einem einschlägigen Beitrag des damaligen Inhabers der landesgeschichtlichen Professur der Christian-Albrechts-Universität Kiel Thomas Riis aus dem Jahre 2004. Dort ist weiterhin vom „Grundsatz der Untrennbarkeit Schlesiens und Holsteins“ die Rede. Dahlmann selbst hat mit seiner historischen Deutung und der darauf gegründeten apodiktischen politischen Forderung nach Zugehörigkeit des Herzogtums Schlesiens zur deutschen Nation schließlich sogar, wenn auch nur für einen Moment, als Abgeordneter der Paulskirchen-Nationalversammlung veritable Politik machen können. In der Debatte über den Malmöer Waffenstillstand gelang es

ihm 1848, unter dem Eindruck seiner kaum zu überschätzenden persönlichen Autorität mit den vermeintlichen Argumenten der Lehrerin Geschichte die pragmatischen Befürworter knapp zu majorisieren und damit das amtierende Reichsministerium zu stürzen. Der Reichsminister des Handels Arnold Duckwitz hat im Rückblick den schweren Vorwurf erhoben, die „Schwärmerei für ganz Schleswig und Holstein ungetrennt“ habe der nationalen Bewegung den „Todesstoß“ versetzt, weil sie fast alle europäischen Mächte gegen die deutsche Seite auf den Plan gerufen habe.

Das politische Werturteil und die Historizität Dahlmanns

Dahlmann hat seinen gleichsam imperativen Auftrag der Lehrerin Geschichte, „die Forderungen der Gegenwart nach der Vergangenheit“ zu ermessen und „Zukünftiges nach Vergangenen zu bestimmen“, insbesondere auch im Hörsaal durch das gesprochene und in der gelehrten wie in der gebildeten Öffentlichkeit durch das gedruckte Wort nachdrücklich vertreten. Ein klärendes Kapitel der „Politik“ beginnt bezeichnenderweise mit der Aufforderung: „Fragen wir die Geschichte.“ Sie hätte ebensogut seinen beiden, aus Vorlesungen hervorgegangenen Büchern über die Geschichte der englischen und der französischen Revolution 1844 und 1845, die Heinrich von Treitschke treffend als „die Sturmvögel der deutschen Revolution“ bezeichnet hat, voranstehen können. In der Einleitung zu ersterer heißt es im Blick auf den Gegenstand: zwar sei „kein Theil der vielgliedrigen Geschichte der Menschheit so unfruchtbar, daß seine Darstellung ohne Ausbeute bliebe.“ Aber es gebe „historische Gebiete, deren überschwänglich fruchtbarer Boden doppelte und dreifache Ernten“ verspreche: „An sich selber lehrreich, fördern diese zugleich ein weiter reichendes Verständniß der Zeiten, lösen beängstigende Fragen der Gegenwart und enthüllen vielleicht einen Theil der uns schwachen Menschen sonst so unzugänglichen Zukunft.“

Die Antwort der Lehrerin Geschichte aus dem Munde oder der Feder Dahlmanns hieß immer wieder: die „gute Politik“, der „gute Staat“ oder die „gute Verfassung“ in Gestalt einer historisch gewordenen freien Entwicklung der sozialen Stände zu einer kräftigen, funktionstüchtigen Volksvertretung. Um die „Politik“ zu zitieren: „keine aus der Luft gegriffene, sondern eine, die auf historischem Grunde ruhend, das Nacheinander der Geschichte zu einem Nebeneinander“ gestaltet. Es ist das Verdienst unseres verehrten Nestors Karl Dietrich Bracher, nach der vorherrschenden nationalstaatlichen, nationalistischen und schließlich sogar nationalsozialistischen Vereinnahmung Dahlmanns hier gleichsam an Ort und Stelle in der Universität Bonn aus Anlass des 100. Todestages vor einem halben Jahrhundert in seiner Gedenkrede daran erinnert und mit bleibender Wirkung nachdrücklich festgestellt zu haben, dass er lebenslang an einer „primär verfas-



Abb. 3
Friedrich Christoph Dahlmann.
Anonyme Bleistiftzeichnung
aus dem Nachlass Dahlmanns in
der Staatsbibliothek zu Berlin.
Nach der Aufschrift „Onkel Dahlmann“
vermutlich von seiner zeichnerisch
talentierten Nichte Lotte Hegewisch
(1822-1903)

sungspolitischen Betrachtungsweise“ und ihrer „überstaatlichen und übernationalen Begründung der Politik festgehalten“ habe.

Dahlmann kannte hierfür keinen verbindlichen normativen Idealtypus, sondern nur die Vielfalt der Ausprägungen, die die europäische Geschichte hervorgebracht hatte. Vergleicht man seine eigenen, jeweils konkreten Vorstellungen, so zeichnet sich im Laufe seines Lebens von den Kieler Anfängen bis zur Paulskirche eine Entwicklung vom historisch-landständischen Verfassungsmuster zum Modell der konstitutionellen Monarchie englischer Provenienz ab. Der maßgeblich von ihm inspirierte Verfassungsentwurf des Siebzehner-Ausschusses nahm im Wesentlichen die Paulskirchen-Verfassung vorweg, deren Entstehung wiederum größtenteils auf seinen Einfluss zurückging. Dabei motivierte ihn, wie er im Vorwort zum Siebzehner-Entwurf schrieb, mit seinen Ausschusskollegen die „ungeheure Kühnheit, ja Vermessenheit“ der politischen Überzeugung, „durch wenige scharf einschneidende Paragraphen tausendjährige Schäden heilen zu wollen.“

Der Historiker Dahlmann dachte, lehrte und forschte von Anbeginn im kontinentalen Rahmen Europas, das – wie es bereits 1815 heißt – bei aller Verschiedenheit seiner Völker „einen gemeinsamen Grundcharakter“ habe und daher „ähnlicher Verfassungen fähig“ sei. Dabei orientierte er sich nicht wie Ranke am

System der „großen Mächte“, sondern an der grundlegenden Verfassungsordnung. Und zwar gut vier Jahrzehnte, bevor Alexis de Toqueville die im Grunde identische Ordnungsstruktur einer alteuropäischen Verfassung („ancienne“ oder „vieille constitution de l'Europe“) von der Ostgrenze Polens bis zum irischen Meer konstatieren sollte. Dahlmann maß dieser – wie er 1815 in der Waterloo-Rede ausführt – „Grundfeste des europäischen Lebens“ zugleich allgemeine normative Bedeutung bei. Das „europäische Staatengebäude“ – stellt er dort fest – sei „auf Volksfreiheit und Verfassung gegründet“ gewesen. Wo er diese im Verlauf der Geschichte, namentlich durch Absolutismus und Revolution, Despotismus und Anarchie, bedroht, verletzt oder beseitigt sah, fällte er eindeutige rigorose Werturteile. Bereits 1820 hatte er in ein und demselben Zusammenhang seines aphoristischen Aufsatzes „Von politischen Drangsalen“ die Teilungen Polens und den revolutionären Umsturz Frankreichs mit dem Ausruf: „Ein Volksmord gleichzeitig dem Königsmorde!“ scharf verurteilt. Und in seiner unvollendet gebliebenen „Geschichte von Dänemark“ heißt es bitterböse in einem Ausblick aus dem 14. ins 17. Jahrhundert, dass der einst freie Bauernstand nunmehr als neuer „Skavenstand“ in Erscheinung trete.

Er hat auch hierin keine fach- und sachfremde einseitige moralische oder politische Parteilichkeit zu Lasten der historischen Wirklichkeit und Wahrheit gesehen, da er seine erkenntnisleitenden Neigungen in Übereinstimmung mit der Lehrerin Geschichte wusste. Dass diese vermeintlichen Lehren indes keine historischen Wahrheiten, sondern zeit- und standortgebundene Werturteile waren, dass er mithin die Geschichte auf Grund der Gegenwart und nicht – wie er meinte – die Gegenwart auf Grund der Geschichte beurteilte, scheint ihm nie recht bewusst geworden zu sein. Auch hierin können wir in seinem Selbstverständnis vom Beruf des Historikers eine deutliche Differenz zu Max Webers Umriss von „Wissenschaft als Beruf“ oder vom „Beruf zur Wissenschaft“ erkennen. Weber hatte sich in seinem Vortrag erboten, „an den Werken unserer Historiker den Nachweis zu führen, dass, wo immer der Mann der Wissenschaft mit seinem eigenen Werturteil kommt, das volle Verstehen der Tatsachen aufhört.“

Andererseits kann aber an eben dieser Differenz wiederum die Individualität und die Historizität des Werks und der Persönlichkeit genauer bestimmt und identifiziert werden. Dahlmann war sich dieser grundsätzlichen und grundlegenden konstitutiven Implikation aller historischen Erkenntnis durchaus bewusst und hat sie gleichsam exemplarisch am historiographischen Werk Saxos einleuchtend und überzeugend nachgewiesen. Als Politiker war er indes so sehr von der objektiven Gültigkeit seiner zeitgebundenen Werturteile überzeugt, dass er sie als Historiker keiner methodisch-traditions-, ideologie- und selbstkritischen Überprüfung mehr unterzogen hat und somit nicht als seine eigene Historizität zu erkennen vermochte.

„Mein oberstes Prinzip ist die Ehrlichkeit“

Der Maler Gerhart Bettermann und seine angebliche Flucht nach Schleswig-Holstein 1933/35

von MATTHIAS SCHARTL

Von einer schier unglaublichen Köpenickiade, die sich im Winter 1934/35 im Raum Flensburg abgespielt hat, berichtet unser Redaktionsmitglied und Direktor der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Dr. Matthias Schartl. Im Mittelpunkt seiner, einer Kriminalstory ähnelnden, Abhandlung stehen der bekannte schleswig-holsteinische Maler Gerhart Bettermann (1910-1992) und dessen mehrfach vorbestrafter Freund Walter Reichart, der als angeblicher „Alter Kämpfer“ mit Hilfe eines gestohlenen goldenen Parteiabzeichens und der Behauptung, im Auftrag von Propagandaminister Josef Goebbels die kulturellen Dinge in Schleswig-Holstein neu zu ordnen, Bettermann-Ausstellungen arrangierte und Bettermann-Bilder an den Mann brachte. Bei seinen Hochstapeleien entlarvte er auch den in NSDAP-Kreisen grassierenden deutschen Untertanengeist in grotesk-entsetzlicher Art. Es ist nicht verwunderlich, dass die von Reichart hintergangenen NS-Chargen die für sie peinlichen Vorgänge unter allen Umständen vertuschen wollten. So unsagbar komisch, so unbeschreiblich lächerlich diese Geschichte auch ist, sie hat eine ernste Seite und stellt den Künstler Gerhart Bettermann, der bisher als von den Nationalsozialisten geächteter Künstler galt, in ein ganz anderes Licht.

Die Redaktion

Einleitung

„ ... und dann war ich 1933 in Berlin. '33 war ich ein besonderer Freund vom persönlichen Referenten des Herrn Goebbels, der mich sehr stark förderte. Wir richteten eine Ausstellung in Berlin ein. Berliner Künstler stellen am Funkturm aus. Ich hatte ein großes Bild gemalt: Eine Bauernfamilie saß an einem Tisch, darüber hing eine Petroleumlampe, es waren drei oder vier Kinder, und auf dem Tisch war eine große Schale mit Pellkartoffeln und Heringen.

Dieses Bild reichte ich ein. Meine Bekannten waren riesig begeistert und sagten: Sie sind unser Mann! ... Jedenfalls: das Bild kam in die Ausstellung und Goebbels hatte einen Tag vor der Eröffnung die Ausstellung besichtigt, sah dieses Bild, und es flog in hohem Bogen hinaus und er sagte: Das ist Kulturbolschewismus. Der Referent kam händeringend zu mir und sagte: Herr Bettermann,

der Herr Reichspropagandaminister ist voller Wut, er hält das für Sabotage, was Sie gemacht haben. Ich bitte Sie, verlassen Sie Berlin. Tja. Und dann erinnerte ich mich, dass ich mal durch Schleswig-Holstein gekommen war, dann war da noch ein Weiteres: Ich hatte in Berlin neben Nolde zusammen mein Atelier. Wir sahen uns oft. Ich erinnerte mich also an Schleswig-Holstein, das war Landschaft meiner Sehnsucht, Wasser, flaches Land, hohe Wolken, hohe Himmel, all das, was meinen Träumen als Maler entsprach. ... Ich wusste genau, wenn ich je in meinem Leben sesshaft werde, musste es hier sein ...“¹

Autobiografien oder Erinnerungsdarstellungen, in denen Zeitzeugen ihren Lebensweg aus der Ich-Perspektive für die Nachwelt mitteilen, weisen oft Lücken auf. Die auf vergangene Ereignisse rückblickenden Betrachtungen werden oft in Zusammenhänge eingebettet, die damaliges Handeln positiver herausstellen, als es eigentlich gewesen ist. Gelegentlich versagt das Gedächtnis, Realitätsbezüge werden verwischt, Zeitabläufe verwechselt, ja gelegentlich auch schönfärbische Legenden verbreitet, die im Laufe der Jahre ein Eigenleben entwickeln. Persönlich gefärbte Darstellungen gilt es daher stets kritisch zu hinterfragen.²

Dies trifft auch auf die eingangs zitierte Schilderung von Gerhard Bettermann zu, der sich in einem Interview im Vorfeld einer 1989 arrangierten Ausstellung in der Stadt Kappeln daran erinnerte, wie er in den 1930er Jahren nach Schleswig-Holstein gekommen war³. Das von ihm schon bei früheren Anlässen kolportierte Selbstbild findet sich in vielen Veröffentlichungen wieder, so zuletzt auch in den beiden zum 100. Geburtstag arrangierten Ausstellungen in Eckernförde und Kappeln, die das Lebenswerk des 1992 verstorbenen Künstlers mit folgenden Worten in den Mittelpunkt stellten: „Der Maler und Graphiker Gerhart Bettermann, aus Leipzig stammend, kam in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts nach Schleswig-Holstein und ließ sich hier nieder, obwohl er eigentlich nur vor der drohenden Verfolgung durch die Nationalsozialisten abtauchen wollte. Es war die raue Landschaft des Nordens, zunächst der Nordsee, später der Ostsee, die ihn faszinierte und der er sich in Holz- und Linolschnitten und in seiner Malerei zuwandte.“⁴

Der Leser gewinnt den Eindruck, dass Bettermann, der 1937 in Winnemark (Schwansen) ein Haus erworben hatte, in Schleswig-Holstein eine Nische gefunden hatte, die sein Überleben in der Zeit des Nationalsozialismus ermöglichte. Diese Darstellung entspricht jedoch nicht den historischen Tatsachen. Ein Ende 2010 in den Medien des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages veröffentlichter Bericht des aus Arnis stammenden Kunsterziehers und bildenden Künstlers Nicolaus Schmidt rückte Bettermann unter der Überschrift „Makel im Lebenslauf“ erstmals in ein anderes Licht. Diese auf zeitgenössischen Zeitungsartikeln beruhende Abhandlung erregte in Kappeln, wo im Kunsthaus Hänisch gerade der zweite Teil der erwähnten Geburtstags-Retrospektive gezeigt wur-

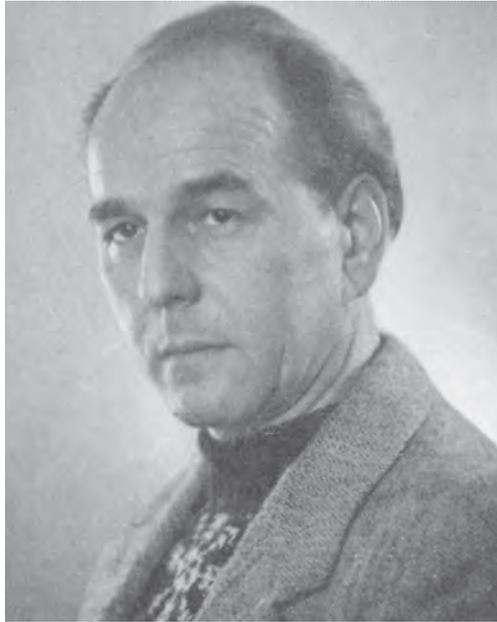


Abb. 1
Gerhart Bettermann, um 1950

de, erhebliches Aufsehen. Nicolaus Schmidt wurde vorgeworfen, das Ansehen Bettermanns beschädigt zu haben. Das Kunsthaus sagte sogar eine mit ihm für das Frühjahr 2011 geplante Ausstellung ab – ein Vorgang, der ein bezeichnendes Licht auf eine immer noch weitverbreitete mangelnde Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wirft.⁵

Der folgende Beitrag, beruhend auf eingehendem Aktenstudium im Landesarchiv Schleswig-Holstein, im Kreis- und Stadtarchiv Schleswig-Flensburg und im Stadtarchiv Kappeln sowie weiteren Recherchen in der Berlinischen Galerie, bestätigt Nicolaus Schmidts Grundaussage. Die dabei ausgewerteten Quellen lassen die Selbstdarstellung des später in Schleswig-Holstein angesehenen Künstlers und „Zeitzeugen der bildenden Kunst“, der nach eigenen Angaben in seiner neuen Heimat um seine Existenz ringen musste und sich dabei zum Teil selbst als NS-Opfer bezeichnete, vollends suspekt erscheinen.⁶

Frühe Stationen eines Künstlerlebens

Gerhart Bettermann wurde am 23. Februar 1910 in Leipzig als drittes Kind eines Schlossers und Lokomotivführers geboren. Obwohl sein künstlerisches Talent schon früh auffiel, fand er im Elternhaus keinerlei Unterstützung. Nach dem

Schulabschluss begann er daher 1925 eine Mechanikerlehre, die er nach dem Konkurs seines ersten Ausbildungsbetriebs bei der Leipziger Schnellpressfabrik am 31. März 1928 als Achtzehnjähriger mit Erfolg abschloss. Doch nun entzog sich der jugendliche Betterman mit einem radikalen Schnitt der elterlichen Bevormundung und entschloss sich für ein freies, allerdings von häufigen Geldsorgen geprägtes Künstlerleben. Schon zuvor hatte er sich ohne Wissen der Eltern für einen Mal- und Zeichenkurs an der Volkshochschule eingeschrieben und in seinem Lehrer Alfred Frank einen Freund und Förderer gefunden.

Im Mittelpunkt seines durch die historische Situation am Ende der Weimarer Republik geprägten Werkes standen vor allem gesellschaftskritische Themen, die rasch Anerkennung fanden. Zu Beginn eines gut fünf Jahre währenden unsteinen Nomadenlebens hielt er sich zu Landschaftsstudien in Süddeutschland auf. Von dort zog er weiter nach Österreich und anschließend für mehrere Wochen nach Jugoslawien, Albanien, Griechenland, Italien und Palästina. Ende 1929 stellte er im Rahmen des ersten Kongresses der von ihm gemeinsam mit den Künstlerkollegen Hans Tombrock und Hans Bönnighausen gegründeten „Internationalen Bruderschaft der Vagabunden“ in Stuttgart einige vielbeachtete Bilder aus. Zugleich wurde er Mitglied der Künstlergruppe Association revolutionärer bildender Künstler Deutschlands, kurz „ASSO“ genannt. Die Bruderschaft der Vagabunden war eine bis 1933 existierende internationale Bewegung von Landstreichern, Wohnungslosen und herumvagabundierenden Einzelpersonen. Dieser am äußersten Rande des linken politischen Lagers angesiedelten Gruppierung mit Verbindungen zum Anarchosyndikalismus schlossen sich auch viele junge, mit den Lebensbedingungen in der Weimarer Republik unzufriedene Künstler an. Die ASSO entfalte mit dem „Verlag der Vagabunden“ auch verlegerische Aktivitäten und stellte ihren Mitgliedern mit der „Vagabundenmappe“ ein Printmedium zur Verfügung, in dem auch Bettermann Zeichnungen, Aquarelle, Holz- und Linolschnitte veröffentlichen konnten.⁷

Im Frühjahr 1930 begab sich Gerhart Bettermann erneut auf Wanderschaft. Zusammen mit dem Künstlerfreund Boris Bordensky erreichte er Ägypten, wo sich beide mit großem Erfolg an einer Ausstellung in Alexandria beteiligten. Zurück in Leipzig brach er von dort wenig später zu einer Reise durch Skandinavien auf, die ihn auch durch Schleswig-Holstein führte. Hier sei ihm, wie er später zu erzählen pflegte, besonders die Schleiregion in bleibender Erinnerung geblieben. Ende 1930 erhielt er bei der Großen Leipziger Kunstausstellung für sein Bild „Arbeitsloser in der Dachkammer“ den sächsischen Staatspreis. Mit dem Geld finanzierte er einen zweiten, sechsmonatigen Ägyptenaufenthalt, bei dem er in Kairo zusammen mit dem schon erwähnten Boris Bordensky und dem „Vagabunden“-Kollegen Hans Bönnighausen erneut ausstellte und auch einige Bilder verkaufte. Nach der Rückkehr im Juli 1931 folgten weitere Ausstellungen



Abb. 2
„Arbeitsloser in der Dachkammer“.
Gemälde von Gerhart Bettermann,
1930 ausgezeichnet mit dem
sächsischen Kunstpreis

in Chemnitz und Leipzig, wo er zusammen mit Künstlerkollegen der ASSO mit dem Kunstpreis der Stadt Leipzig ausgezeichnet wurde.

Am Rande der ersten Leipziger Kunstausstellung hatte Bettermann den am 17. Juli 1900 in Heilbronn geborenen Walter Reichart kennengelernt, mit dem er sich rasch anfreundete.⁸ Reichart, der in ebenso ärmlichen Verhältnissen wie Bettermann lebte, verdiente sein Geld mit gelegentlichen journalistischen Auftragsarbeiten. So veröffentlichte er unter anderem einen Artikel in der Neuen Leipziger Zeitung, in dem er über Bettermanns zweite Ägyptenreise berichtete⁹. Die Justizbehörden kannten Reichart hingegen als notorischen Betrüger. Er war mehrfach (insgesamt 17 Mal) vorbestraft, u. a. wegen Urkundenfälschungen und fortgesetzt unberechtigter Führung eines akademischen Titels.

Im Herbst 1931 ging Bettermann gemeinsam mit Reichart nach Berlin und mietete im Stadtteil Wilmersdorf eine Wohnung, in die im Frühjahr 1932 auch seine spätere Ehefrau Johanna „Glore“ Bauch (1904-1984) aufgenommen wurde. Die drei führten, wie es in den oben erwähnten Gerichtsakten heißt, „einen gemeinsamen Haushalt“. Bettermann fand rasch Kontakt zu Malerkollegen und Schriftstellern, erhielt verschiedene Aufträge und beteiligte sich hier auch an der zweiten Vagabunden-Kunstausstellung.

Reichart hingegen verließ die Wohngemeinschaft im Frühjahr 1933 und lebte einige Monate in Rom. Nach der Rückkehr wurde er verhaftet und im August wegen dort begangener Urkundenfälschungen und Betrügereien vom Berliner Kammergericht zu einer knapp sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach seiner Haftentlassung im Februar 1934 zog die Wohngemeinschaft wieder zusammen. Reichart betätigte sich fortan als Bilderverkäufer. „Die Bilder, die Bettermann herstellte, habe ich an den Mann gebracht. Bettermann ist eben Maler und kein Händler“, gab er später an.¹⁰ Diese enge Zusammenarbeit wurde von Bettermann bestätigt. Er sei seinem Freund „zu großem Dank verpflichtet“, ja er „sei für ihn fast unentbehrlich (gewesen), weil er die schriftlichen Arbeiten und vor allem Vorbereitungen für Bilderausstellungen und Absatz von Bildern erledigt“ habe.¹¹

Im Streit um die Kunst der Moderne

In Berlin erlebte Bettermann die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, die ihn, wenn seine Erzählung im eingangs erwähnten Interview zugrunde gelegt wird, politisch anscheinend wenig berührte. Umso intensiver erinnerte er sich aber daran, dass bei einer in dieser Zeit arrangierten Ausstellung sein Bild mit dem Titel „Bauernmahlzeit“ entfernt worden sei und er daraufhin in Schleswig-Holstein Zuflucht gefunden hätte. Ein befreundeter Referent im Propagandaministerium habe ihn rechtzeitig gewarnt. An den Titel der Ausstellung, den er mit „Berliner Künstler stellen am Funkturm aus“ angab, hatte er aber nur vage Erinnerungen und auch die weiteren Umstände mochte er „nicht im Einzelnen ausbreiten“. ¹² Selbst den Namen des Referenten enthielt er der Nachwelt vor. Dieser war – wie sich jetzt herausstellte – niemand anderes als der Maler Hans Weidemann, der als Kulturreferent enger Mitarbeiter von Josef Goebbels war.¹³ Als Mitglied der Künstlergruppe „Norden“ war Weidemann an einer vom NS-Studentenbund arrangierten Ausstellung beteiligt, die im Rahmen einer Kampagne zur Verteidigung der durch den Nationalsozialismus angefeindeten modernen Kunst, insbesondere der Maler des Expressionismus stattfand. Bis wenigstens 1937 waren die Konturen der nationalsozialistischen Kultur- und Kunstpolitik nämlich noch unscharf. Im Machtvakuum des hinter den Kulissen erbittert ausgefochtenen kulturellen Richtungsstreits konkurrierten hochgestellte NS-Partei-funktionäre um ihre Richtlinienkompetenzen.¹⁴ Einer der Protagonisten war der „Chefideologe“ der NSDAP Alfred Rosenberg, den Hitler schon 1927 mit der Gründung eines eigenen Kulturverbandes beauftragt hatte. Die primitive Kunstauffassung dieses „Kampfbundes für deutsche Kultur“, der die Künstler der Moderne auf seinem Vernichtungsfeldzug pauschal als „Kulturbolschewisten“ diffamierte, richtete sich gegen alle Sparten der Kultur. Sein Widerpart Josef Goebbels hin-

gegen zeigte sich anfangs weitaus offener. Er galt als weniger dogmatisch und schuf sich mit der Reichskulturkammer eine Institution, die seine Intentionen nach außen hin wirkungsvoll vertrat. Auch Bernhard Rust als preußischer Kulturminister und späterer Reichsminister und Robert Ley als Führer der Deutschen Arbeitsfront mischten in diesem kultur- und kunstpolitischen Richtungsstreit mit.¹⁵ Als Rosenberg im Frühjahr 1933 in kommunalen Kulturvereinen und Institutionen Schlüsselpositionen mit Gefolgsleuten besetzt hatte und diese in viel beachteten Aktionen gegen die Moderne Stellung bezogen, rief dies den Widerstand jüngerer Nationalsozialisten hervor, etwa im NS-Studentenbund, der die nationalsozialistische Revolution auf dem Gebiet der bildenden Künste weiterführen wollte. Deren Ziel war es, die künstlerische Moderne in das System des Nationalsozialismus zu integrieren und im völkischen Sinne zu interpretieren. Unter Leitung von Fritz Hippler, Otto-Andreas Schreiber und dem schon erwähnten Hans Weidemann organisierte diese Kunstopposition unter dem Motto „Für Gerechtigkeit gegenüber der Leistung! Für die Freiheit der deutschen Kunst“ mit Duldung ihres mächtigen Förderers Josef Goebbels im Juli 1933 in der Galerie Ferdinand Möller eine Werkschau expressionistischer Künstler. Darunter befanden sich u. a. Erich Heckel, Karl Schmidt-Rottluff, Ernst Barlach, Otto Pankok und Emil Nolde, der, wie wir heute wissen, nicht mehr nur als ein geächteter und mit Malverbot belegter Künstler gelten kann, sondern der NS-Ideologie zunächst durchaus nahe stand.¹⁶ Die Ausstellung, die in Berlin einen kulturpolitischen Skandal auslöste, wurde zwar schon nach drei Tagen auf Befehl von Innenminister Wilhelm Frick geschlossen, konnte aber kurz darauf fortgesetzt werden. Die jungen Provokateure verloren ihren Einfluss, Schreiber und Hippler wurden aus dem NS-Studentenbund ausgeschlossen.

Der auch von Hans Weidemann mitgestaltete Versuch, die expressionistische Kunst der breiten Öffentlichkeit durch eine national ausgerichtete Theorie näherzubringen, scheiterte, weil die meisten Nationalsozialisten sämtliche modernen Kunstrichtungen mit der ihnen verhassten Weimarer Demokratie identifizierten und in ihrer Ablehnung auf breite Zustimmung in der deutschen Bevölkerung stießen. Nachdem Hitler auf dem Reichsparteitag 1934 den Streit offiziell in einer scharfen Abrechnung mit der Moderne im Sinne Rosenbergs entschieden hatte, schwenkte auch Goebbels um. 1935 verbot er die von Otto Andreas Schreiber herausgegebene Zeitschrift „Kunst der Nation“ und im Oktober 1936 ließ er eine Ausstellung deutscher Expressionisten im Berliner Kronprinzenpalais schließen. Die perfiden Aktionen gegen die Künstler der Moderne fanden ihren Höhepunkt 1937 in der Münchener Ausstellung „Entartete Kunst“.¹⁷

In Schleswig-Holstein setzten sich die radikalen Grundsätze der NS-Kunstauffassung ebenso rasch durch. Da die Grenze zwischen „gesund“ und „entartet“ willkürlich gezogen wurde und ästhetisch begründete Kriterien fehlten, blieb bei

Beschlagnahmungen in Kiel und Lübeck jedoch vieles dem Zufall überlassen. Auf diese Weise wurden einzelne, nicht mehr genehme Werke von Künstlern entfernt, andere, von gleicher Hand stammende Arbeiten aber verschont.¹⁸ Auch Bilder von Gerhart Bettermann wurden beschlagnahmt, so etwa der im Bestand des Museums für bildende Künste in Leipzig inventarisierte Linolschnitt „Hamburger Hafen 1931“ (Abb. 3).¹⁹

Hans Weidemann, der selbst ein Bild für die erwähnte Expressionisten-Ausstellung in der Galerie Ferdinand Möller beige-steuert hatte, wurde im Gegensatz zu seinen Freunden nicht abgestraft und behielt seinen Posten im Propagandaministerium. Er vermittelte für Bettermann Kontakte in das von Bernhard Rust geführte preußische Kulturministerium, von dem dieser mehrere, gut honorierte Aufträge erhielt, u. a. für eine Mappe mit Holzschnitten von markanten Berliner Gebäuden, an der Bettermann sechs Monate gearbeitet haben soll. Für ein vom Ministerium angekauftes Ölgemälde mit dem Titel „Sonnenblumen“ wurden ihm im Herbst 1934 die für damalige Verhältnisse ungewöhnlich hohe Summe von 2.000 RM angewiesen.²⁰



Abb. 3
„Hamburger Hafen 1931“.
Späterer Linolschnitt
Bettermanns einer
1937 im Zuge der
Aktionen gegen die
„Entartete Kunst“ aus
dem Museum für
bildende Künste in Leipzig
entfernten Zeichnung



Abb. 4 „Bauernmahlzeit“. Von Bettermann später skizziertes zentrales Motiv eines 1933 angeblich auf Befehl von Goebbels aus einer Ausstellung in Berlin entfernten Tryptichons

Inmitten der konkurrierenden Kultur- und Kunstauffassungen boten sich für Bettermann also durchaus Freiräume. Es ist daher nicht nachvollziehbar, wenn er in seiner Erinnerung erklärt, Goebbels hätte unter dem Vorwurf des „Kulturbolschewismus“ die Entfernung seiner Bilder aus der – leider nicht mehr festzumachenden – Ausstellung veranlasst, deren Titel er mit „Berliner Künstler stellen am Funkturm aus“ angibt. War es doch der Propagandaminister, der zu diesem Zeitpunkt noch einen Schutzschirm über die künstlerische Moderne hielt und einzelne, bei seinen Widersachern schon in Unnade gefallene Expressionisten wie etwa Nolde aber auch Barlach durchaus achtete. Bei den aus der erwähnten Ausstellung entfernten Bildern handelte es sich laut Bettermann um das Tryptichon „Bauernmahlzeit“ (Abb. 4) und um das 1932 entstandene Gemälde „Frau in der Dachkammer“. Beide Bilder wurden jedoch nicht beschlagnahmt, er selbst konnte sie persönlich abholen. Allerdings ist die „Bauernmahlzeit“ nach Bettermanns Angaben durch Feuchtigkeitsschäden kurze Zeit später bedauerlicherweise zerstört worden.²¹

Hans Weidemann setzte sich sogar für ein Stipendium seines Freundes in Schleswig-Holstein ein. Bettermanns eigene Angabe, dass dieses aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft in der ASSO scheiterte, entspricht aber nicht den Tatsachen. Belegbar durch die Gerichtsakten ist für diesen Zeitpunkt nur ein in Aussicht gestelltes Auslandsstipendium in der Deutschen Akademie in Rom, das sich im Winter 1935 aus „finanziellen Gründen“ zerschlagen haben soll. Völlig abwegig ist zudem seine Darstellung, er habe Berlin nach den Vorkommnissen bei der Ausstellung am Funkturm fluchtartig verlassen und sich nach Schleswig-Holstein begeben. Auch ein Zusammenhang mit der etwa gleichzeitig erfolgten Verhaftung seines Lehrmeisters Alfred Frank erschließt sich nicht.²²

Tatsächlich hielt sich Gerhart Bettermann von Ende Mai bis Ende Juli 1933 zu Studienzwecken in der Nähe von Leipzig auf. Von dort kehrte er nach Berlin zurück und nahm sich mit seiner Freundin „Glore“ Bauch eine kleine Atelierwohnung in der Leonhardstraße, in die nach der Verbüßung seiner Haftstrafe auch Walter Reichart mit einzog. Im April 1934 verließ die Wohngemeinschaft Berlin und mietete sich im Haus eines befreundeten Künstlerkollegen in Staritz bei Torgau ein, wo Bettermann sich und seine Begleiter bei den örtlichen Behörden ordnungsgemäß anmeldete. Er widmete sich wie gewohnt seiner Kunst, Reichart versuchte Kaufinteressenten aufzutreiben.²³ Der Torgauer Landrat Dr. Jung verschaffte ihm eine Ausstellung im Rathaus der Kreisstadt, bei der einige Bilder verkauft werden konnten. Anfang Juni 1934 erfolgte dann die Rückkehr nach Berlin. Am Lietzenseeufer, einer von großbürgerlichen Häusern geprägten Straße im Stadtteil Charlottenburg, wurde erneut eine gemeinsame Wohnung bezogen. Hier will Reichart im Treppenhaus ein goldenes NSDAP-Parteiabzeichen gefunden haben, das sich bei seinen späteren, im nördlichen Schleswig-Holstein begangenen Betrügereien als nützlich erweisen sollte.²⁴

Erste Ausstellung in Flensburg

Das beim Bilderverkauf verdiente Geld reichte zum Kauf eines gebrauchten Automobils, das Bettermann bei einem Händler auf dem Kurfürstendamm erwarb und mit dem die Wohngemeinschaft sich Ende September 1934 auf den Weg nach Eisenach machte. 14 Tage später ging es weiter ins nördliche Schleswig-Holstein, wo nach mehreren vergeblichen Versuchen und vermutlich auf Vermittlung von Emil Nolde eine Unterkunft bei der Tagelöhnerfamilie Küppers in Dagebüll bezogen wurde. Bei der Suche nach Aufträgen und Ausstellungsmöglichkeiten suchte Reichart auch den Direktor des Flensburger Kunstgewerbemuseums Dr. Fritz Fuglsang auf.

Über diese Begegnung notierte Fuglsang in einem Brief an den Flensburger Polizeipräsidenten Fulda: „In den ersten Tagen des Novembers 1934 betrat ein

jüngerer, an einem Bein lahrender Mann mit einem Arm voll Gemälden mein Büro, stellte sich als Dr. Reichart aus Berlin vor, sagte, er sei mit Herrn Bettermann, dem Maler der Bilder, lange an der Westküste gewesen und fragte, ob er mir die Bilder zeigen dürfe. Er erzählte äußerst lebhaft und interessant über sich und den Maler, sprach als alter Pg., legte mir ein Schreiben des Reichskultusministers vor, aus dem hervorging, dass das Kultusministerium Bilder Bettermanns gekauft habe und zeigte mir die Bilder, die sich durch eine ungeweine Frische auszeichneten.“ Fuglsang hielt Reichart, der das schon erwähnte goldene NSDAP-Parteiabzeichen am Revers seiner Anzugjacke trug, für einen einflussreichen Kunstkritiker, der sich „die Protektion mehrerer maßgebender Herren erworben“ hätte, und hegte keinerlei Misstrauen. Kurzerhand bot er eine kleine Ausstellung der Bilder für Anfang November an, „vor allem in der Meinung, den Wünschen des Kultusministeriums, Herrn Bettermann zu fördern, zu entsprechen.“ Die allerdings auf nur wenige Tage beschränkte Ausstellung im Kunstgewerbemuseum, die nach Bettermanns späterem Empfinden „nur eine recht unvollständige“ gewesen sei, wurde am 11. November 1934 mit einer Einführungsrede von Walter Reichart eröffnet.²⁵

Gerhart Bettermann hat hier eine ganz andere Erinnerung und erweckt in dem schon mehrfach erwähnten Interview den Anschein, er selbst habe den Kontakt hergestellt: „Dann bin ich mit einigen Arbeiten, die ich gemacht hatte, nach Flensburg gegangen. Dort kam ich zu dem damaligen Direktor Dr. Fuglsang, der hatte eine Ausstellung vorbereitet von der Malerin Käte Lassen. Käte Lassen war krank geworden. Und ich werde nie vergessen, wie er sagte: Der liebe Gott schickt sie mir. Ich sagte: Das glaube ich nicht, aber was haben sie? Ja, sagte er, meine Ausstellung platzt, ich habe keinen Ersatz, können sie einspringen? Haben sie noch mehr von diesen Bildern? Ich sagte: Jede Menge. Nur eines habe ich nicht. Ich habe kein Geld, keinen Pfennig. Er sagte: Ich kaufe ihnen jetzt sofort zwei Bilder ab, schicke sie auch gleich zur Stadtparkasse in Flensburg. Die haben mir auch zwei Bilder abgekauft. Ich konnte mir also ein kleines Zimmer mieten und hatte eine Existenzgrundlage.“²⁶

Es besteht keine Veranlassung, der Version des Flensburger Museumsdirektors zu misstrauen. Ein Bilderkauf wird wohl ebenso nicht stattgefunden haben.²⁷ Zudem hatte Fuglsang Reichart zur Vermittlung einer Unterkunft an den Landrat des Kreises Flensburg, Claus Hans, verwiesen, was dieser in einer späten Aussage auch bestätigte. Während Bettermann und „Glore“ Bauch im Auto vor der Tür des Landratsamts warteten, hatte sich Reichart bei Hans unter Vorlage seiner gefälschten Dokumente und des schon erwähnten und offenbar gestohlenen Parteiabzeichens als „Alter Kämpfer“ vorgestellt und behauptet, im Auftrag des Propagandaministeriums nach Schleswig-Holstein gekommen zu sein. Ohne auch nur den geringsten Zweifel am Wahrheitsgehalt dieser Erzählung zu

empfinden, sorgte Claus Hans – per Telefonanruf – für eine kostenlose Bleibe im Gebäude der früheren, dem Landkreis gehörenden, Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld.²⁸

Während der Zeit der Ausstellung auf dem Museumsberg lernte das Trio, wie es in den Gerichtsakten weiter heißt, „die Spitzen der Stadt Flensburg und eine Reihe von Kunstinteressenten kennen.“ Niemand schöpfte Verdacht. Wenig später, wohl Ende November 1934, ging die Reise im Automobil nach Gieselwerder an der Oberweser weiter. Zuvor sprach Reichart noch einmal bei Landrat Hans vor, um sich bei ihm für die gewährte Gastfreundschaft persönlich zu bedanken. In Kassel gelang es ihm, den dortigen Kunstverein für eine Ausstellung der Bettermannbilder zu interessieren. Beim Vereinsvorsitzenden erschlich er sich zudem einen Vorschuss, indem er vom Büro aus einen Anruf im Propagandaministerium vortäuschte und anschließend darüber berichtete, er müsse in einer dringenden Angelegenheit sofort nach Hamburg aufbrechen, habe aber für eine Zugfahrkarte bedauerlicherweise kein Geld.

Zurück ins östliche Angeln

Ende Dezember 1934 kehrten die drei nach Schleswig-Holstein zurück. Im Schleswiger Regierungspräsidium knüpfte Reichart Kontakt zu Oberregierungs- und Schulrat Dr. Peter Ingwersen, der sich als Vorsitzender des dortigen Kunstvereins für eine Ausstellung einzusetzen versprach und ihm ein Empfehlungsschreiben an den Schleswiger Landrat Hans Kolbe ausstellte. Dieser wiederum half bei der Beschaffung einer kostenlosen Unterbringung im Landjahrheim Mohrkirch-Osterholz in Angeln.

Reicharts Betrügereien wurden immer tollkühner. Mitte Januar tauchte er erneut in Flensburg auf und provozierte dort bei der Eröffnung einer von der Kunsthalle in Kiel übernommenen Ausstellung mit Werken schleswig-holsteinischer Maler einen kleinen Skandal. Er gab sich als Beauftragter des Propagandaministeriums aus, der nach Flensburg entsandt worden sei, „um die kulturellen Dinge im Lande zu überwachen.“ Vor den Augen der zahlreichen Ausstellungsbesucher prangerte er die Bilder der Malerin Else Wex²⁹ als „kulturellen Volksverrat“ an und denunzierte die anwesende und vollkommen sprachlose Künstlerin „als gesinnungsmäßige Feindin des Nationalsozialismus“. Museumsdirektor Fuglsang hatte zuvor vergeblich versucht, Reichart zu beschwichtigen und ihn von seinem Vorhaben abzuhalten. Sein Bericht an Oberbürgermeister Dr. Sievers, in dem er seinem Dienstvorgesetzten über den Vorfall berichtete und um weitere Anweisung bat, blieb jedoch unbeantwortet.³⁰

Auch Sievers war nämlich auf Reichart, der ihn persönlich aufgesucht hatte, um über eine angeblich vom Propagandaministerium angeordnete Fusion der beiden

Theater in Flensburg und Schleswig zu verhandeln, hereingefallen. Sievers, der gerade den SA-Stabschef Lutze zu Besuch hatte, war zunächst wenig geneigt, Reichart entgegenzukommen. Von dem am Anzugrevers blinkenden goldenen Parteiabzeichen zeigte er sich jedoch sichtlich beeindruckt. „Ich benahm mich infolgedessen etwas vorsichtiger, weil es ja möglich sein könnte, dass das Propagandaministerium solche Sendboten ins Land hinausschickte, die dem Minister unmittelbar Bericht übersenden sollten“, notierte er über dieses Treffen. Später von ihm veranlasste Erkundigungen in Berlin erhärteten zwar seinen Verdacht, einem Schwindler aufgesessen zu sein. Dennoch unternahm der Oberbürgermeister nichts, um Reichart, dessen augenblicklicher Aufenthaltsort in Mohrkirch ihm wohl bekannt war, zu entlarven.³¹

Bei anderen Personen im Umfeld des neuen Domizils in Mohrkirch unterschlug das Trio mehrfach Geldbeträge. Vermutlich aus Furcht davor entdeckt zu werden, begab man sich weiter ins nur wenige Kilometer entfernt liegende Buckhagen. Unter Vorlage eines Schreibens, „Gäste des Landratsamtes Schleswig zu sein“, sprachen sie beim Gutsbesitzer Paul von Schiller vor, der ihnen trotz einiger Bedenken eine leerstehende Wohnung in Rabelsund anwies.

Reichart hatte unterdessen von Problemen der Kappelner Ortsgruppe der Deutschen Arbeitsfront gehört, die sich erfolglos um einen Zuschuss für den Umbau des dem Inhaber der Eckernförder „Getreide AG“ und Eigentümer des Gutes Stubbe, Hans-Peter Kruse, gehörenden Strandhotels zu einem DAF-Erholungsheim bemüht hatte. Als angeblicher Freund von Propagandaminister Goebbels bot er umgehend seine Hilfe an. Zugleich versprach Reichart, sich auch für den ins Stocken geratenen Bau von Siedlungshäusern der Kappelner NS-Kriegsopferversorgung einzusetzen. Versehen mit einer persönlichen Empfehlung des Präsidenten der Flensburger Handwerksammer Kummerfeldt fuhr er im Automobil mit Chauffeur gemeinsam mit einer Freundin, die er kurz zuvor kennengelernt und der er die Ehe versprochen hatte, Bettermanns Freundin „Glore“ Bauch, dem Stadtverordneten Ferdinand Danielsen, dem NSDAP-Ortsgruppenleiter Konrad Burose und dem Leiter der dortigen NS Kriegsopferversorgung, Karl Brandt, nach Berlin. Während er sich mit den beiden Frauen ein Privatzimmer nahm, logierten die anderen im Hotel „Stuttgarter Hof“. Tags darauf begab sich die Reisegruppe unter seiner Führung zur Zentrale der Deutschen Arbeitsfront, wo Reichart für sich einen Termin bei einem dortigen Mitarbeiter besorgt hatte. Dieser habe sich, berichtete er seinen Mitreisenden nach Verlassen des Gebäudes, die Pläne vorstellen lassen und versprochen, eine Dienstreise nach Kappeln zu unternehmen. Er überredete seine Begleiter anschließend dazu, ihn auch noch zum Propagandaministerium zu begleiten, wo er, wie er ihnen vorschwindelte, die Gelegenheit nutzen wolle, Goebbels persönlich zu treffen. Mithineinkommen durften sie jedoch nicht, so warteten sie geduldig im Automobil auf seine Rückkehr.

Nach dem Verlassen des Ministeriums erzählte er begeistert vom Verlauf des Besuches. Er habe nicht nur Goebbels sondern auch Reichsjustizminister Hans Frank getroffen und beide hätten ihn, obwohl viele Jahre vergangen waren, sofort wiedererkannt. Die Begleiter hörten mit ehrfürchtigem Staunen zu. Auch als sich Reichart wegen eines kurzfristigen finanziellen Engpasses von Burose einen Geldbetrag in Höhe von 25 RM erbat, keimte kein Misstrauen auf. Das Propagandaministerium hätte es versäumt, ihm sein Gehalt zu zahlen und eine sofortige Barauszahlung wäre nicht möglich, da „gerade Kassenrevision sei“. Kurz vor der Abreise aus Berlin behauptete er noch, gerade von Goebbels angerufen worden zu sein. Dieser hätte sich noch einmal persönlich bei ihm bedankt und ihn ermuntert, dass er „in Angeln so weiter machen“ solle wie bisher.³² Erst Anfang April 1935 flog der Schwindel auf. Möglicherweise war Oberpräsident Hinrich Lohse auf das Treiben des Trios aufmerksam gemacht worden. Er ließ Reichart und Bettermann durch die Flensburger Gestapo am 8. April wegen Betrug gem. § 263 StGB und Verstoß gegen das „Heimtückegesetz“ in „Schutzhaft“ nehmen. Die Verhaftung von „Glore“ Bauch erfolgte vier Tage später. Auch sie wurde in das Flensburger Polizeigefängnis eingeliefert

Verfahren vor dem Altonaer Sondergericht

Die Ermittlungen im Verfahren gegen „Walter Reichart und Genossen“, wie es in der Strafanzeige vom 15. April 1935 lautete, übernahmen Kriminalsekretär Woinke und Kriminalassistent Petersen aus Flensburg. Die drei zunächst gemeinsam Beschuldigten waren von Anfang an geständig, insbesondere Reichart bedauerte seine Taten. Im Verlauf der Vernehmungen leistete er Gerhart Bettermann einen wahren und möglicherweise letzten Freundschaftsdienst, den beide möglicherweise zuvor abgesprochen hatten: Er nahm alle Schuld auf sich und saß bei dem im August 1935 in Flensburg stattfindenden Sondergerichtsverfahren allein auf der Anklagebank.

Über beide Verhandlungstage wurde in den regionalen Zeitungen unter der Überschrift: „Hochstapler vor Gericht“ umfassend berichtet.³³ Walter Reichart wurde wegen Missbrauchs des Dokortitels, Unterschlagung und des verbotenen Tragens des goldenen Parteiabzeichens zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Angesichts der ihm zur Last gelegten Delikte, seiner Vorstrafen und vor allem wegen des von ihm betrogenen Personenkreises, war dies eine außergewöhnlich milde Strafe. Die Staatsanwaltschaft hatte anfangs auch eine Verurteilung wegen fortgesetzten Betrages beantragt. Da sich von den im Prozess auftretenden Zeugen, u. a. die Landräte Claus Hans und Hans Kolbe, Kappels Ortsgruppenleiter Konrad Burose, Gutsbesitzer Paul von Schiller und Museumsdirektor Fritz Fuglsang aber niemand als vom Ange-

Reichert verurteilt

Kunstmaler Bettermann gänzlich unbeteiligt

Abb. 5 Schlagzeile eines Berichts über den Sondergerichtsprozess gegen Walter Reichart in den Flensburger Nachrichten am 17. Oktober 1935

klagen geschädigt empfand, ließ das Sondergericht diesen Anklagepunkt fallen. Auch ein vom Staatsanwalt gefordertes härteres Urteil (Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust sowie 300 RM Geldstrafe) wurde verworfen.³⁴

Gerhart Bettermann und „Glore“ Bauch wurden im Prozess nur als Zeugen gehört, obwohl sie von den Hochstapeleien und Betrügereien des Freundes wissen mussten, ja davon im erheblichen Maße profitiert hatten. Er habe dessen „schwindelhaftes Treiben gekannt und daraus beim Absatz seiner Bilder Vorteile gezogen“, hatte doch Landrat Claus Hans festgehalten³⁵. Reichart hatte zudem nach Feststellung des Gerichts, alle ein- und ausgehenden Geldbeträge akribisch in einem gemeinsam geführten – also für alle einsehbaren – Haushaltsbuch dokumentiert. Überraschenderweise hielten die Richter dem ständig seine Unschuld betuernden Bettermann aber zugute, dass „der haltlose Charakter des Angeklagten unter dem günstigen Einfluss der Persönlichkeit des anerkannten Kunstmalers eine wesentliche Festigung erfahren hat“.³⁶

Dass Gerhart Bettermann dieses Verfahren unbeschadet überstand, wirft indes Fragen auf. Versuchten die Parteidienststellen und alle von Reichart bloßgestellten hochrangigen NS-Protagonisten die für sie peinliche Angelegenheit zu vertuschen? Landrat Claus Hans verlangte in diesem Zusammenhang sogar Bettermanns sofortige Abschiebung aus Schleswig-Holstein. Offenbar versuchte er damit einen für ihn lästigen Zeugen loszuwerden. Dieser Forderung wurde jedoch von Oberpräsident und NS-Gauleiter Hinrich Lohse, der in die Aufklärung ebenso eingeschaltet war wie das von Wilhelm Rust geführte preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und das Goebbelsche Propagandaministerium, unter Hinweis auf die Mittellosigkeit des Künstlerpaares nicht entsprochen. Er galt als wichtiger Zeuge und durfte mit „Glore“ Bauch nach der Haftentlassung am 16. April 1935 die Provinz nicht verlassen, ja musste jeden Wohnortwechsel bei den zuständigen Polizeibehörden anzeigen. Auch ein zweiter Versuch des Landrats mit der Begründung: „Ich bitte mich stillschweigend zu ermächtigen, Bettermann und Bauch aus der Provinz Schleswig-Holstein abzuschieben“, verbunden mit dem Hinweis, dass die Polizeibehörden kaum noch

Interesse an ihnen hätten und darüber hinaus auch ihr „uneheliches“ Zusammenleben Anstoß erregt habe, schlug fehl. Zwar hatte Lohse keine Bedenken mehr, doch das jetzt in Arnis lebende Paar ließ sich nicht zum Verlassen der Provinz bewegen. Nach dem Ende des Prozesses musste Landrat Hans ihnen die abgenommenen Reisepässe zurückgeben. Eine von Bettermann verlangte schriftliche Erklärung, „dass er mit dem Verfahren Reichart nichts zu tun habe“ und durch das Urteil vollkommen entlastet sei, verweigerte er jedoch.³⁷

Für die These, dass die Angelegenheit nicht weiter verbreitet werden solle, finden sich auch in den Vernehmungsprotokollen zwei Belege. So gab Reichart beispielsweise an, dass die vernehmenden Beamten und er selbst „zu der Überzeugung gekommen (sind), dass aus Gründen der Staatssicherheit, der Diebstahl des Parteiabzeichens und die damit verbundenen früheren Geschehnisse“ nicht bekannt werden sollten. Bettermann äußerte sich in seinem Verhör ähnlich: „Mir sind Dinge eröffnet worden, die im Interesse der Staatssicherheit geheim zu halten sind.“ Deutlich distanzierte er sich dagegen von seinem Freund, von dessen Betrügereien er doch erheblich profitiert hatte. „Es tut mir leid, dass dieser Mann, der mein Freund ist, Dinge getrieben hat, die sich nicht verantworten lassen. Von mir hatte er keinerlei diesbezüglichen Aufträge, weil es mir nur darauf ankam, meine Bilder abzusetzen und ich in dem Glauben war, dass R. dieses sauber und anständig durchführte.“ Schuldig bekannte er sich nur in dem Fall, bei der polizeilichen Abmeldung aus Mohrkirch falsch angegeben zu haben mit „Glore“ Bauch verheiratet zu sein. Für dieses aus seiner Sicht „geringfügige Vergehen“ bat er um eine milde Beurteilung. „Sollte ich deswegen bestraft werden, so ist meine Existenz gefährdet“, behauptete er.³⁸

Auftragsarbeiten in Kappeln und zweite Ausstellung in Flensburg

Bettermanns Existenz war jedoch keineswegs gefährdet. 1936 erhielt er – vermutlich auf Fürsprache seiner Freundin Weidemann – ein Stipendium, mit dem er einen Aufenthalt an der Westküste Schleswig-Holsteins finanzieren konnte³⁹. Auf Vermittlung des Flensburger Stadtschulrats Mittag konnte er im November 1937 seine bei diesem Studienaufenthalt auf der Hallig Oland entstandenen Bilder im Kunstgewerbemuseum der Fördestadt ausstellen (Abb. 6) und veräußern. Hierfür lag eine offizielle Genehmigung der Reichskammer für bildende Künste vor, einer Abteilung der im Machtbereich von Goebbels angesiedelten Reichskulturkammer, deren Aufgabe es nicht nur war, die Prinzipien der nationalsozialistischen Kulturpolitik durchzusetzen, sondern auch zur Regelung der sozialen und wirtschaftlichen Belange der Kulturschaffenden beizutragen. Museumsdirektor Fuglsang war zunächst wenig erfreut und stellte erst nach längerem Zögern einen geeigneten Raum für zwei Wochen zur Verfügung.⁴⁰ Die Ausstellung, in

GERHART BETTERMANN

eine Ausstellung seiner Werke im Kunstgewerbemuseum zu Flensburg

Der Künstler, der vor drei Jahren Schleswig-Holstein zum Arbeitsfeld wählte, hat in unserem Lande nach Jahren der Wanderhaft seine zweite Heimat gefunden. In einem kleinen, ländlichen Bauernhaus am Schwanenker der Schlei in der Nähe Kappeln hat er sich häuslich eingerichtet und schafft inmitten der unberührten Landschaft, die ihn immer von neuem zum Schaffen anregt.



Boot im Watt



Hallig und Abbruchkante



Der Steg

Schleswig-Holstein mit der Freiheit der Geste und der Halligwelt, mit seinen Bauern und Fischern, mit der Weite des Horizonts und der Größe des farben- und formreichen Himmels wurde ihm das große Erlebnis.

Aufs.: F. Dehriessen (6)



Der Priel



Hallig Oland



Wart auf Hallig Gröde

Abb. 6 Bericht der Flensburger Illustrierten Nachrichten (17.11.1937) über die Bettermann-Ausstellung im Flensburger Kunstgewerbemuseum

der Bettermann in immer neuen Motiven seine tief empfundene Verbundenheit mit den Menschen der rauen Westküstenlandschaft demonstrierte, fand seine Fortsetzung im Kappeler Rathaus, wo ebenso wie zuvor in Flensburg mehrere Bilder verkauft wurden.⁴¹

Ausgerechnet in Kappeln, wo Reichart örtliche NS-Parteifunktionäre mit klein-krimineller Energie gehörig an der Nase herumgeführt hatte, hatte Bettermann zudem schon Ende 1936 den Auftrag erhalten, den Rathaussaal neu zu gestalten. Das ca. 4.000 RM teure Projekt wurde zu gleichen Teilen finanziert durch einen Zuschuss der Stadt Kappeln und eine Spende von der schon erwähnten „Getreide AG“ in Eckernförde, dessen Eigentümer Hans Peter Kruse vom Gut Stubbe war.⁴² Kurz darauf hatte Bettermann in der Schleistadt schon sein nächstes Projekt verwirklicht, die Ausgestaltung des „Weinzimmers“ in dem Kruse gehörenden Strandhotel, für dessen Umgestaltung zu einem DAF-Erholungsheim sich Walter Reichart bei seinen Betrügereien in Berlin im Februar 1935 doch eingesetzt hatte. Möglicherweise war es Bettermann gelungen, Details aus seiner Vergangenheit so gut zu verschleiern, dass man ihn hier mit offenen Armen aufnahm. Andererseits drängt sich die Vermutung auf, dass dies der Dank dafür war, dass er über die delikate Betrugsaffäre Reichart das gewünschte Still-schweigen gewahrt hatte.

Weder der Rathaussaal noch das Weinzimmer sind erhalten geblieben. Dafür aber gibt es einige historische Aufnahmen und ebenso sind Zeitungsbeilagen mit ausführlichen Erläuterungen zur zeitgenössischen Deutung der Rathausmalereien erhalten. Einer der Autoren war Bettermann selbst, die anderen waren Kappelns Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Dr. Hans Bielenberg sowie der Dienststellenleiter des Gaukulturamtes der NSDAP Dr. Ernst Schlee, der spätere langjährige Leiter des schleswig-holsteinischen Landesmuseums.⁴³

Mit dem Rathausprojekt, das nach einem Zeitungsbericht „in seiner schlichten Würde mit zum baulich und künstlerisch Schönsten gehören wird, das wir in Kappeln besitzen“, ja sogar als „schönste kulturelle Leistung, die unsere Stadt aufzuweisen hat“, bezeichnet wurde⁴⁴, erwies Bettermann dem Nationalsozialismus eindeutig seine Referenz, auch wenn der eben erwähnte Ernst Schlee in einer späteren Abhandlung von 1984 die Wandmalerei als „niedliche Bilder“ abtat und verharmloste.⁴⁵ Das als völkische Malerei zu deutende Werk muss jedoch in seiner Gesamtheit verstanden werden. Die den ganzen Sitzungssaal einnehmende Komposition, gekrönt von großflächigen, vom Malermeister und Kappeler Ratsherrn Ferdinand Danielsen angefertigten Hakenkreuzen auf der von Querbalken durchbrochenen Holzdecke, spitzte sich an der Stirnseite zu. Während die Personendarstellungen an den Seitenwänden für sich keinen expliziten politischen Gehalt besaßen, umrahmten dort zwei spiegelbildlich angeordnete Figuren, eine Bäuerin und ein Fischer, mit ausgestrecktem Arm ein



Abb. 7 Stirnseite des von Gerhart Bettermann gestalteten Rathaussales in Kappeln im März 1937

zentral angebrachtes, markiges Führerporträt mit jeweils drei an jeder Seite angebrachten Hakenkreuzfahnen (Abb. 7). Die Aussage wurde dadurch verstärkt, dass beide Figuren einen Jungen und ein Mädchen an der Hand führen, denen sie durch die eindeutige Geste des „Hitlergrußes“, den Weg zum „Führer“ wiesen. Bettermann selbst deutet sein Werk folgendermaßen: „Die Linie, auf der sich die Malerei in den vergangenen vier Jahren bewegte, zeigt neben dem augenscheinlichsten Moment, der Überwindung einer sich leergelaufenen und krankhaft übersteigerten Malepoche, eines am klarsten: Das Vordringen und das Sichdurchsetzen der Wandmalerei – gewachsen oder wiedererstanden aus dem Gemeinschaftsgedanken.“ Klar und eindeutig trat er damit in den Dienst der neuen „Volksgemeinschaft“, die in der Diktion des totalitären NS-Regimes keine Klassengegensätze mehr kannte. Er präsentierte sich im nationalsozialistischen Sinne als geläutert und diffamierte die Kunst seiner früheren Künstlerkollegen als „krankhaft“. Seine Wende findet eine Fortsetzung in den Worten: „Meine Aufgabe sah ich nicht darin, ein Einzelschicksal zu gestalten, einen einzelnen Menschen mit der ihm zugehörnden besonderen individuellen Veranlagung ..., sie war vielmehr die, ein gemeingültiges Schicksal zu schaffen, somit einen ge-

meingültigen Charaktertypus. Ich dachte dabei an einen ganz bestimmten Menschen, der zum Teil noch im Entstehen ist, an einen, in dem die Kraft lebt – das gesunde Lachen und die Verantwortung – an den deutschen Arbeiter.“ Seine Absicht war es, ein Kulturdokument zu schaffen, „das nicht irgendwie zeitlos ist – nein – was im Gegenteil den lebenden und den kommenden Menschen ... ein Stück Schicksal und Lebensart unserer Zeit zu vermitteln helfen“ solle.⁴⁶ Welch ein Bruch mit der eigenen künstlerischen Vergangenheit und den dabei von ihm aufgegriffenen gesellschaftskritischen Themen! „In seinen Bildern offenbart sich das Streben, nordisches Gedankengut immer fester und tiefer zu erfassen und in seinen Gestalten und Landschaften zum Ausdruck zu bringen“, hieß es folgerichtig in einer zeitgenössischen Beschreibung der Wandmalereien.⁴⁷ Klaus Lengsfelds bei der Beerdigung von Gerhart Bettermann aufgebrachten These, er hätte in Schleswig-Holstein ungestört weiter arbeiten können, weil „(überraschenderweise) die neuen zentralstaatlichen Richtlinien, was als Kunst anzusehen sei, noch nicht überall gleichermaßen wirksam“ gewesen seien⁴⁸, ist daher energisch zu widersprechen. Diese Vermutung kann allein schon deshalb nicht zutreffen, weil – wie die schleswig-holsteinische NS-Forschung zwischenzeitlich klar belegt – die von zwei Meeren umspülte Provinz keine nationalsozialismusfreie Zone war, sondern im Gegenteil als eine der frühen Hochburgen der braunen Ideologie anzusehen ist, in der das Prinzip von Gewalt und Gleichschaltung, Überwachung und Einschüchterung voll zur Anwendung kam. Ungeachtet der hier feststellbaren Richtungskämpfe hatten sich auch dort die kulturpolitischen Grundsätze des Nationalsozialismus und die damit einhergehende Eliminierung der Moderne im NS-Herrschaftsapparat manifestiert.⁴⁹

Ausblick

Gerhart Bettermanns eigene Schilderungen und die über ihn kolportierten Erzählungen, er sei als „entarteter“ Künstler im Dritten Reich verfolgt worden und habe „auf der Flucht vor den Herrenmenschen“⁵⁰ in Schleswig-Holstein eine Zuflucht gefunden, ist also nicht mehr als eine Legende. Dass sich – nicht nur – Künstler mit dem Nationalsozialismus arrangierten, sich in einem Balanceakt zwischen der Notwendigkeit erwünschter Publizität und der existentiellen Frage nach dem Broterwerb, anpassten und ihren persönlichen Ausweg suchten, ist auch aus heutiger Perspektive nachvollziehbar. Die Zeit der ihm nachgesagten bitteren Armut war mit den Auftragsarbeiten in Kappeln jedoch beendet – ungeachtet der Tatsache, dass er in Flensburg eine unliebsame, für ihn jedoch folgenlose Begegnung mit dem NS-Justizapparat hatte. Zudem konnte er wenig später eine Tagelöhnerkate in Emers bei Winnemark erwerben, die ihm nach und nach als Wohnhaus und Atelier diente.

Auch beteiligte er sich 1937 an einer Ausstellung in der Akademie der Künste in Berlin mit dem Titel „Ausstellung zum Staatspreis der Unter-32-jährigen“, war aber bei der Preisverleihung laut Bürgermeister Bielenberg lediglich „wegen seines jugendlichen Alters nicht berücksichtigt worden“. Sein Talent indes „berechtigte zu großen Hoffnungen für die Zukunft“, weshalb er, so Kappeln's Bürgermeister in einem Brief an die Zeitschrift „Illustrierter Beobachter“ in München weiter, auch für eine im Herbst 1937 in der bayrischen Landeshauptstadt geplante, von ihm jedoch nicht näher bezeichnete Kunstaussstellung vorgesehen sei.⁵¹

1939 folgte eine weitere Ausstellung in Kappeln, in der er zahlreiche Motive präsentiert, die vornehmlich der Schleilandschaft entliehen waren und ihm das Prädikat eines „Schlei-Malers“ einbrachte. Gegen diese Etikettierung hat er sich später, zumeist jedoch erfolglos, gewehrt: „Ich liebe die Schlei, gewiss, aber ich bin kein Schleimaler. Ich bin dieser Landschaft sehr verbunden und habe sie oft porträtiert, aber ich bin kein Landschaftsmaler. Ich bin ein politisch-sozial engagierter Künstler.“⁵² Die gegen Ende der 1930er Jahre entstandenen Stillleben, von denen nur wenige erhalten sind, deuten darauf hin, dass er sich zudem mehr und mehr von der Außenwelt abschottete. Auch wenn er diese Zeit als „eine künstlerisch tote“⁵³ empfand und seinen Lebensunterhalt hauptsächlich mit Gelegenheitsarbeiten verdiente, so trugen diese gefälligen Malereien und auch die Ausstellungen in Flensburg und Kappeln mit zum Überleben bei.

Im Zweiten Weltkrieg wurde er eingezogen und unter anderem nach Norwegen abkommandiert. Hier und auch anderswo hat er vereinzelt im Auftrag von Offizieren gemalt. Nach der Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft begann sein künstlerischer Neubeginn, der ihm nach eigener Aussage schwer fiel. Zu den ersten Werken, die dabei entstanden, zählte der Zyklus „Fünf Minuten nach Zwölf“, in dem er versuchte, das von ihm miterlebte Geschehen zu bewältigen und sich eindrucksvoll mit den Erfahrungen und Folgen des Krieges auseinanderzusetzen. Er knüpfte damit wieder an die sozialkritischen Themen vor 1933 an, die er bis zu seinem Tod im Jahre 1992 in zahlreichen Werken immer wieder aufgriff (Abb. 8) und die zu seiner Wiederentdeckung als politisch engagierter Künstler führte. Untrennbar mit seinem Wirken verbunden ist zudem sein Engagement beim Aufbau und im Berufsverband Bildender Künstler und bei der Gründung der „Gruppe Schleswig-Holstein 56“. Er war weiterhin aktiv bei der Einrichtung des Brunswiker Pavillons in Kiel und erwarb erhebliche Verdienste bei der Ausformulierung des Gesetzes „Kunst am Bau“, das zahlreichen Künstlerkollegen – aber auch ihm selbst – zu öffentlichen Aufträgen verhalf.⁵⁴

Vom Rathausprojekt in Kappeln hat sich Bettermann übrigens nie distanziert. Möglicherweise hat er darauf spekuliert, dass die Wandmalereien in Vergessenheit geraten werden. Unmittelbar nach Kriegswende war nach Aussage der in Kappeln lebenden Malerin Gerda Schmidt-Panknin, die von den britischen Mili-



Abb. 8 Holzschnitt aus dem Zyklus „Schlagschatten“ von 1979 als Beispiel für das sozialkritische Spätwerk Gerhart Bettermanns

tärbehörden bei der Entnazifizierung eingesetzt wurde, das Hitlerporträt an der Stirnseite entfernt und die Hakenkreuze an der Decke übermalt worden. An seiner Stelle hing, wie der schon erwähnte Nicolaus Schmidt weiter herausgefunden hat, ein Blumengemälde der künstlerisch veranlagten Prinzessin Alexandra von Schleswig-Holstein, das der ursprünglichen Raumkomposition eine gewisse Komik verlieh: Die beiden seitlich und spiegelbildlich an der Stirnwand angeordneten Figuren grüßten mit ihren erhobenen Händen nicht mehr das Hitlerporträt sondern einen Blumenstrauß. Noch vor dem Auszug der Stadtverwaltung aus dem sanierungsbedürftigen Rathaus im Jahr 1962 waren die Wandbilder übermalt worden. Das Gebäude selbst wurde 1972 abgerissen.⁵⁵

Interessant wäre es gewesen, den weiteren Lebensweg seines Freundes Walter Reichart zu verfolgen, der als treibende Kraft mit seiner Köpenickiade die regionalen NS-Protagonisten so bezeichnend vorgeführt hatte. Leider verliert

sich seine Spur mit dem Ende des Prozesses.⁵⁶ Gerhart Bettermann hat, wie Anfragen im Umfeld der Familie ergaben, nie über die Angelegenheit gesprochen, obwohl er mit der Aussage, „mein oberstes Prinzip ist die Ehrlichkeit“, nicht nur für seine Kunst, sondern auch für sich selbst einen hohen moralischen Anspruch reklamierte.⁵⁷ Ob er darüber aus einem tief empfundenen Schuldgefühl gegenüber Reichart, der ja alle Verantwortung auf sich genommen hatte, schwieg oder ob sein Schweigen damit zusammenhängt, dass er von den braunen Machthabern mehr profitiert hatte, als er später zugeben wollte, lässt sich wohl nicht mehr aufklären.

Anmerkungen

- 1 Katalog: Gerhart Bettermann. Malerei und Graphik im „Art-Forum“ des Kappeler Rathauses, Eckernförde 1989, S. 4 ff.
- 2 Zur Problematik: Bernd Neumann: Identität und Rollenzwang. Zur Theorie der Autobiografie, Frankfurt/M., 1970; Lutz Niethammer, Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis des „Oral History“, Frankfurt/M., 1980.
- 3 Gerhart Bettermann, Werner Rieger, Gruppe Schleswig-Holstein 1956, Schleswig 1958; Ernst Lorenzen, Gerhart Bettermann, in: Jahrbuch Eckernförde 8 (1950), S. 106 ff.; Erik Bettermann, Gerhart Bettermann zum 75. Geburtstag 23. 2. 1985, in: ebd. 42 (1984); Klaus Lengsfeld, Erinnerungen an Gerhart Bettermann, in: ebd. 51 (1993), S. 17 ff.; Theo Christiansen, Gerhart Bettermann – Leben und Werk, in: Gerhart Bettermann. Malerei und Grafik 1922-1985, Schleswig 1985. – Uwe Beitz, Gerhart Bettermann – Materialien zu Leben und Werk, in: Gerhart Bettermann. Malerei und Graphik 1922-1989, Schleswig 1990, S. 7 ff. hegte erste und vorsichtige Zweifel, Belege konnte er jedoch nicht vorbringen.
- 4 Internetauftritt des Museums Eckernförde im Februar 2010 unter: www.eckernfoerde.net; Schleswiger Nachrichten und Schleibote 12.8.2010; vgl. auch: Adalbert von Deyen in: www.forum-artring.net oder www.oltmanns.de/kuenstler.
- 5 Flensburger Tageblatt 20.11. und 16.12.2010.; Siehe auch den jetzt unter www.kunstgeschichte-ejournal.net aufzurufenden ausführlichen Aufsatz von: Nicolaus Schmidt: Die Ausmalung des Kappeler Rathaussaales 1937 – die andere Seite der Biografie des Gerhart Bettermann, in: Kunstgeschichte. Texte zur Diskussion, 2011-10 (urn:nbn:de:0009-23-28534).
- 6 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS) 301/4511 und 358/7957; Als „Zeitzeugen der bildenden Kunst“ bezeichnete die frühere schleswig-holsteinische Kultusministerin Eva Rühmkorf Gerhart Bettermann, Schleibote, 3.7.1989; für freundliche Hinweise danke ich Erich Koch aus Schleswig.
- 7 Nach Beitz, wie Anm. 3, S. 11 ff.; Dazu auch: Walter Fähnders (Hsg.): Nomadische Existenzen. Vagabondage und Boheme in Literatur und Kultur des 20. Jahrhunderts. Schriften des Fritz-Hüser-Instituts 16, Essen 2007.

- 8 Hierzu und zum Folgenden die bereits erwähnten Akten in: LAS 301/ 4511 und 358/7957.
- 9 „Zwei Leipziger Künstler fahren durch die Welt“, Artikel in: Neue Leipziger Zeitung 31.7.1932.
- 10 Reichart im Verhör, LAS 358 /7957.
- 11 Nachtrag zum Bericht der polizeilichen Vernehmung vom 8. April 1935, LAS 301/4511.
- 12 Wie Anm. 1, S. 5.
- 13 Von Hans Weidemann (1904-1974) stammen zahlreiche NSDAP-Wahlplakate, von denen eines mit dem Titel: „Der Reichstag in Flammen! Von Kommunisten in Brand gesteckt!“ aus dem Frühjahr 1933 in der „Hitler-Ausstellung“ des Deutschen Historischen Museums in Berlin zu sehen war, Ausstellungskatalog: Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen, Berlin 2010, S. 197 (Ausstellungsobjekt 143); vgl. auch Briefe Weidemanns an Bettermann vom 4.1., 8.2. und 25.2.1935, sowie Schreiben des Propagandaministeriums an Oberpräsident Hinrich Lohse vom 29.4.1935, LAS 301/4511.
- 14 Thomas Scheck, Grundzüge nationalsozialistischer Kulturpolitik in Schleswig-Holstein, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 30, (Dezember 1996), S. 3 ff.
- 15 Hierzu und zum Folgenden: Hildegard Brenner, Die Kunst im politischen Machtkampf der Jahre 1933/34, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1 (1962), S. 17 ff.; Dies.: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek 1963, S. 63 ff.; Volker Dahm, Zur Frage der kunstpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2 (1995), S. 221 ff, S. 236 ff..
- 16 Zur Ausstellung Artikel in: Berliner Tageblatt 4.7.1933.; zu Nolde und Barlach: Uwe Danker, „Vorkämpfer des Deutschtums“ oder „entarteter Künstler“. Nachdenken über Emil Nolde in der NS-Zeit, in: Demokratische Geschichte 14 (2001), S. 149 ff., Isabell Kasztelan, Helen Kieseewetter, Ernst Barlach, in: ebd. 18 (2007), S. 103 ff.
- 17 Brenner, a.a.O.; Stefan Germer, Kunst der Nation, in: Bazon Brock, Achim Preiß (Hg.), Kunst auf Befehl? Dreiunddreißig bis Fünfundvierzig, München 1990, S. 21 ff., S. 34 f.
- 18 Barbara C. Tucholski, „Entartete“ und „reichsdeutsche“ Kunst in Kiel um 1937, in: Urs. J. Diederichs, Hans-Hermann Wiebe, Schleswig-Holstein unter dem Nationalsozialismus, Segeberg 1985, S. 173 ff; Jenns E. Howoldt, Die Aktion „Entartete Kunst“ im Lübecker Museum. Die Ereignisse und ihre Folgen, in: Erich Hoffmann, Peter Wulf (Hg.), Wir bauen das Reich. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1983, S. 211 ff.
- 19 Auskunft der Forschungsstelle „Entartete Kunst“ der FU Berlin vom 1.12.2010 an den Verfasser. Der Linolschnitt trägt auch den Titel „Hamburg 1931“, der bei der Leipziger Kunstausstellung 1931 vertreten war, Katalog Gerhart Bettermann, Malerei und Grafik (wie Anm. 3), S. 84 f. Für weitere mündliche Informationen danke ich Herrn Schöddert von der Berlinischen Galerie (Ferdinand Möller Archiv). Eine zuvor erstellte Zeichnung des beschlagnahmten Holzschnitts befindet sich Stadtmuseum Schleswig, ein weiterer Abzug im Nordsee Museum Husum.
- 20 Quittungen und Belege im Verfahren gegen Walter Reichart, in: LAS 301/4511.
- 21 Beitz, a.a.O., S. 15. Zum Verbleib des Bildes „Bauernmahlzeit“ erklärte Bettermann,

dass dieses durch Feuchtigkeitsschäden bei der Lagerung in ungeeigneten Keller-
räumen noch während seines Berlinaufenthalts zerstört worden sei.

- 22 Ebd., sowie Bettermanns Selbstdarstellung im Interview, wie Anm. 1.
- 23 Eigenen Angaben von Bettermann im Verhör 1935, LAS 358/7957.
- 24 Reichart im Verhör, ebd.
- 25 Der Brief mit Datum 12. April 1935 befindet sich als Abschrift in den Ermittlungsakten LAS 358/7957; zur Dauer der Ausstellung und zu Bettermanns Einschätzung darüber vgl. seinen Brief an Fuglsang vom 21.9.1937, Akten des Museumsbergs Flensburg.
- 26 Wie Anmerkung 1, S. 5.
- 27 Sondergerichtsurteil gegen Reichart vom 16.10.1935, LAS 358/7975; Laut Inventarverzeichnis des Museumsbergs Flensburg weist die Signatur eines Bildes die Jahreszahl 1935 auf, ein zweites 1936. Die Ankaufsdaten sind allerdings unbekannt. Ein weiteres, im Jahre 1937 gemaltes Bild, wurde vermutlich 1939 von Oberbürgermeister Dr. Kracht erworben.
- 28 Aussage Claus Hans, in: LAS 358/7957 sowie 301/4511.
- 29 Else Wex wurde am 29.2.1890 in Ciudad Bolivar (Venezuela) geboren. Sie wuchs in Hamburg auf, besuchte die dortige Kunstgewerbeschule am Lerchenfeld und lebte anschließend in Bad Oldesloe, wo sie 1978 verstarb: Siegfried Moll, Else Wex – Bilder einer Ausstellung, in: Stormarner Jahrbücher 1984, S. 155 ff.
- 30 Briefe Fuglsang vom 22. und 25.1.1935, in: LAS 358, 7957.
- 31 Bericht von Oberbürgermeister Sievers im Zusammenhang mit den staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Reichart, in: LAS 358/7957.
- 32 Nach: Anklageschrift und Urteil in LAS ebd.
- 33 FN, SN und Schleibote 16. und 17.10 sowie Der Schleswiger, 18.10.1935.
- 34 Urteil in: LAS 358/7957.
- 35 Bericht Landrat Hans vom 11.4.1935, LAS 301/4511.
- 36 FN 17.10.1935.
- 37 Berichte und Briefwechsel vom 18.4., 21.7., 30.8. und 21.10.1935, in: LAS 301/4511.
- 38 Von Reichart und Bettermann unterzeichnete Verhörprotokolle vom 13. und 14. April 1935, LAS 358/7957.
- 39 So u. a. auch Kappeln's Bürgermeister Bielenberg in einem Brief an die Zeitschrift „Illustrierter Beobachter“ in München vom 1.6.1937, Stadtarchiv Kappeln, Akte 3696.
- 40 Archiv Museumsberg Flensburg, Akte Ausstellungen 1937 mit Schriftwechsel, aus dem hervorgeht, dass Fuglsang die Initiative seines Dienstvorgesetzten, Stadtschulrat Mittag, als abzuarbeitenden Auftrag verstand. Er hatte zudem versucht, die Ausstellung wegen angeblicher Terminkollision und Raummangel zu verlegen. Berichte über die Ausstellung, in: FN 8.11. und 13.11.1937 sowie Flensburg Avis 7.11.1937.
- 41 In Flensburg soll Bettermann neun und in Kappeln vier Bilder verkauft haben, Schleibote 27.11., 29.11. und 4.12.1937.
- 42 Rechnungsbuch des Rathausprojekts, in: Stadtarchiv Kappeln, Akte Nr. 3696.
- 43 Heinrich Kramer, Der neue repräsentative Rathausaal der Stadt Kappeln, in: Schleibote 15.2.1937. Ähnlich Reinhold Stolze, Wandmalereien im Rathaus zu Kappeln, Sonderbeilage der Kieler Neuesten Nachrichten 21.3.1937, ferner: Schleibote 8.3.1937 (Sonderkunstbeilage) und 9.3.1937.

- 44 Schleibote, 15.2.1937 und 27.11.1937.
- 45 Ernst Schlee, Persönliche Eindrücke aus dem Kunstleben in der Provinz 1920-1937, in: Nordelbingen 53 (1984), S. 169 ff., S. 194.
- 46 Hierzu und zum Folgenden: Bettermann in Sonderkunstbeilage des Schleiboten, 8.3.1937.
- 47 Heinrich Kramer, wie Anm. 42.
- 48 Lengsfeld (wie Anm. 3).
- 49 Scheck, S. 16 ff.
- 50 SN und Schleibote vom 12.8.2010 zu einer Bettermann-Retrospektive in Kappeln im August 2010.
- 51 Bürgermeister Bielenberg an „Illustrierter Beobachter“, München am 1.6.1937, Stadtarchiv Kappeln, Akte 3696; Hinweis auch in Katalog Gerhart Bettermann, wie Anm. 3, S. 149.
- 52 Interview, in: SN 23. 2. 1981.
- 53 Beitz, wie Anm. 3, S. 16.
- 54 Ebd., S. 18 ff. mit ausführlichen Hinweisen über seinen weiteren Lebensweg als Künstler und kulturpolitisch aktiver Kunstvertreter in Schleswig-Holstein sowie: Bettermann/Rieger, wie Anm. 3.
- 55 Schmidt, wie Anm. 5, S. 7.
- 56 Eine Anfrage nach den Sterbedaten von Walter Reichart beim Standesamt Heilbronn, die möglicherweise Aufschluss gegeben hätten, ob er nach Verbüßung seiner zweieinhalbjährigen Haftstrafe im Jahre 1938 trotz seines umfänglichen Vorstrafenregisters entlassen wurde und unbeschadet weiterlebte, verlief ergebnislos.
- 57 Zitat im Interview, wie Anm. 1, S. 19 sowie Briefwechsel mit dem Neffen Erik Bettermann und Gespräch mit der letzten Lebensgefährtin Marie-Luise Schmidt-Holländer.

Kommunalpolitik im deutsch-dänischen Umfeld

Ein Interview mit dem bisherigen Flensburger Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner

von JÖRN-PETER LEPPHEN

Gegen Ende seiner sechsjährigen Amtszeit (2005-2011) erklärte der parteilose Flensburger Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner angesichts einer Vielzahl von Fraktionskandidaten, für eine weitere Amtsperiode nicht zur Verfügung zu stehen. Diese Entscheidung löste in Politik und Medien Überraschung und Bedauern aus, hatte doch kaum jemand an Tscheuschners Kandidatur und Wiederwahl gezweifelt. Zu seinem Nachfolger wurde im zweiten Wahlgang der SSW-Kandidat Simon Faber gewählt. Die Amtsübergabe erfolgte im Januar 2011. Das folgende Interview der „Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“ legt den Schwerpunkt naturgemäß auf die deutsch-dänischen Beziehungen, die Klaus Tscheuschner als Chef der Flensburger Exekutive in seiner Amtszeit maßgeblich befördert hat. Dazu gehört auch sein kulturpolitischer Einsatz für die Rückkehr des historischen Idstedt-Löwen nach Flensburg. Das Interview führte unser Redaktionsmitglied Dr. Jörn-Peter Lepphen.

Die Redaktion

Die deutsch-dänische Kooperation in der Region Sønderjylland-Schleswig

Anders als Ihr Nachfolger Simon Faber verfügten Sie als gebürtiger Bielefelder beim Amtsantritt nicht über ein Netzwerk von Verbindungen zur dänischen Minderheit und nach Dänemark. Trotzdem haben Sie die deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Region erheblich vorangebracht und sichtlich Freude an dieser Aufgabe gehabt. Woran liegt das?

Ich mag den skandinavischen Menschenschlag, und ich liebe die dänische Lockerheit. Wir sind als Familie jahrzehntelange Dänemark-Urlauber, und auch beruflich hatte ich schon früher Kontakte Richtung Dänemark; sei es als Bürgermeister von Burg auf Fehmarn mit der Partnerstadt Rödby oder auch als Vorsitzender des Ostseebäderverbandes mit dänischen Tourismusakteuren. Da lag es für mich sehr nahe, schon kurz nach meinem Amtsantritt in Flensburg gute menschliche Kontakte Richtung Dänemark zu suchen und glücklicherweise auch schnell zu finden. Es war sicher auch nicht verkehrt, schon frühzeitig die dänische Sprache zumindest ein wenig zu erlernen.

Die „Randlage“ Flensburgs wird vielfach als Standortnachteil beklagt. Davon wollten Sie nie etwas wissen. Warum?

In einem immer mehr zusammenwachsenden Europa haben Grenzregionen nach meiner festen Überzeugung die größeren Wachstumschancen. Denn hier treffen nicht nur unterschiedliche Märkte aufeinander, sondern vor allem auch Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Entwicklungen – Menschen, die sich wunderbar ergänzen können. Zudem werden die nationalen Arbeitsmärkte durchlässiger und auch für Investoren und ansiedlungswillige Unternehmen gibt es heute keine Grenzen mehr. All dieses sind klare Standortvorteile, die sich für Flensburg ergeben und die es auch weiterhin zu nutzen gilt.

Auf welchen Feldern der deutsch-dänischen Kooperation lag das Schwergewicht Ihrer Aktivitäten?

Für mich war es zunächst wichtig, gute menschliche Kontakte zu finden und daraus gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu entwickeln. Dieses braucht seine Zeit. Heute bin ich dankbar dafür, dass ich insbesondere auch zu meinen süddänischen Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen ein richtig gutes persönliches Verhältnis gefunden habe. Wir haben uns auch immer wieder mal außerhalb von Sitzungsterminen getroffen, uns gegenseitig unsere Städte gezeigt, das eine oder andere Gläschen Wein zusammen getrunken oder auch gemeinsam Spiele der SG Flensburg-Handewitt besucht. Wir hatten immer viel Spaß miteinander, und daraus wurden dann auch konkrete Projekte, die aber wie etwa unser Städtedreieck Apenrade – Flensburg – Sonderburg noch weiter entwickelt werden müssen. Regelmäßigen Kontakt hatte ich zudem zu dänischen Wirtschaftsvertretern – auch im Rahmen einer Deutsch-Dänischen Denkfabrik mit insgesamt nur etwa 10 Teilnehmern, welche sich regelmäßig zu Gesprächen, Ideen und Wirtschaftsstrategien getroffen hat. Zu dieser Denkfabrik gehört z.B. auch der Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen.

Welche Auswirkungen hatte die während Ihrer Amtszeit erfolgte Kommunalreform in Dänemark, insbesondere die Bildung der Region Syddanmark, auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit?

Durch die Kommunalreform wechselten auf dänischer Seite Ansprechpartner und Zuständigkeiten, was den Kooperationsprozess natürlich erschwerte. Hinzu kamen gerade in der Anfangszeit Kompetenzstreitigkeiten zwischen den dänischen Partnern. Und natürlich hatten die dänischen Kommunen rund um die Kommunalreform so viele andere wichtige Aufgabenstellungen zu bewältigen,



Abb. 1: Der dänische Kronprinz Frederik im Gespräch mit Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner bei einem Empfang im Flensburger Rathaus, 6.5.2009

dass oft auch nicht genug Zeit blieb, um sich intensiv für die deutsch-dänische Zusammenarbeit einzusetzen. Es war aber wichtig, dass die vorhandenen Kontakte weiter bestehen blieben und man miteinander im Gespräch blieb – dadurch konnten wir dann später die Zusammenarbeit wieder mit gleicher Kraft fortsetzen. Eine Sorge hatte sich durch die Bildung der Region allerdings zum Glück nicht bestätigt: Viele Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hatten zuvor befürchtet, dass man sich in der „Regionshauptstadt“ Vejle gar nicht um die deutsch-dänische Zusammenarbeit kümmern würde, weil Vejle viel zu weit von der Grenze weg ist. Aber diese Befürchtung ist nicht eingetreten; auch Carl Holst hat sich als Regionsvorsitzender immer für diese Zusammenarbeit engagiert.

Es gab oder gibt ja Pläne der Kieler Landesregierung, unser an der Landgrenze gelegenes Interreg-Fördergebiet angesichts der kommenden festen Fehmarnbeltquerung mit der Interreg-Region am Fehmarn-Belt zusammenzulegen. Teilen Sie die Enttäuschung des Vorsitzenden der Region Syddanmark, Carl Holst, darüber „dass unser langjähriger Partner eine Strategie vorlegt, die den Fokus an den Fehmarn-Belt verschiebt – anstatt eine intensivere Kooperation mit uns im Visier zu behalten“?

Ja, ohne Einschränkungen! Ich hatte schon im Vorfeld in Gesprächen mit der Kieler Staatskanzlei dringend darum gebeten, diese Pläne fallen zu lassen, weil ich sie für völlig falsch halte.

Als früherer Bürgermeister von Fehmarn und bisheriger Oberbürgermeister von Flensburg sind Sie ja mit beiden Regionen – und mit der Einwerbung von EU-Fördermitteln – bestens vertraut. Mit welchen Argumenten und Initiativen ließe es sich verhindern, dass der Nordregion ab 2014 womöglich viele Millionen Euro an EU-Fördergeldern verlorengehen?

In der Region Sønderjylland-Schleswig funktioniert die deutsch-dänische Zusammenarbeit ganz hervorragend. Dieses gilt für zahlreiche Bereiche wie etwa auch die Zusammenarbeit der Hochschulen südlich und nördlich der Grenze. Man kennt sich, man vertraut sich, und man arbeitet gerne in Projekten zusammen. Es gibt gemeinsame Studiengänge, die mal in Flensburg und mal in Sønderburg stattfinden. Es gibt täglich tausende von Grenzpendlern, die im jeweiligen Nachbarland arbeiten und es gibt zahlreiche Unternehmen, die durch neue Filialen, Erweiterungen oder auch komplette Standortverlagerungen gerade auch in den letzten Jahren viele neue Arbeitsplätze auf der jeweils anderen Seite der Grenze geschaffen haben. Und hinzu kommt noch eine recht hohe Sprachkompetenz in unserer Grenzregion – nicht nur, aber natürlich auch, durch die jeweiligen Minderheiten. Wir wissen also, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert und jeder Euro an EU-Fördermitteln wirkt hier schnell, unmittelbar, ohne besondere Hindernisse und vor allem erfolgreich in Bezug auf Arbeitsplätze und Wirtschaftsentwicklung.

In der Fehmarnbelt-Region findet man hingegen keine einzige dieser Voraussetzungen vor. Deutschland und Dänemark sind dort durch 18 km Wasser getrennt, denn so weit ist es von Puttgarden nach Rødby. Und folglich gibt es bisher kaum Kontakte, kaum Zusammenarbeit, fast keine Grenzpendler und kaum Sprachkompetenz. EU-Fördermittel würden dort deshalb wesentlich träger, mit großen Zeitverlusten und auch hohen Streuverlusten wirken.

Geld aus unserer Region an den Fehmarnbelt zu verschieben bedeutet deshalb automatisch, die Wirkung dieser Zuschüsse radikal zu reduzieren. Das aber kann nicht Sinn der Interreg-Förderung sein. Deshalb gilt für mich: Förderung der Fehmarnbeltregion? Na klar, aber nicht zu Lasten der Region Sønderjylland-Schleswig.

Obwohl die Stadt Flensburg während Ihrer Amtszeit aus übergeordneten Gründen ihre beiden größten Arbeitgeber Motorola und weitgehend auch Danfoss verloren hat, konnten Sie maßgeblich daran mitwirken, dass die Arbeitslosenquote



Abb. 2: Klaus Tscheuschner im Interview kurz vor Ende seiner Amtszeit als Flensburger Oberbürgermeister

von 20 Prozent auf jetzt 12 Prozent gesenkt und zugleich die Haushaltskonsolidierung vorangetrieben wurde. Wie ist Ihnen das gelungen?

Viele Akteure haben hier sehr gut zusammengearbeitet: die Agentur für Arbeit, die Gewerkschaften, die IHK, die WiREG, wir als Stadt und viele mehr. Es ist uns gelungen, zahlreiche neue Unternehmen nach Flensburg zu holen und dadurch trotz Motorola und Danfoss insgesamt einen Zuwachs an Arbeitsplätzen verzeichnen zu können. Das Land Schleswig-Holstein hat uns hier mit wichtigen Zuschüssen für Unternehmensansiedlungen sehr gut unterstützt. Aber natürlich hatten wir auch Glück; die gute Wirtschaftsentwicklung in Dänemark hatte die Zahl der Grenzpendler deutlich erhöht.

Noch kurz vor Ende Ihrer Amtszeit haben Sie für Flensburg und die Region einen ganz großen Coup gelandet, der viel mit den deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen zu tun hat. Worum geht es dabei?

Es geht um die Ansiedlung von Danfoss-Silicon-Power in der Motorola-Immobilie. Dieses Unternehmen produziert hochtechnologische Power-Module, die man

z. B. für Elektroautos, Solaranlagen oder Windräder benötigt – also für Märkte mit Zukunft. Die Auftragslage ist so gut, dass Danfoss am bisherigen Produktionsort in Schleswig an seine Grenzen gestoßen ist und dort nicht mehr erweitern kann. Deshalb wurde im Danfoss-Konzern schon lange eine Betriebsverlagerung diskutiert, wobei eher eine Verlagerung in das ferne Ausland im Raum stand. Über viele Monate stand ich mit dem Unternehmen in Kontakt und in Verhandlungen – und dann ist es schließlich gelungen, Danfoss von der besonderen Qualität der Motorola-Immobilie und der dortigen Möglichkeit zur Reinraumproduktion zu überzeugen. Danfoss wird nun seinen Standort mit 200 Beschäftigten nach Flensburg verlagern und die Anzahl der Mitarbeiter dann perspektivisch verdreifachen.

Eröffnen sich durch die Ansiedlung von Danfoss-Silicon-Power auch neue Perspektiven für die beiden Flensburger Hochschulen, die Ihnen als OB ja stets am Herzen lagen?

Ja, ganz klar! Denn Zukunftstechnik hängt auch immer mit Wissen und Forschung, mit Lernen und Lehren zusammen und ist für eine Kooperation mit den Hochschulen bestens geeignet. Ich habe auch noch selbst die ersten Kontakte zwischen den Akteuren hergestellt und bin mir sicher, dass es eine erfolgreiche Zusammenarbeit geben wird.

Sehen Sie für die beiden Hochschulen auch ein Potential im weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet? Zum Beispiel in Form eines „European University College“?

Zwischen den Flensburger Hochschulen und der Syddansk Universitet gibt es schon heute eine gut funktionierende Zusammenarbeit bis hin zu gemeinsamen Studiengängen. Natürlich könnte diese Zusammenarbeit weiter ausgebaut und verbessert werden, aber ich sehe hierfür bisher nicht die uneingeschränkte Bereitschaft aller Akteure. Von daher halte ich auch eine gemeinsame Rechtsform als Europäische Universität mittelfristig nicht für realisierbar, was ich sehr bedauere.

Welche Bedeutung hat aus grenzüberschreitender Sicht die Kandidatur Sonderburgs als Europas Kulturhauptstadt 2017?

Ich hoffe zunächst, dass schon das Bewerbungsverfahren die Kulturschaffenden und Kulturinteressierten grenzüberschreitend zusammenbringt und dort gemeinsam viele neue Ideen der Zusammenarbeit entwickelt werden. Sollte Sonderburg den Zuschlag als Kulturhauptstadt Europas erhalten, könnte dieses für unsere gesamte Region eine positive Aufbruchstimmung, hohe Bekanntheit

und große Erfolge bewirken. Ich drücke Sonderburg deshalb ganz fest beide Daumen für eine erfolgreiche Bewerbung, die von Flensburg aus mit aller Kraft unterstützt wird.

Die Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg

Wie finden Sie es, dass Ihnen Der Nordschleswiger mit dem „Tscheuschner-Löwen“ (Abb. 3) bereits ein sehr frühes „Denkmal“ gesetzt hat?

Ich habe solche Sachen stets mit Humor genommen.

Aus welchen Motiven haben Sie 2009 die Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg zu Ihrer Sache gemacht? Anders als bei der von Ihnen bewirkten Fusion der maroden Flensburger Sparkasse mit der Nord-Ostsee-Sparkasse oder bei Motorola – Danfoss bestand ja beim Löwen kein akuter Handlungsbedarf.

Nach meiner Philosophie gibt es immer nur sehr kurze Zeitfenster, während welcher umstrittene Angelegenheiten erfolgreich aufgelöst werden können. Schon in meiner früheren Zeit auf Fehmarn habe ich ein solches Zeitfenster nutzen können, um eine freiwillige Fusion aller Inselgemeinden zu realisieren. Auch in Sachen Idstedt-Löwe sagte mir letztlich mein Gefühl, dass der Zeitpunkt für eine Lösung sehr günstig ist, nachdem zuvor schon viele andere Anläufe gescheitert waren.

Wie konnte Ihnen 2009 etwas gelingen, das seit 1867 von dänischer und seit Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts verstärkt auch von deutscher Seite erfolglos angestrebt worden war?

Neu an meinem Vorgehen war es vielleicht, dass ich bereits im Vorfeld aller Diskussionen mit allen Betroffenen wie z. B. dem dänischen Staat, unserer Landesregierung, aber auch dem Landeskonservator und vielen anderen Gespräche geführt und dabei deren jeweilige Positionen zum Idstedt-Löwen erfahren habe. Auf der Basis dieser Gesprächsergebnisse habe ich dann versucht, einen gemeinsamen Konsens zu finden, der von allen Beteiligten mitgetragen werden kann. Und dadurch waren dann für mich die Bedingungen klar erkennbar, unter denen alle Beteiligten der Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg zustimmen würden. In Kenntnis dieser Bedingungen konnte ich dann die Gespräche mit den Flensburger Ratsfraktionen beginnen.

Die Flensburger Ratsversammlung hat sich 2009 und nochmals im Februar 2010 mit überwältigender Mehrheit für die Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen in

Flensburg ausgesprochen. Welche Rolle spielte es dabei, dass der ursprüngliche Antrag angeblich von der Fraktion der Linken gekommen war?

Als ich schon die ersten Gespräche mit Kopenhagen geführt hatte, wollte plötzlich die Ratsfraktion der Linken einen entsprechenden Antrag stellen, der auch bereits vorbereitet war. Auf meine Empfehlung hin haben die Linken diesen Antrag aber niemals eingebracht. Denn dieses Thema war zu wichtig, um es zur Angelegenheit nur einer Fraktion zu machen; zumal andere Fraktionen vielleicht schon aus diesem Grund dagegen gestimmt hätten. Auch hätte ein solcher Antrag politisch fehlinterpretiert werden können. Ich habe deshalb dem Vorsitzenden der Ratsfraktion erklärt, dass ich bereits mit dieser Thematik befasst sei, und ihn um Geduld gebeten. Später habe ich dann Gespräche mit allen Ratsfraktionen geführt, und es ist dann schließlich auch gelungen, dass alle acht Ratsfraktionen gemeinsam einen Antrag auf Rückkehr des Ildstedt-Löwen nach Flensburg gestellt hatten. Dieser gemeinsame Antrag war dann zugleich das gleichermaßen wichtige wie deutliche Zeichen Richtung Kopenhagen, dass die gesamte Flensburger Politik hinter dieser Entscheidung steht.

Warum haben Sie auf eine den Beschlüssen vorausgehende öffentliche Debatte verzichtet?

Es gibt Themen, über die man jahrelang öffentlich diskutieren kann, ohne auch nur einen einzigen Schritt weiterzukommen. Das sind dann regelmäßig die Themen, in denen sich Befürworter und Kritiker mit ihren gegenteiligen Positionen gegenüberstehen – und zwar ohne jegliche Bereitschaft eigene Positionen zu überdenken und Argumente abzuwägen. Auch zum Ildstedt-Löwen waren die Positionen von Befürwortern und Kritikern bekannt. Öffentliche Diskussionen hätten die jeweiligen Positionen nicht verändert. Unsachliche öffentliche Diskussionen hätten jedoch das Thema emotional belasten und die Rückkehr des Löwen damit verhindern können. Dieses Risiko wäre mir zu groß gewesen. Vor allem aber gab es ja auch eine sehr große politische Übereinstimmung der gewählten Ratsmitglieder, welche ja auch die Interessen der Bevölkerung widerspiegeln.

Worauf führen Sie es zurück, dass sich 2009/10, anders als noch in den 90er Jahren, aus der Mehrheitsbevölkerung kaum Löwen-Gegner zu Worte meldeten und auch das Flensburger Tageblatt die Rückkehr des Denkmals wohlwollend begleitet?

Die Zeit war ganz einfach reif dafür – und die guten Erfolge der deutsch-dänischen Zusammenarbeit hat die Bevölkerung natürlich wahrgenommen. In der



Abb. 3
Der „Tscheuschner-Löwe“.
Fotokollage aus:
Der Nordschleswiger, 22.1.2011

Ratsvorlage zur Rückkehr des Idstedt-Löwen hatte ich beschrieben, dass sich Deutsche und Dänen in unserer Region „von einem Gegeneinander über ein Miteinander zu einem Füreinander“ entwickelt haben. Dadurch kann der Idstedt-Löwe heute auch ganz anders wahrgenommen werden als noch vor wenigen Jahrzehnten: Er ist heute mehr denn je Erinnerung daran, dass wir das frühere Gegeneinander schon lange überwunden haben, und zugleich Mahnmal dafür, dass wir dauerhaft aus der Geschichte lernen sollten.

Das offizielle Dänemark hat angesichts des eindeutigen Beschlusses der Ratsversammlung ja sehr schnell einer Überführung des Idstedt-Löwen von Kopenhagen nach Flensburg zugestimmt. Welche dänischen Stellen waren in die Gespräche involviert?

Das zuständige dänische Ministerium hatte dem Antrag der Ratsversammlung auf Rückführung des Löwen innerhalb von nur 48 Stunden zugestimmt – und

das auch noch an einem Wochenende. Natürlich war das nur möglich, weil die Gespräche mit den dänischen Behörden schon viele Monate vorher geführt waren. Federführend war das dänische Kulturministerium – aber auch viele anderen Ministerien und Behörden waren beteiligt. Sehr wichtig war für mich bei all diesen Gesprächen der dänische Generalkonsul Dr. Henrik Becker-Christensen, mit dem ich sehr vertrauensvoll und effektiv zusammenarbeiten durfte. Aber auch der deutsche Botschafter in Kopenhagen war regelmäßig Ansprechpartner für mich.

Wie wurde die Kostenfrage gelöst?

Die Kostenfrage wurde in vielen Gesprächen mit der dänischen Seite letztlich so gelöst, dass seitens der Stadt Flensburg keinerlei Zahlungen geleistet werden müssen. Das war auch Bedingung der Ratsversammlung. Das meiste Geld wird über den staatlichen Haushalt bereitgestellt, und für die danach noch fehlenden Gelder haben wir gemeinsam Sponsoren gesucht und auch gefunden.

Wer ist künftig für den Unterhalt des Löwen verantwortlich?

Die Stadt Flensburg – aber da das Denkmal vor seiner Rückkehr sehr aufwendig restauriert wurde und wird, sind für lange Zeit keine nennenswerten Kosten zu erwarten.

Besteht die Gefahr, dass nationalistische Grüppchen den Ildstedt-Löwen für ihre Zwecke nutzen? Der Folketingsabgeordnete der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti Søren Krarup hat sich ja vehement für die Rückkehr des Löwen nach Flensburg eingesetzt.

Diese Gefahr sehe ich nicht – denn der genannte Abgeordnete hat sich ja erst zu einem Zeitpunkt öffentlich für die Rückkehr des Löwen nach Flensburg eingesetzt, als die Modalitäten für dessen Rückkehr mit den gemäßigten Parteien schon fast endverhandelt waren. Hier ging es also anscheinend um nichts anderes als Populismus.

Bei der Wiedererrichtung des Denkmals auf dem Alten Friedhof geht es nicht nur um eine politische Geste gegenüber der dänischen Minderheit, der Löwe soll erklärtermaßen „Freundschaft und Vertrauen zwischen Dänen und Deutschen“ symbolisieren. Was kann die Politik tun, was erhofft sie von Historikern und Museumsfachleuten, damit diese historisch-politische Botschaft von den deutschen und dänischen Besuchern auch verstanden wird?

Es ist wichtig, dass wir den Besuchern die Geschichte des Idstedt-Löwen und damit auch die Geschichte der Grenzregion erzählen und erklären. Der Museumsberg wird deshalb eine begleitende Ausstellung präsentieren, die gemeinsam mit dänischen Museen entwickelt wurde.

Was halten Sie von der Interpretation, dass die Botschaft des Löwen nicht nur die Überwindung früherer Gegensätze feiert, sondern auch als Appell zur Lösung noch vorhandener oder neu auftretender Probleme im deutsch-dänischen Verhältnis zu verstehen ist?

Diese Interpretation erscheint mir zwar ein wenig zu weit hergeholt, aber natürlich wäre es schön, wenn auch ein solcher Appell vom Idstedt-Löwen ausgehen würde.

Der anhaltende Streit über die Finanzierung der dänischen Schulen im Landes- teil Schleswig drohte anscheinend sogar die beschlossene Rückkehr des Löwen zu verzögern. Worum ging es dabei?

Natürlich ist die deutsch-dänische Zusammenarbeit derzeit durch diese Einspar- überlegungen unserer Landesregierung belastet. Die Rückkehr des Löwen ist aber keine Sache zwischen Kopenhagen und unserer Landesregierung, son- dern zwischen Kopenhagen und Flensburg. Das wird man in Kopenhagen sehr genau auseinander halten können, so dass ich negative Auswirkungen auf die Rückkehr des Löwen nicht erwarte.

Bedauern Sie es, dass Sie den Idstedt-Löwen im September 2011 nicht als Flens- burger Oberbürgermeister in Empfang nehmen, sondern „nur“ als Ehrengast am geplanten Festakt teilnehmen können?

Nein, denn es geht hier nicht um mich, sondern um den Idstedt-Löwen – und deshalb freue ich mich schon, wenn ich an diesem historischen Tag überhaupt dabei sein werde.

Fazit und Ausblick

Was halten Sie von der, je nach Standpunkt, anerkennenden oder kritischen Ein- schätzung, Sie als deutscher OB hätten Flensburg „dänischer“ gemacht, nicht nur durch die Einführung zweisprachiger Ortsschilder?

Ich würde mich freuen, wenn diese Einschätzung zutrifft.

Welches sind Ihre größten Erfolge bei der Gestaltung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit und wo gibt es noch Nachbesserungsbedarf?

Alle Erfolge konnten wir nur gemeinsam erzielen. Der größte Erfolg ist dabei sicher das gewachsene menschliche Verständnis, die persönliche Vertrautheit und die gleiche Augenhöhe. Inhaltlich freue ich mich besonders über die gute Arbeit und die großen Erfolge unseres „Infocenters Grenze“ in Padborg, für dessen Finanzierung wir noch vor wenigen Jahren intensiv kämpfen mussten.

Möchten Sie Personen oder Institutionen nennen, mit denen Sie auf dänischer Seite besonders gern und erfolgreich zusammengearbeitet haben?

Ich habe mit unzähligen Personen und Organisationen auf dänischer Seite zusammengearbeitet und dabei stets nur positive Erfahrungen gemacht. Am meisten Freude haben mir aber sicher die Begegnungen mit meinen Bürgermeisterkollegen aus Sonderburg, Apenrade und Hadersleben bereitet.

Halten Sie „Freundschaft und Vertrauen zwischen Dänen und Deutschen“ für so stabil, dass ihnen auch heftige und anhaltende Turbulenzen, wie wir sie zur Zeit erleben, letztlich nichts anhaben können?

Ja, ich bin mir dessen sogar sehr sicher.

Welche Botschaft haben Sie für diejenigen, die sich Hoffnung machen, dass Sie nach der „schöpferischen Pause“, welche Sie sich zur Zeit gönnen, als Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg Ihre erfolgreiche Arbeit für die deutsch-dänische Grenzregion ab 2012 fortsetzen werden?

Der Kreis Schleswig-Flensburg hat mit Bogislav-Tessen von Gerlach einen engagierten und erfolgreichen Landrat, der noch über ein Jahr lang im Amt sein wird. Für Diskussionen über einen Nachfolger ist es deshalb noch viel zu früh. Allerdings mache ich keinen Hehl daraus, dass ich mich in der Region Schleswig und vor allem auch auf dem Gebiet der deutsch-dänischen Zusammenarbeit stets sehr wohl gefühlt habe.

Wir wünschen Ihnen, dass Sie zu einer für Sie persönlich und womöglich auch für die Grenzregion positiven Entscheidung über Ihre berufliche Zukunft gelangen werden!

Die Finanzierung von Minderheiten am Beispiel der deutschen Volksgruppe in Dänemark

von HARRO HALLMANN

Stärker als in den Jahren zuvor ist die Frage der öffentlichen Zuschüsse für die Wirksamkeit nationaler Minderheiten seit 2010 in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Erregte zunächst die drastische Kürzung der Landesmittel für die Schulen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein die Gemüter (siehe dazu den ausführlichen Beitrag von Jørgen Kühl in GFH 4/2010), wurden jedoch kurz darauf auch die deutschen Nordschleswiger mit drastischen Sparmaßnahmen konfrontiert. Im vorliegenden Artikel stellt der Kommunikationschef des Bundes Deutscher Nordschleswiger Harro Hallmann die Finanzierung der Aktivitäten der deutschen Volksgruppe in Dänemark dar und zeigt auf, wo die Herausforderungen für die Zukunft liegen.

Die Redaktion

Grundlagen

Zur deutschen Minderheit in Dänemark zählen etwa 15.000 Personen. Die deutsche Volksgruppe unterhält eigene Kindergärten, Schulen und Büchereien, betreibt kirchliche und soziale Arbeit, gibt eine eigene Tageszeitung heraus und bietet in vielen Vereinen sportliche und kulturelle Aktivitäten an. Die Karte (Abb. 1) gibt einen Überblick über die Einrichtungen der deutschen Nordschleswiger. Vertreten wird die deutsche Volksgruppe durch den Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), zu dessen wichtigsten Aufgaben die Sicherung der finanziellen Grundlage gehört.¹

Der Gesamthaushalt der deutschen Minderheit beträgt gut 38 Mio. Euro (2009)². Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, liegen zwei Drittel der Ausgaben im Bereich Schulen und Kindergärten. Je neun Prozent der Ausgaben gehen an die Tageszeitung *Der Nordschleswiger* und den Kulturbereich (Büchereien und Bund Deutscher Nordschleswiger). Acht Prozent werden für Aktivitäten im Bereich Jugend, Sport und Soziales (Jugendverband, Sozialdienst, Ruderverband) verwendet, und sieben Prozent der Ausgaben liegen beim Landwirtschaftlichen Hauptverein, dessen kulturelle und sprachliche Arbeit jährlich mit einem kleinen Betrag aus Landesmitteln gefördert wird und ansonsten seine Beratungstätigkeit über Eigeneinnahmen finanziert. Der größte Ausgabenposten sind mit 73 Prozent die Personalkosten.

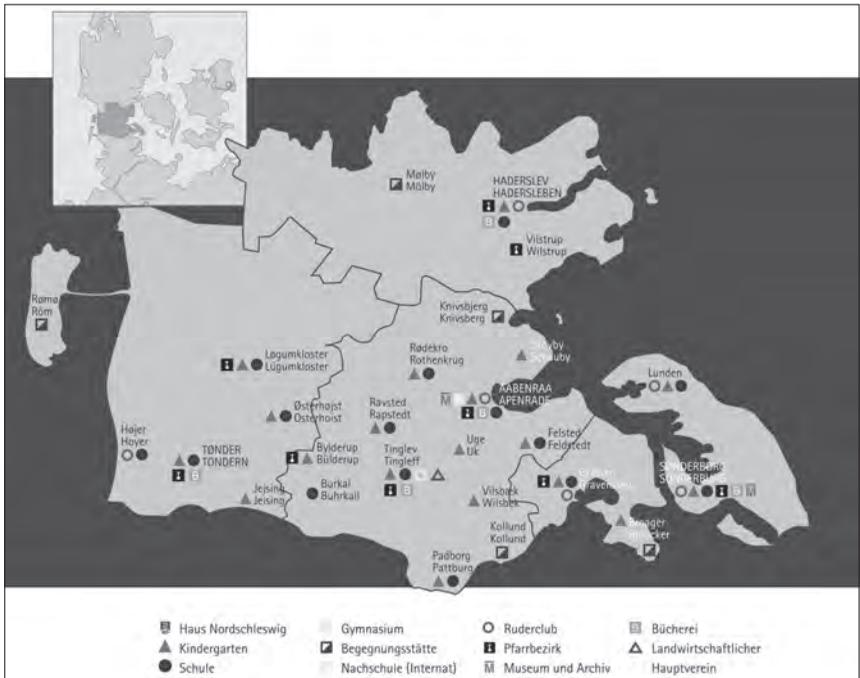


Abb. 1: Deutsche Einrichtungen in Nordschleswig

Die Einnahmen der deutschen Minderheit (Abb. 3) stammen neben Eigeneinnahmen und Zuwendungen von dritter Seite (2009: 23 Prozent) aus vier Quellen: vom dänischen Staat (34 Prozent), dänischen Kommunen (14 Prozent), Bundesmitteln (25 Prozent) und Mitteln aus Schleswig-Holstein (4 Prozent). Im Folgenden werden die Grundlagen dieser Finanzierung näher dargestellt. Beispielhaft wird dabei auf die aktuellen Entwicklungen 2010/11 hingewiesen. Eigeneinnahmen sind unter anderem Elternbeiträge in den Kindergärten, Anzeigen und Abonnenten des Nordschleswigers, Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder.

Die dänische Förderung

Die dänischen Staatsmittel bestehen überwiegend aus Zuschüssen für die deutschen Schulen. Bis einschließlich 2010 erhielten die deutschen Schulen – wie alle anerkannten dänischen „Freischulen“ – 75 Prozent der Mittel, die ein Schüler im öffentlichen Schulwesen (Folkeskole) kostet. Hinzu kamen Sondermittel unter anderem für Schülerbeförderung³, als Ausgleich für eine erhöhte Stundenzahl

Abb. 2:
Ausgaben (2009)
aufgeteilt auf
Hauptkategorien

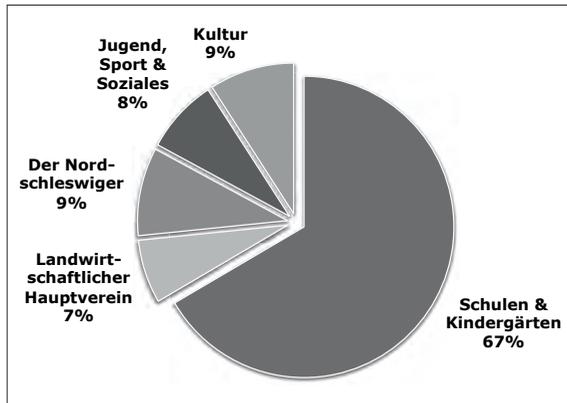
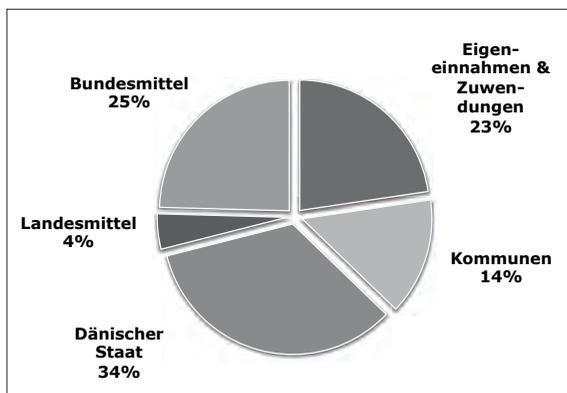


Abb. 3:
Einnahmen (2009)
aufgeteilt auf
Hauptkategorien



aufgrund von Deutsch- und Dänischunterricht auf muttersprachlichem Niveau sowie kleinerer und damit kostenintensiver Schulen.

Mitte 2010 vereinbarten der dänische Staatsminister Lars Løkke Rasmussen und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen vor dem Hintergrund der Debatte um die Kürzung der Landesmittel für die Schulen der dänischen Minderheit eine „dänisch/schleswig-holsteinische[n] Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu bilden mit dem Zweck, die Finanzierung der Minderheitenschulen auf beiden Seiten der Grenze zu erhellen“⁴.

Nach Berechnungen der deutsch-dänischen Beamtenkommission summieren sich die dänischen staatlichen Zuschüsse auf 96 Prozent der Mittel, die die öffentlichen Schulen in Dänemark erhalten. In Verbindung mit dem dänischen Haushaltsgesetz für 2011 beschloss die Regierung, die Zuschüsse für die Schulen

der deutschen Minderheit auf 100 Prozent zu erhöhen, was rund gerechnet ein Plus von 330.000 Euro (2,5 Mio. DKK) für 2011 bedeutet.⁵

Langfristig liegt die Herausforderung für die deutsche Minderheit darin die Schülerzahlen stabil zu halten, was bei gegenläufigen demographischen Trends keine leichte Aufgabe ist. Hinzu kommt, dass die Durchschnittskosten für die Schüler der dänischen Schulen zurzeit fallen, weil in fast allen Gemeinden kleine (und damit teure) Schulen geschlossen werden. Eine weitere Anpassung der Schulstruktur an die finanziellen und demographischen Herausforderungen kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, wobei die Befürchtung, dass die Schließung von kleineren Schulen zu einem weiteren Rückgang der Schülerzahlen führen könnte, nicht von der Hand zu weisen ist.

Auch im kommunalen Bereich liegt die Bedrohung für die Einrichtungen der deutschen Minderheit, in diesem Fall Kindergärten, im Trend zu größeren Einrichtungen mit 100 und mehr Kindern und einer Pro-Kind Bezuschussung auf Grundlage der niedrigeren Durchschnittskosten dieser großen Einrichtungen. Diese Gefahr war vom Bund Deutscher Nordschleswiger schon im Vorfeld der dänischen Gebiets- und Verwaltungsreform erkannt worden und hatte dazu geführt, dass der damalige Innenminister (und heutige Staatsminister) Lars Løkke Rasmussen der deutschen Minderheit zugesagt hat, dass „die Regierung – wenn nötig mittels Sonderregelungen – einen großen Einsatz leisten wird, um zu sichern, dass die kulturelle und soziale Arbeit der deutschen Minderheit weitergeführt werden kann auf einer Grundlage, die die Qualität der Arbeit nicht verringert.“⁶ Wie diese Zusage angesichts angekündigter kommunaler Kürzungen umgesetzt werden kann, gehört sicher zu den zukünftigen Aufgaben der Vertreter der deutschen Minderheit.

Die deutsche Förderung

Im Gegensatz zu den Zuwendungen vom dänischen Staat, werden die deutschen Zuschüsse nicht automatisch den Lohn- und Preissteigerungen angepasst. Die Förderung vom Land Schleswig-Holstein ist jedoch regelmäßig erhöht worden und hat seit Jahren somit in etwa den gleichen realen Umfang (2009: 1,7 Mio. Euro). Der größte Teil der Förderung kommt den Schulen der Minderheit zugute. Daneben gibt es einige Titel unter anderem für die Bereiche Soziales, Kultur und Jugend. Trotz des Sparhaushaltes für 2011 und 2012 sind die Mittel – zur Freude der deutschen Volksgruppe – insgesamt kaum gekürzt worden.

Die Förderung der Bundesrepublik betrug 2009 rund 25 Prozent der Gesamteinnahmen (9,525 Mio. Euro). Hinzu kamen Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen in Höhe von 614.000 Euro. Die Mittel „dienen der sozialen und kulturellen Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig (Dänemark) aufgrund

der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Neben Zuschüssen des dänischen Staats, dänischer Kommunen und Mitteln des Landes Schleswig-Holstein sollen sie die Bewahrung und Entwicklung der nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität sichern.“⁷

Die bundesdeutschen Mittel sind seit 1997 praktisch nicht an die Lohn- und Preissteigerungen angepasst worden. Eine Ausnahme waren Sondermittel für 2009 und 2010 in Höhe von 800.000 Euro für den Ausgleich der besonders hohen dänischen Tarifabschlüsse. Durch die sogenannte Überrollung ist der Wert der bundesdeutschen Förderung in den letzten 13 Jahren um ein Drittel gefallen; mit anderen Worten: Um den gleichen Wert wie 1997 zu erhalten, müsste die Förderung heute jährlich rund 2,5 Mio. Euro höher sein.

Eine Konsequenz der Überrollung (und der Steigerung der dänischen Zuwendungen) ist, dass der Anteil der bundesdeutschen Mittel am Gesamthaushalt der Volksgruppe von 32,2 (1997) auf 25,1 Prozent (2009) gefallen ist. Die Einbußen von 800.000 Euro ab 2011 und die Erhöhung der dänischen Staatszuschüsse werden voraussichtlich dazu führen, dass der Anteil 2011 auf 22 Prozent fallen wird. Diese Tendenz ist aus Sicht der deutschen Nordschleswiger besonders besorgniserregend. So unterstrich der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel Anfang November 2010: „Für uns dreht es sich nicht nur um die aktuellen finanziellen Sorgen bezüglich des Haushaltes für 2011, sondern vor allem um eine Zukunftsperspektive für unsere Arbeit. Wir fürchten um die Verbindung zu Deutschland und den Fortbestand der historischen und moralischen Verantwortung für die deutsche Volksgruppe in Dänemark“ (s. GFH 4/2010, S. 315).⁸

Der Haushalt für 2011: Drastische Einsparungen

Der Haushalt für 2011 der deutschen Volksgruppe lag im Ansatz des Bundesinnenministeriums um 1,5 Mio. Euro niedriger als der (um 800.000 erhöhte) Haushalt 2010. Die Reduktion der Kürzung auf 1 Mio. Euro gelang dank des erheblichen Einsatzes einer Reihe von Bundestagsabgeordneten. Für den Bund Deutscher Nordschleswiger ist es besonders wichtig, dass die Förderung der Minderheit sowohl in Kiel als auch in Berlin fraktionsübergreifend getragen wird, da die Minderheit sonst – spätestens nach dem übernächsten Regierungswechsel – die Verliererin wäre.⁹ Auch wenn es gelang die Kürzung zu reduzieren, war die deutsche Minderheit enttäuscht. Hierzu trug auch die Tatsache bei, dass es plötzlich möglich war, für die dänische Minderheit (und in diesem Fall speziell den Dansk Skoleforening) im gleichen Haushaltstitel 3,5 Mio. Euro als Ausgleich für die Kürzungen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung zu finden – dass Finanzmittel also durchaus vorhanden gewesen sind.¹⁰



Abb. 4: Öffentliche Anhörung im Deutschen Gymnasium in Apenrade am 18. Januar 2011 mit mehr als 400 Teilnehmern

Das Ergebnis verdeutlicht auch eine Asymmetrie zwischen der deutschen und der dänischen Minderheit. Während die dänische Minderheit erstens auf die politische Unterstützung durch die dänische Regierung zählen kann und zweitens als Wähler auf deutsche Politiker Druck ausüben können, so kann die deutsche Minderheit in Berlin nur auf den guten Willen der Politiker hoffen. Hinzu kommt, dass Dänemark nur eine Minderheit im Ausland finanzieren muss, während die Bundesrepublik eine Verpflichtung gegenüber mehr als 20 deutschen Minderheiten insbesondere in Ost- und Mitteleuropa hat.

Auch durch das deutsche Haushaltsrecht fühlt sich die deutsche Minderheit benachteiligt; zum einen durch die in Dänemark nicht gebräuchliche strenge Jahresabrechnung, die verhindert, dass nicht verbrauchte Mittel von einem Haushaltsjahr auf das nächste verlagert werden können, und zum anderen durch die fehlende Möglichkeit Darlehen aufzunehmen – die in Dänemark übliche Art, um Investitionsmaßnahmen zu finanzieren. Dies, die Überrollung der bundesdeutschen Mittel für investive Maßnahmen sowie der generell schlechte Zustand der Gebäude der deutschen Einrichtungen, haben zu einem Rückstau bei den Investitionen in Höhe von inzwischen rund 5 Mio. Euro geführt.

Bei den Betriebsmitteln bedeuteten die Kürzung der deutschen Mittel und die fehlende Angleichung an Lohn- und Preissteigerungen, dass für 2011 rund 800.000

Sparmaßnahme	Sparvolumen €
Kürzung/Umstrukturierung beim Nordschleswiger	373.000
Einsparung Deutscher Schul- und Sprachverein	133.000
Reduktion der Familienberatung	66.000
Stellenreduktion im Sekretariatsbereich, Hausmeistereien und Jugendarbeit	3½ Stellen
Weitere Kürzungen im Bereich Büchereien, Kultur und Publikationen	66.000
Insgesamt	826.000

Abb. 5: Sparmaßnahmen für 2011

Euro fehlen. Auch wenn genaue Angaben erst möglich sind, wenn Unsicherheiten, wie beispielsweise die Schülerzahlen im September 2011, feststehen, ist dies die Summe, für die Sparmöglichkeiten gefunden werden mussten.

Zwanzig Vorschläge aus vier Arbeitsgruppen (Bildung, Kultur, Medien und Kommunikation sowie Struktur und Verwaltung) wurden am 18. Januar 2011 in einer Anhörung mit mehr als 400 Teilnehmern (Abb. 4) – sowie in unzähligen Leserbriefen – leidenschaftlich debattiert. Die Entscheidung fiel am 24. Januar in einer vierstündigen Sitzung des BDN Hauptvorstandes. Insgesamt 16 Sparmaßnahmen wurden beschlossen. Davon sind alle Sparten der Arbeit der Minderheit betroffen – von Sport über Kultur, Bildung und Medien (Abb. 5).

Insgesamt werden 9 Vollzeitstellen gestrichen, davon werden 13 Personen direkt berührt. Damit fällt mehr als jede zehnte Stelle außerhalb des Bereiches Schulen und Kindergärten weg. Besonders einschneidend sind die Einsparungen bei der Tageszeitung der deutschen Minderheit. Der Nordschleswiger trägt mit 373.000 Euro fast die Hälfte der Einsparungen, bleibt der Minderheit aber als wichtiges Medium und Sprachrohr erhalten.

Hinrich Jürgensen, Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, unterstrich Anfang 2011 in einer Rede, dass die Minderheit diese Sparrunde verkraften wird, auch wenn sie schmerzliche Einschnitte zur Folge hat: „Ich hoffe sogar, dass wir – dank einer sehr guten Zusammenarbeit innerhalb der Minderheit – gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen werden. Aber wir können solche Sparrunden nicht Jahr für Jahr wiederholen, das würde uns aufreiben. Wir brauchen deshalb verlässliche Zusagen für die Zukunft.“ Dieser Wunsch steht auf der Tagesordnung, wenn das Nordschleswig-Gremium des Schleswig-Hol-

steinischen Landtages im April 2011 in Berlin tagt. Hier, so die Hoffnung, wird man gemeinsam Lösungen finden, die der deutschen Minderheit das finanzielle Fundament geben, auf dessen Grundlage die zukünftige Weiterentwicklung stattfinden kann.

Anmerkungen

- 1 Das Schullandheim in Schelde bei Broacker soll laut Hauptvorstandsbeschluss vom 24. Januar 2011 verkauft werden. Die deutsche Schule in Hoyer wird mit Ende des Schuljahres 2010/11 geschlossen. In diesem Fall nicht nur aus Kostengründen, sondern auch wegen fallender Schülerzahlen an der Westküste.
- 2 Jahresrechnung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, vorgelegt bei der BDN Delegiertenversammlung am 4. Mai 2010. Die Jahresrechnung ist eine Zusammenstellung der Jahresabschlüsse der Volksgruppenverbände für die Betriebsmittel des Jahres 2009, Abbildungen 2 und 3 eigene Berechnungen auf dieser Grundlage.
- 3 Ein Beförderungszuschuss wurde bis 2010 für alle dänischen Privatschulen über den dänischen Freischulverein gezahlt. Mit einer Sonderregelung des dänischen Staates übernimmt dieser allein und ausschließlich für die Schulen der Deutschen Volksgruppe den bisher gezahlten Beförderungszuschuss. Dies wird zu einer weiteren Erhöhung des Anteils des dänischen Staates an der Finanzierung der deutschen Minderheit führen.
- 4 Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Kopenhagen/Kiel, November 2010, S. 4.
- 5 Ebda. S. 32, sowie Finanzministeriet, Aftaler om Finansloven for 2011, November 2010, S. 40.
- 6 Zum Hintergrund Harro Hallmann, Die deutsche Volksgruppe und die dänische Kommunalreform, in: GFH 1/2006, S. 13-18, Schreiben des Innen- und Gesundheitsministers vom 10. März 2005 (j.nr. 2004-2219-15), Übersetzung des Verfassers.
- 7 Bundeshaushaltsplan 2011, Einzelplan 06, Bundesministerium des Inneren, Titelgruppe 05, Titel 68760, S. 165f.
- 8 Der Nordschleswiger, 5. November 2010.
- 9 Hinrich Jürgensen beim Empfang des Deutschen Grenzvereins in Sankelmark, 13. Januar 2011.
- 10 So unter anderem Hinrich Jürgensen in seiner Rede an die Delegierten des BDN am 22. November 2010.

Ingrid Schumann – 20 Jahre Grenzlandarbeit

Am 1. Januar 1991 übernahm Ingrid Schumann die Geschäftsführung des Grenzfriedensbundes. In enger Zusammenarbeit mit dem damaligen Vereinsvorsitzenden Artur Thomsen erwarb sie binnen Kurzem umfangreiche Erfahrungen auf sozialem Feld und in der Grenzlandarbeit – auch in Kooperation mit den anderen Grenzverbänden und dem Bund Deutscher Nordschleswiger. Seit der Verschmelzung des Grenzfriedensbundes mit der ADS im Jahre 2007 bringt Ingrid Schumann als Referentin für Grenzlandfragen ihre Kompetenz und ihre Kontakte in die Arbeit des ADS-Grenzfriedensbundes bereichernd ein.

Auch die Redaktionsgeschäftsführung der Grenzfriedenshefte liegt seit nunmehr 20 Jahren in den bewährten Händen von Ingrid Schumann. Mit ihrem Sachverstand, ihrer kooperativen Umsicht und ihrem Organisationstalent ist sie der Redaktion eine unentbehrliche Stütze.

Am 26. Februar 2011 feierte Ingrid Schumann ihren 60. Geburtstag. Wir gratulie-



Ingrid Schumann, 2008

ren ihr sehr herzlich und wünschen ihr persönlich alles, alles Gute. Für ihre über zwei Jahrzehnte geleistete Grenzlandarbeit danken wir ihr und hoffen auf eine noch lange währende Fortsetzung unseres vertrauensvollen Zusammenwirkens mit Ingrid Schumann.

Dr. Jörn-Peter Leppien, Peter Rodewald

„Was macht die Welt, in der wir zu Hause sind?“

Unter diesem Titel hatte die Volkshochschule Harrislee in Zusammenarbeit mit der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe „Harrislee Bahnhof“ und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 21. Januar 2011 zu einer abendlichen Lesung gegen das Vergessen ins Bürgerhaus Harrislee eingeladen.

Bereits am Vormittag hatten am Mahnmahl beim Grenzübergang Harrislee-Padborg Schüler der beiden Patenschulen des Denkzeichens, die Flensburger Duborg-Skolen und die Zentralschule Harrislee, gemeinsam mit Harrisleer Bürgerinnen und Bürgern und dänischen Gästen der ca. 1.600 internierten Gefangenen des Lagers Frøslev gedacht, die zwischen dem 15. September 1944 und dem 16. Februar 1945 vom Bahnhof Harrislee in Viehwagons in die Konzentrationslager Aussch-

witz, Dachau und Neuengamme deportiert wurden.

Auch bei der Abendveranstaltung wollten die Veranstalter durch die Kooperation der deutschen Institutionen KZ-Gedenkstätte Neuengamme und VHS Harrislee mit der dänischen Duborg-Skolen bewusst zum Ausdruck bringen, dass die Ereignisse um den Harrislee Bahnhof in den Jahren 1944/45 Teil einer gemeinsamen Geschichte und Identität im Grenzland sind.

Vier Schüler des 13. Jahrgangs der Duborg-Skolen gestalteten den Abend gemeinsam mit ihrer Lehrerin Lone Anker Jakobsen und dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Herbert Diercks (KZ-Gedenkstätte Neuengamme) in Form einer szenischen Lesung. Im Zentrum des bewegenden Abends stand der erst kürzlich veröffentlichte Briefwechsel von Walther, Axel und Lina Lüders, welchen die Duborg-Schüler auszugweise vortrugen. Herbert Diercks informierte die Gäste über die Hintergründe der Entstehung dieses Zeitdokuments: Während Lina Lüders im Hamburger Stadtviertel St. Georg die Schrecken des 2. Weltkriegs mit Hunger, Luftangriffen und Evakuierung erlebte, ihr Sohn Axel sich als Soldat an der Ostfront permanent in Lebensgefahr befand und die Gräueltaten an der dortigen Zivilbevölkerung miterleben musste, war ihr Ehemann Walther, der sich Ende der 1920er Jahre der links gerichteten „KPD-Opposition“ (KPO) angeschlossen hatte, im Konzentrationslager Neuengamme inhaftiert.

Der vorgetragene Briefwechsel der drei Familienangehörigen aus den Jahren 1942-1945 ist eine genaue Aufzeichnung dreier Psychogramme sowie eine Darstellung der unterschiedlichen, sich zuspitzenden Perspektiven auf einen immer grausamer werdenden Krieg.

Die von den Schülerinnen und Schülern einfühlsam vorgetragenen Briefe führten dem zutiefst angerührten Publikum vor Augen, wie drei Menschen, die in Opposition zum NS-Regime standen, das Leben ertragen und sich in dieser Zeit des Schreckens auf eine beeindruckende Weise liebevolle, besorgte und kultivierte Briefe schreiben und dabei nie den Glauben an eine gemeinsame Zukunft ohne Krieg, Hass und Gewalt aufgeben. Neben ergreifenden Schilderungen des Sohnes von den Verbrechen der Wehrmacht an der Ostfront und Berichten des Vaters, der zwischen den Zeilen die elenden Lebensbedingungen im KZ wiedergibt, lasen die Schüler auch aus Briefen, deren Inhalte zunächst weniger brisant erschienen. So zeigten sie, dass auch vermeintliche Belanglosigkeiten zur bewegenden Kraft dieser Briefe beitragen, drücken sie doch eine rührende Fürsorglichkeit und Nähe dreier eng verbundener Menschen in Zeiten größter Unsicherheit und Gefahr aus: „Was macht die Welt, in der wir zu Hause sind?“, fragt Walther Lüders seine Frau Lina voller Hoffnung und Sehnsucht in einem Brief aus dem KZ am 12. Dezember 1943.

Die Hoffnung auf eine weitere gemeinsame Zukunft sollte sich jedoch nicht erfüllen: Mutter und Sohn überlebten die Kriegswirren und trafen sich nach Kriegsende in Hamburg wieder. Walther Lüders hingegen wurde, nachdem er 1944 schwach und erschöpft aus dem KZ Neuengamme für die Sondereinheit „SS-Sturmbrigade Dirlewanger“ zur Partisanenbekämpfung in die Slowakei zwangsrekrutiert worden war, erst wieder im folgenden Sommer in einem völlig verwahrlosten, russischen Arbeitslager bei Zwangsarbeiten gesehen. Dort verliert sich seine Spur. Walther Lüders wurde Mitte der 50er Jahre vom Amtsgericht Hamburg für tot erklärt.

Am Hamburger Steindamm erinnert heute ein „Stolperstein“ vor dem Haus, in dem die Familie bis zur Verhaftung von Walther Lüders gewohnt hatte, an das Schicksal des KZ-Häftlings und Opfers der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Atmosphärisch gestützt wurde die ergreifende Lesung von gleichzeitig an eine Leinwand projizierten Bildern und von sehr einfühlsamen, frei improvisierten Klangun-

termalungen und Intermezzi der Hamburger Musikerin Anne Wiemann.

Die heute im Archiv der Gedenkstätte Neuenengamme aufbewahrte Korrespondenz von Walther, Lina und Axel Lüders ist im Jahr 2010 in einer von Elsa Maria Lüders und Herbert Diercks herausgegebenen Edition unter dem Titel „Was macht die Welt, in der wir zu Hause sind?“ im Bremer Donat-Verlag erschienen.

Thomas Pantléon

SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

Der Nordschleswiger darf nicht ausbluten

Der Nordschleswiger, 17.12.2010

Der Deutsche Journalistenverband Schleswig-Holstein hat sich gestern dafür ausgesprochen, die Zeitung für die deutsche Minderheit in Dänemark, den Nordschleswiger, in der Zukunft auf eine sichere Grundlage zu stellen. Zwar seien Überlegungen vorerst vom Tisch, den Nordschleswiger in eine Wochen- oder Online-Zeitung umzuwandeln; gleichwohl müsse das Blatt herbe finanzielle Kürzungen verkraften. Einsparungen von etwa drei Millionen Kronen (etwa zehn Prozent des Etats) seien kein Pappentwurf für die Zeitung der deutschen Minderheit.

Deutschland-Tickets nun doch an Nordschleswiger Bahnhöfen

Der Nordschleswiger, 17.12.2010

Die dänische Staatsbahn DSB hatte erwogen, den Verkauf von Fahrkarten

nach Deutschland an den Bahnhöfen in Woyens, Rothenkrug und Tondern einzustellen. Doch Verkehrsminister Hans Christian Schmidt versicherte nach Prüfung der Verkaufszahlen, dass es auch weiterhin Fahrkarten nach Deutschland an den nordschleswigschen Bahnhöfen zu kaufen geben wird, sowohl in den „Kort og Godt“-Kiosken als auch an den Automaten. Durch die neue Zugführung der DSB-Intercities bis nach Flensburg ist die Fördestadt nun an Kopenhagen angeschlossen, aber: Die Tarife der Deutschen Bahn, also auch Angebote wie das Schleswig-Holstein-Ticket, gelten jetzt nur noch bis/ab Flensburg und nicht mehr wie früher auch für Tondern und Pattburg.

SPD über Dänemark-Strategie der Regierung enttäuscht

Der Nordschleswiger, 19.12.2010

Über die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung vorgestellte Dänemark-Strategie haben sich die minderheitenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls, und der europapolitische Sprecher Rolf Fischer enttäuscht geäußert. Diese sei ausschließlich auf Wirtschaft

ausgerichtet, während Kooperationsfelder wie Kultur, Minderheitenpolitik oder Soziales keine Rolle spielten. Zudem erscheine die Strategie als eine Unterstützungsmaßnahme für die umstrittene Fehmarnbelt-Querung, die die Region im Norden schwäche. „Dass Minderheitenpolitik überhaupt nicht auftaucht, ist unverantwortlich und unterstreicht die negative Einstellung der Landesregierung zur Minderheitenpolitik. Fragwürdig ist, eine solche Strategie auf ganz Dänemark auszuweiten und damit die Grenzregionen einer neuen Konkurrenz auszusetzen“, so Pauls und Fischer, die deshalb im März einen neuen Masterplan zur Minderheitenpolitik herausbrachten (Der Nordschleswiger, 31.3.2011). Auch der Nordschleswiger-Chefredakteur brachte einen kritischen Leitartikel („Strick durch STRING“, 18.12.2010, zur Definition des Begriffs STRING vgl. GFH 4/2000, S. 279 f.). Staatssekretär Heinz Maurus (CDU) wies hingegen darauf hin, dass die Zusammenarbeit insbesondere mit den dänischen Regionen Seeland und Kopenhagen ausgebaut werden solle, ohne Mittel von der Jütland-Route abzuziehen. „Wir brauchen beide Achsen, um Schleswig-Holstein insgesamt zu entwickeln“, unterstrich Maurus. Mit Kopenhagen und Berlin wolle die Regierung über die Einsetzung einer deutsch-dänischen Arbeitsmarktkommission verhandeln. Es gebe noch immer zahlreiche Barrieren auf dem Weg zu einem gemeinsamen Arbeitsmarkt. Auch für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein sehe die Regierung Kooperationsmöglichkeiten mit Dänemark. Die Landesregierung wolle zudem die Kooperation zu Windenergie, Biomasse und der Plattform „Furgy“ (künftige erneuerbare Energien) ausbauen und auf ganz Dänemark ausweiten.

Neuer OB in dänischen Medien gefragt

DR (Fernsehen), Sendung „Deadline“, 29.12.2010

Die Direktwahl des SSW-Kandidaten Simon Faber zum Flensburger Oberbürgermeister stieß in den dänischen Medien auf hohe Aufmerksamkeit. In der Live-Sendung „Deadline“ am Ende der 21-Uhr-Nachrichten wurde der kommende OB u.a. gefragt, ob die Existenz der dänischen Minderheit nicht allmählich überflüssig sei, was dieser natürlich begründet zurückweisen konnte.

Redaktion entging nur knapp einem Blutbad

Spiegel-online, 29.12.2010

Knapper denn je ist Dänemark einem Terroranschlag entgangen: Dem PET (Politiets Efterretningstjeneste) gelang es, fünf Terroristen (vier davon schwedische Staatsbürger mit nahöstlichen Wurzeln) festzunehmen, bevor sie ein Massaker im Haus der Presse am Kopenhagener Rathausplatz anrichten konnten. Der vereitelte Anschlag ist im Zusammenhang mit der Kontroverse um die Mohammed-Karikaturen zu sehen (s. GFH 1/2006, S. 65 f.).

Deutsche Rettungskräfte halfen Falck
Flensburg Avis, 30.12.2010

Nachdem die Notaufnahme und Ambulanz im Zuge der dänischen Krankenhausreform in ganz Nordschleswig auf Apenrade konzentriert wurde, gibt es für den dänischen Rettungsdienst wesentlich mehr Fahrten zu absolvieren. Dabei greift die Organisation Falck immer häufiger auf deutsche Rettungskräfte zurück.

Kleinschmidt wird Chef eines neuen deutsch-dänischen Wachstumsforums

Jydske Vestkysten, 5.1.2011

Die Region Syddanmark hat Stephan Kleinschmidt, der vor allem als Vorsitzender des Kultur- und Wirtschaftsausschusses in der Kommune Sonderburg bekannt ist, zum Leiter eines neuen deutsch-dänischen Interreg-Projekts zur Wirtschaftsentwicklung und besseren Vermarktung der gesamten Grenzregion ernannt. Das vierköpfige Sekretariat hat seinen Sitz in Bau.

Deutscher Aufschwung bringt Wachstum in Jütland

Flensborg Avis, 6.1.2011

Dänische Wirtschaftsvertreter beobachten, dass die Wirtschaft auf dem dänischen Festland deutlich von den besseren Konjunkturdaten in Deutschland profitiert.

Mit Lied in die Tagung gestartet

Der Nordschleswiger, 15.1.2011

Auf der Neujahrstagung des BDN in Sankelmark waren die Einsparungen ein wesentliches Thema. Hauptredner waren der Kieler Bundestagsabgeordnete Raju Sharma (Linke), dessen Partei turnusgemäß den Vertreter aus der Politik stellte und der nicht überraschend die Minderheitenpolitik von Bundes- und Landesregierung scharf kritisierte, und der Historiker und Journalist Tom Buk-Swienty, dessen Bücher „Slagtebænk Dybbøl“ und „Dommedag Als“ regionalgeschichtliche Bestseller wurden und die viel öffentliche Aufmerksamkeit erfahren haben, nicht zuletzt durch die Erwähnung des (nur noch in älterer Literatur bekannten) Angebots König Christi-

ans IX. nach der Niederlage von 1864, Dänemark einen Teil des Deutschen Bundes werden zu lassen.

Grenzverein und seine Häuser mit ausgeglichenem Jahresabschluss

Der Nordschleswiger, 15.1.2010

Trotz der Streichung von 100.000 Euro an Zuschüssen gelang dem Deutschen Grenzverein ein ausgeglichener Haushaltsabschluss. Auch die Bildungseinrichtungen in Sankelmark, Leck und auf dem Scheersberg seien stabil geblieben, nachdem man finanzielle Einschnitte und Umstrukturierungen hatte verkraften müssen. Der Vorsitzende Dr. Jörg-Dietrich Kamischke sicherte der deutschen Volksgruppe angesichts der Sparforderungen weiterhin die uneingeschränkte Unterstützung zu.

Kritik am Deutschunterricht

Der Nordschleswiger, 18.1.2011

Die vormalige Dekanin der Philosophischen Fakultät der Universität Århus, Vorsitzende der Arbeitsgruppe zum Sprachunterricht, die vom dänischen Forschungsministerium eingerichtet wurde, kritisiert den Zustand des Fremdsprachenunterrichts außer Englisch im Königreich. Seit der Gymnasialreform von 2005 sei der Zugang zu Fremdsprachen dramatisch gesunken (nur noch 8% aller Gymnasiasten belegen eine dritte Fremdsprache, zuvor waren es 41%). Auch funktioniere der Zusammenhang zwischen neunklassiger Volksschule und Gymnasium nicht. Ebenso sei die Lehrerausbildung in Sprachfächern mangelhaft, und an mehreren Universitäten gebe es massive Einschnitte bei den Sprachstudien (s. GFH 4/2010, S. 322).

Europas Minderheiten sollen aus dem Hinterhofschaten treten

Flensburg Avis, 20.1.2011

SSF und FUEV arbeiten am Aufbau eines Kompetenz- und Informationszentrums zu den nationalen Minderheiten in Europa. Dieses soll in den Räumlichkeiten des 2010 geschlossenen Kaufmannsladens von Carsten C. Petersen in der Norderstraße 78 eingerichtet werden und damit auch die Föderation Europäischer Volksgruppen besser sichtbar machen.

Mit Lust und aller Kraft gegen ewiges Gejammer

Flensburger Tageblatt, 20.1.2011

Beim Empfang des neuen Oberbürgermeisters in Flensburg forderte Simon Faber nicht nur seine Stadt dazu auf, mehr Selbstbewusstsein zu zeigen, sondern die ganze Region: „Nicht mit Jammern, aber mit guten Ideen können wir Berliner, Kie-ler und Kopenhagener Politiker begeistern. Nicht mit Kleinlichkeit, sondern mit Selbstbewusstsein überzeugen wir international agierende Firmenchefs“, so der neue Verwaltungschef. Auch Forscher und Kulturtalente gewinnen man nur mit Kreativität und Feriengäste mit Klasse statt Masse.

Über 1200 Einsätze für Christoph Europa 5

Flensburger Tageblatt, 21.1.2011

Im Jahr 2010 wurde der in Niebüll stationierte Hubschrauber der Deutschen Rettungs-Flugwacht insgesamt 1284 Mal zu Einsätzen gerufen, darunter 143 Mal nördlich der Grenze. Zu 935 Rettungseinsätzen kamen 349 Krankentransporte von Intensivpatienten zwischen Kliniken.

Ein Pakt für die Kulturhauptstadt

Flensburger Tageblatt, 21.1.2011

Die Bewerbung Sonderburgs um den Ehrentitel im Jahr 2017 findet auch die Unterstützung des schleswig-holsteinischen Landtags, dessen Präsident Torsten Geerds die Stadt am Alsensund besuchte. Auf Initiative des Billunder Regionsratsabgeordneten Preben Jensen werden zudem alle süddänischen Kommunen die Bewerbung Sonderburgs als Kulturhauptstadt 2017 gegen Århus unterstützen. Dabei soll gerade auf die Besonderheit des Grenzlands aufmerksam gemacht werden (Der Nord-schleswiger, 11.12.2010).

Dänen stellen die Weichen:

18 Kilometer mit Auto oder Bahn unter der Ostsee

Flensburger Tageblatt, 22.1.2011

Eine Mehrheit der Parteien ist sich in Dänemark darüber einig, dass die ab 2014 zu bauende feste Querung über den Fehmarnbelt keine Brücke, sondern ein insgesamt 17,6 km langer Tunnel sein soll. Aktuelle Gutachten hatten einer Brücke höhere Kosten bescheinigt. Auch können die Betonelemente überwiegend in den Anrainerstaaten gefertigt werden. Man geht derzeit von ca. 5,1 Mrd Euro Baukosten aus, die auf dänischer Seite getragen werden, während die deutsche Seite für die Zuwegung im eigenen Land zuständig ist (s. GFH 4/2010, S. 319). Die verkehrspolitischen Sprecher aller Folketingsparteien außer der linksalternativen Einheitsliste stimmten dem Entwurf des Ministers Hans Christian Schmidt zu (FT, 2.2.2011).

Forschungszentrum direkt auf die deutsch-dänische Grenze

Der Nordschleswiger, 22.1.2011

Der bisherige Flensburger Oberbürgermeister Klaus Tscheuscher spricht sich für die Errichtung eines neuen gemeinsamen Forschungszentrums direkt an der Grenze und für die Errichtung einer zukunftsweisenden nachhaltigen Musterhaussiedlung ebenda als nächste Leuchtturmprojekte in der Grenzregion aus. Als ehemaliger Bürgermeister von Fehmarn drückte er seine Skepsis über die feste Beltquerung aus, die seiner Meinung nach die unmittelbaren Anrainergemeinden eher schwächen als stärken wird.

Hauptvorstand spart 6,2 Mio.

Pressemitteilung des BDN, 25.1.2011

Der BDN Hauptvorstand hat in seiner Sitzung am 24. Januar eine Reihe von Sparmaßnahmen beschlossen, die insgesamt eine Sparsumme von 6.195.000 Kr. ergeben.

Von den 16 Sparmaßnahmen sind alle Sparten der Arbeit der Minderheit betroffen – vom Sport über Kultur, Bildung und Medien. Insgesamt werden 13 Hauptamtliche verabschiedet werden müssen. Besonders einschneidend sind die Einsparungen beim Nordschleswiger, der mit 2,8 Mio. Kr. fast die Hälfte der Einsparungen trägt. Die harte Sparrunde war nötig, nachdem die Mittel der deutschen Volksgruppe von Seiten der Bundesrepublik Deutschland 2011 um 1 Million Euro (7,5 Mio. Kr.) im Vergleich zu 2010 gekürzt wurden (siehe den Beitrag von Harro Hallmann ab S. 53). In der vierstündigen Sitzung des Hauptvorstandes wurden auch die Vorschläge und Bemerkungen der öffentlichen Anhörung im Deutschen Gymnasium

am 18. Januar berücksichtigt. Auch in der dänischen Presse wurden die Kürzungen ausführlich thematisiert, beispielsweise machte Jydske Vestkysten am 5. Januar mit der Schlagzeile „Minderheit kämpft gegen schleichenden Tod“ auf.

Dänen rufen zum Regierungswechsel im Norden auf

Flensburger Tageblatt, 26.1.2011

Erstmals in seiner Geschichte hat der Gemeinsame Rat, das Koordinationsorgan der Organisationen der dänischen Minderheit, unverhohlen dazu aufgerufen, bei der baldigen Landtagswahl gegen die Parteien der derzeitigen Regierung zu stimmen. Hintergrund ist der Beschluss, die Zuschüsse für die dänischen Schulen zu kürzen (s. GFH 4/2010, S. 285 ff.). Der minderheitenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Carsten-Peter Brodersen kritisierte dies und wies darauf hin, dass „vergleichbare deutsche Schulen“ nur 80 Prozent erhielten, womit er auf Privatschulen verwies.

Ministerpräsident Carstensen: Mehr Dänisch an schleswig-holsteinischen Schulen

Der Nordschleswiger, 6.2.2011

Im Zuge des Zusammenwachsens beider Länder tritt der schleswig-holsteinische Regierungschef für mehr Dänischunterricht in ganz Schleswig-Holstein ein. Dies soll jedoch auf freiwilliger Basis geschehen.

Oeversee-Marsch als Symbol deutsch-dänischen Miteinanders

Flensburger Tageblatt, 8.2.2011

Beim diesjährigen Marsch zum Gedenken an die Schlacht am 6.2.1864 betonte der Festredner, der Schleswiger Landrat Bogislav-Tessen von Gerlach, dass die Denkmäler am Schlachtort heute Mahnmäler für Frieden, Versöhnung und Verständigung seien und nicht mehr wie bei ihrer Errichtung einer patriotischen Bewusstseinschärfung dienten. Als erster Festredner ging er auch darauf ein, dass der Marsch hilfsbereiter Flensburger zum Schlachtfeld nur als Legende überliefert ist (GFH 4/2005, S. 301 f., 1/2006, S. 70 f. und 4/2006, S. 295 f.), was aber die zentrale Bedeutung menschlicher Fürsorge für Notleidende ohne Ansehen ihrer Nation als wesentlichen Punkt menschlichen Miteinanders heute wie gestern und morgen nicht ändert. Auch verwies der Landrat auf die ungebrochene Bedeutung der Region Sønderjylland-Schleswig und auf die Unterstützung der ganzen Region für die Bewerbung Sonderburgs als europäische Kulturhauptstadt 2017.

Brückenprojekt zwischen Alsen
und Fünen wird geprüft

Jydske Vestkysten, 19.2.2011

Die Region Süddänemark hat mehrere Ingenieurfirmen damit beauftragt, Machbarkeitsstudien für eine Brücke über den Kleinen Belt anzustellen, um brauchbare Prognosen über Verkehrspotenzial, Kosten und Wachstumschancen in die Hand zu bekommen. In Nordschleswig wurde dies ebenso wie die Planung weiterer Riesenprojekte kritisiert, da man eine Vernachlässigung der bestehenden Landverbindungen befürchtet.

Die Kommunalreform hat nur
Schlechtes gebracht

Der Nordschleswiger, 25.2.2011

Der bekannte Politiker der Slesvigsk Parti, Harald Søndergaard, beging seinen 70. Geburtstag. Angesichts der jüngsten Entwicklung in der 2007 aufgelösten Kommune Tingleff, in der er lange im Gemeinderat wirkte, sieht er fatale Folgen der Kommunalreform für den ländlichen Raum, denn die Orte abseits der Zentralstädte seien seither deutlich geschwächt worden. Er hätte eine Großkommune Sønderjylland vorgezogen, in der man mit der Schaffung von Lokalräten der Zentralisierung besser hätte entgegenwirken können. – 1980 hätte Søndergaard Bürgermeister in Tingleff werden können, doch hätte man einen deutschgesinnten Bürgermeister damals nur akzeptiert, wenn er die Partei gewechselt hätte. Als er schon einmal in Vertretung des Bürgermeisters die Geschäfte geführt hatte, brachte dies sogar das Boulevardblatt Ekstra Bladet gegen den Vertreter der deutschen Minderheit in Stellung.

Engere Partnerschaft im Grenzland

Flensburger Tageblatt, 9.3.2011

Mit einem Festakt im Haus Nordschleswig in Anwesenheit zahlreicher Regionalpolitiker wurde das Interreg-Medienprojekt „Unter Nachbarn“ (GFH 1/2009, S. 52) offiziell abgeschlossen. Der medienpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und Flensburger Abgeordnete Wolfgang Börsen lobte, dass immer der Mensch im Zentrum der Berichterstattung gestanden habe. Die medienpolitische Sprecherin der Venstre-Fraktion im Folketing, die Sonderburger Abgeordnete Ellen Trane Nørby, forderte dazu auf, dass das Berichten über die Nachbarn zum Alltag werden

und unter anderem auch die dänischen Rundfunkmedien mehr über die Grenze schauen müssen. Der Regionsvorsitzende Carl Holst betonte, dass es in einer Wachstumsregion notwendig sei, dass man viel voneinander weiß. Generell wurde gelobt, dass das Projekt, bei dem die Minderheiten und deren Medien die Führung übernommen hatten, auf gute Resonanz gestoßen sei

Mit gelben Westen und Regenschirmen gegen CO₂-Lager

Flensburger Tageblatt, 9.3.2011

Die auch von vielen Lokalpolitikern mitgetragene Bürgerinitiative gegen ein CO₂-Endlager nahe der Grenze (s. GFH 4/2010, S. 322) beteiligte sich an einer Großdemonstration in Kopenhagen, die gemeinsam mit dänischen und internationalen Umweltverbänden sowie einer Initiative gegen ein ähnliches Projekt im nordjütischen Vendsyssel veranstaltet worden war. Dabei kam es auch zur Unterredung mit Politikern mehrerer Parteien und der Umwelt- und Klimaministerin Lykke Friis, die den Betroffenen zusicherte, dass sich das Folketing vor einer Entscheidung über die Errichtung unterirdischer Kohlendioxidlager genau über die Risiken der Technologie informieren werde.

Jeder dritte Deutsche wünscht „starken Mann“

Flensburger Tageblatt, 9.3.2011

Eine im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung an der Universität Bielefeld angefertigte Studie kam zu dem Ergebnis, dass jeder dritte Deutsche der Ansicht sei, dass man einen starken Mann in der Staatsführung bräuchte, der sich nicht um Parlament

und Wahlen scheren muss. In Großbritannien und Frankreich mit ihren sehr langen demokratischen Traditionen waren es sogar 40 Prozent, in einigen europäischen Ländern sogar 60 Prozent. Verstärkt wird dieses besorgniserregende Ergebnis dadurch, dass eine Mehrheit in allen untersuchten Ländern sich nicht von ihren Politikern verstanden fühlt. Auch Vorurteile gegenüber Minderheiten sind verbreiteter als bisher angenommen.

Gefährliche Euro-Taktik

Der Nordschleswiger (Leitartikel), 12.3.2011

In einem Leitartikel kritisiert Siegfried Matlok Überlegungen in der dänischen Regierung, in Kürze ein Referendum zu den dänischen EU-Vorbehalten und der Euro-Einführung abzuhalten. Dies geschehe, weil Dänemark ohnehin an die Euro-Zusammenarbeit gekoppelt wäre, aber als Noch-Nicht-Vollmitglied die Entscheidungen nicht beeinflussen kann. Zudem seien wahltaktische Überlegungen nicht zu übersehen. Zwar sei Dänemark ohne Euroschutz tatsächlich weit krisenanfälliger. Aber angesichts der internationalen Finanzkrise ist das Thema derzeit bei der Bevölkerung unbeliebt, und ein (derzeit eher wahrscheinliches) Nein würde die Euro-Einführung erneut auf Jahre blockieren.

Die deutsch-dänische Verkehrskommission steht

Der Nordschleswiger, 12.3.2011

Im April soll die lange gewünschte deutsch-dänische Infrastruktur-Kommission für die Region Schleswig ernannt werden. Dem Gremium sollen Beamte, Wirtschaftsvertreter und Verkehrsexperten beider Seiten

angehören, um Konzepte für den grenzüberschreitenden Verkehrsplanung zu erarbeiten (s. GFH 1/2010, S. 73)

AA und BDN wollen gemeinsam die deutsche Kultur in Dänemark fördern

Der Nordschleswiger, 16.3.2011

Das Auswärtige Amt und der Bund Deutscher Nordschleswiger werden künftig stärker kooperieren, um das Wissen um deutsche Kultur, Kenntnisse in der deutschen Sprache und nicht zuletzt den Zugang zu deutschen Medien und Kulturangeboten zu verbessern.

Wahlen am 6. Mai nächsten Jahres

Flensburg Avis, 17.3.2011

Nachdem sich CDU, SPD und FDP auf ein neues Wahlgesetz geeinigt haben, wird die vorgezogene Landtagswahl nun am 6. Mai 2012 stattfinden. Die Neuwahl ist notwendig, da das bisherige Wahlrecht gerichtlich als verfassungswidrig erklärt wurde.

Faber will dem Grenzland eine faire Chance sichern

Flensburg Avis, 17.3.2011

Nach starker Kritik aus dem Grenzland an der neuen Dänemark-Strategie der Landesregierung (s.o. 19.12.) legte der neue Flensburger Oberbürgermeister Simon Faber den Entwurf zu einem eigenen Strategiepapier vor, das von den Verantwortlichen der Gebietskörperschaften im Landesteil Schleswig unterzeichnet werden soll. Darauf wird vor allem auf die Bedeutung der Festlandverbindung zwischen Deutschland und Dänemark und auf weitere Stärken der Region verwiesen, die

man in der Strategie der Landesregierung zugunsten der Fehmarnbelt-Region benachteiligt sieht. Generell soll die Region grenzüberschreitend besser wahrgenommen werden. Das Regionskontor soll seine Arbeit fortsetzen. Abgeschafft werden sollen die Regionalversammlung und ihre Ausschüsse, die ohnehin kaum Kompetenzen hatten. Dafür soll der Regionsvorstand erheblich erweitert und mindestens einmal jährlich eine Grenzlandkonferenz einberufen werden. Themenschwerpunkte der Zusammenarbeit sollen vor allem Kultur, Sprachförderung, Kinder- und Jugendarbeit und Wirtschaftspolitik sein (vgl. GFH 4/2010, S. 319)

Verhandlungen um freien Empfang von TV 2 in Südschleswig

Flensburg Avis, 24.3.2011

Nachdem eine große Mehrheit im Folkeeting beschlossen hat, dass das bisher öffentlich-rechtliche „zweite“ und regional verankerte dänische Fernsehprogramm TV 2 2012 zu einem Bezahlfernsehen umgewandelt werden soll, wächst die Sorge um den Empfang des Programms südlich der Grenze. Es soll jedoch darüber verhandelt werden, ob es über den deutschen Kabel- und Satellitenanbieter weiterhin unverschlüsselt empfangen werden soll.

Mit einem Schlag(baum) ins Museum

Der Nordschleswiger, 26.3.2011

Vor genau 10 Jahren trat Dänemark dem Schengener Abkommen bei. Seither herrscht freie Fahrt über die Grenze, und mehrere bisher unterbrochene Verbindungen wurden wieder eingerichtet. Der Verein „Æ Bomlaug“ kümmert sich um den Erhalt der noch erhaltenen Grenzrelikte

wie den Schlagbäumen an den bis dahin geschlossenen Grenzübergängen wie z.B. Niehuus/Rönsdamm. Während viele Grenzlandbewohner erklären, dass das Abkommen für sie nach wie vor ein Grund zur Freude sei und dass vieles seither leichter geworden sei, melden sich auch die Skeptiker nach wie vor zu Wort. Für die Grenzpolizei sei die Arbeit aufwändiger geworden. Die Dansk Folkeparti startete angesichts des Jubiläums eine groß angelegte Plakataktion unter der Überschrift „Der må være en grænse“ (es muss eine Grenze geben). Der ihr angehörige zweite Tonderaner Vizebürgermeister Bent Paulsen verwies auf die angeblich seither drastisch gestiegene Kriminalität: „Die Beute wird dann nach Deutschland und nach Polen abgeschleppt“.

Gemeinsamer Marsch kritisiert

Der Nordschleswiger, 30.3.2011

Beim traditionellen Festakt zum Jahrestag der Schlacht von Düppel (18.4.1864) sollen erstmals dänische und deutsche Soldaten gemeinsam von der Sonderbur-

ger Kaserne durch die Stadt auf die 1864 umkämpfte Anhöhe marschieren. Während auf dänischer Seite einige Stimmen gegen die immer engere Zusammenarbeit deutscher und dänischer Soldaten bei der noch vor wenigen Jahren „rein dänischen“ Angelegenheit protestierten, nannte der Kieler Verfasser zahlreicher Bücher zur Kriegsgeschichte des 19. Jahrhunderts Gerd Stolz es eine Geschichtsklitterung, wenn die deutschen Soldaten nicht aus einem damals preußischen oder österreichischen Ort kämen, sondern wie aktuell aus Sachsen, das seinerzeit nicht am Krieg beteiligt gewesen sei. (Der Nordschleswiger, 15.2.2011).

Grenzland wird Kulturregion

Flensburg Avis, 31.3.2011

Im Zuge eines neuen EU-Projekts Kulturdialog wird die Region Sønderjylland-Schleswig zu einer Kulturregion, die sich gemeinsam darstellen und ihr kulturelles Angebot ausweiten soll. Dafür stellt die EU 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Geschichtsgesellschaft und Diskussionsfreiheit

Bemerkungen der GFH-Redaktion

Liebe Leserinnen und Leser!

Im letzten Heft (S. 326 ff.) haben wir Sie unter der Rubrik „Echo“ über die „Hässliche Polemik“, genauer: die üblen Diffamierungen, informiert, denen die Grenzfriedenshefte und ihre Redaktion in einem Beitrag des Historikers Jan Schlürmann ausgesetzt wurden, der im Mitteilungsorgan der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (GSHG) an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Wir waren und sind der Überzeugung, dass es auch Sie betrifft, wenn die von Ihnen mit Gewinn gelesene Zeitschrift in einem an sich seriösen Organ wie den Mitteilungen der Geschichtsgesellschaft (MSHG) derartig herabgewürdigt und zudem bei den Leserinnen und Lesern der Mitteilungen, denen die Grenzfriedenshefte und die Grenzlandverhältnisse nicht vertraut sind, in ein gänzlich falsches Licht gesetzt wird.

Wenn den Grenzfriedensheften im Mitteilungsorgan der GSHG eine „ideologische Ausrichtung“ und der Redaktion unterstellt wird, sie wolle „einer Diskussion über kontroverse Themen des Grenzlandes durch Zensur aus dem Wege gehen“, so zielt das jenseits irgendeines Historikerstreits auf zentrale Anliegen der Grenzfriedenshefte und des ADS-Grenzfriedensbundes, geht also auch die hinter den beiden Zeitschriften und ihren unabhängigen Redakteuren stehenden Vereine etwas an. Der Vorsitzende des ADS-Grenzfriedensbundes Lothar Hay wies daher in einem Brief (31.1.2011) an den Vorsitzenden der GSHG Jörg-Dietrich Kamischke, unter Verweis auf unseren „Echo“-Beitrag, die in den Mitteilungen der GSHG publizierten Verleumdungen der Grenzfriedenshefte und ihrer Redaktion in aller Form zurück. Zur Begründung stellte Lothar Hay u. a. fest, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung in keinem Falle das Recht auf ehrabschneiderische Diffamierungen beinhalte. Zudem machte Hay deutlich, dass eine ganze Reihe engagierter Historiker sich sowohl dem ADS-Grenzfriedensbund als auch der GSHG verbunden fühlen. Als Beispiel nannte er das Redaktionsmitglied der Grenzfriedenshefte Dr. Gerret Liebing Schlaber, erster Träger des GSHG-Preises und Mitglied des Leitungsgremiums des der GSHG nahe stehenden Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Aus Gründen des Respekts vor der ehrenamtlichen Tätigkeit der GFH-Redaktion, aber auch aus vereinspolitischen Gründen sei es daher geboten, sich seitens des Vorstands der Geschichtsgesellschaft von den in ihrem Mitteilungsorgan publizierten Verleumdungen zu distanzieren.

Über diesen Brief hinaus haben sich die beiden Vereinsvorsitzenden in einem Gespräch über einen den Interessen beider Vereine Rechnung tragenden Ausweg aus der Krise verständigt.

Nach Beratungen im Vorstand der GSHG erreichte uns durch deren Schriftführerin dann aber die folgende Stellungnahme (7.2.2011):

Antwort des Vorstands der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte auf den Artikel „Echo“ der Redaktion der Grenzfriedenshefte in der Ausgabe 4/2010

Im letzten Heft der „Mitteilungen“ der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 79 (2010) wurde in der Rubrik „Diskussion“ ein Artikel von Jan Schlürmann „Der Ildstedt-Löwe. Anmerkungen zur Geschichtspolitik in Flensburg“ veröffentlicht. Auf diesen Beitrag antwortete die Redaktion der Grenzfriedenshefte mit einem Beitrag mit dem Titel „Echo. Hässliche Polemik gegen die Grenzfriedenshefte“. Darin wurde nicht allein heftige Kritik an der vom Artikelverfasser Schlürmann vertretenen Position geübt, sondern auch Frank Lubowitz – Redakteur der „Mitteilungen“ und Vorstandsmitglied der GSHG – scharf angegriffen.

Wir weisen diese ungerechten Angriffe auf unser Vorstandsmitglied entschieden zurück. Herr Lubowitz betreut die „Mitteilungen“ seit vielen Jahren mit großem Engagement und hoher Sachkenntnis. Der Vorstand steht hinter ihm und seiner Redaktionsarbeit. Die „Mitteilungen“ stehen nämlich allen landesgeschichtlich interessierten Mitgliedern und Historikern zu landesgeschichtlichen Themen offen, und eine Zensur wird durch die Redaktion nicht ausgeübt. Auf Inhalt und Diktion von Diskussionsbeiträgen nimmt die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte generell keinen Einfluss. Im konkreten Fall wurde Schlürmanns Artikel ausdrücklich als Diskussionsbeitrag publiziert und entsprechend gekennzeichnet. Darüber hinaus wurde der Redaktion der Grenzfriedenshefte unter Vorlage des Artikels im Vorfeld der Publikation angeboten, auch von ihrer Seite einen Beitrag zum Thema des Artikels in die Rubrik „Diskussion“ aufzunehmen. Die Redaktion der Grenzfriedenshefte hat sich dafür entschieden, von diesem Angebot keinen Gebrauch zu machen.

Der Vorstand der GSHG bedauert unter diesen Umständen außerordentlich, dass die GFH-Redaktion über die legitime intensiv-kritische Auseinandersetzung mit dem Beitragsverfasser hinaus den Redakteur unserer „Mitteilungen“ allein wegen der Bereitstellung dieser Diskussionsplattform persönlich herabsetzt und seine fachliche Reputation diskreditiert. Dagegen verwahren wir uns mit Entschiedenheit. Wir appellieren an die Fachkollegen in der GFH-Redaktion, zu der bisher erfolgreich geübten sachlichen, angemessenen Art fachlicher Auseinandersetzung zum Nutzen aller zurückzukehren und im persönlichen Umgang miteinander den gebotenen Respekt zu wahren.

Fortiter in re – suaviter in modo!

Der Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Über diesen Text ist unseren Informationen nach im GSHG-Vorstand nicht abgestimmt worden. Man hat es vielmehr der Schriftführerin, Dr. Elke Imberger, überlassen, die Gesprächsergebnisse in eine Stellungnahme des Vorstandes zur Publikation in den GFH und den MSHG zu fassen. Der Frage, ob sie dieser Aufgabe korrekt nachgekommen ist, wollen wir hier nicht weiter nachgehen. Jedenfalls gibt es innerhalb des GSHG-Vorstandes offenbar Kommunikationsprobleme. So trägt der offizielle Vorstandstext weder der schriftlichen Stellungnahme Lothar Hays noch den Ergebnissen des Gesprächs der beiden Vorstandsvorsitzenden in irgendeiner Weise Rechnung. Der Vorstand des

ADS-Grenzfriedensbundes hat sich daher veranlasst gesehen, seinem Befremden Ausdruck zu geben und seine Position in einer Stellungnahme für die MSHG und die GFH öffentlich zu machen:

Stellungnahme des Vorstandes des ADS-Grenzfriedensbundes zu den Angriffen von Jan Schlürmann in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 79 (Oktober 2010) gegen die Grenzfriedenshefte

Herr Schlürmann als Verfasser eines Artikels zum Ildstedt-Löwen diffamiert hier auf unerhörte Weise die vom ADS-Grenzfriedensbund herausgegebene Vierteljahresschrift, indem er u. a. unterstellt, „dass die Grenzfriedenshefte und ihre Redaktion ausschließlich Wert auf ‚genehme‘ Beiträge im Sinn der ideologischen Ausrichtung dieser Hefreihe (!) legen und einer Diskussion über wichtige und kontroverse Themen des Grenzlandes durch Zensur (!) aus dem Wege gehen wollen.“

Die Redaktion der Grenzfriedenshefte hatte – wie auch andere Publikationsorgane – 2009 einen von Jan Schlürmann eingereichten Artikel über den Ildstedt-Löwen abgelehnt. Der Vorstand erklärt zu den Angriffen:

- Das Recht auf freie Meinungsäußerung beinhaltet nicht das Recht auf ehrabschneiderische Diffamierungen, auch dann nicht, wenn sie als „Diskussions“-Beitrag deklariert sind.
- Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat nicht die Pflicht einer Redaktion zur Folge, jeden ihr angebotenen Diskussionsbeitrag zu publizieren.
- Das Angebot des verantwortlichen Redakteurs der Mitteilungen der Gesellschaft sich mit Herrn Dr. Schlürmann über dessen Diffamierungen auseinanderzusetzen, ist kein Entgegenkommen, sondern eine Zumutung, die Herr Dr. Leppien (Redakteur der Grenzfriedenshefte) im Einvernehmen mit seinen Redaktionskollegen zurückgewiesen hat.
- Der Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes und die Redaktion der Grenzfriedenshefte hatten erwartet, dass die schlimmsten Diffamierungen vor der Publikation des Beitrages gestrichen würden. Dazu fand sich der verantwortliche Redakteur der Mitteilungen, Herr Lubowitz, nicht bereit.
- Der Angriff auf die Grenzfriedenshefte mit dem Vorwurf der Zensur, Abgeschlossenheit und Diskussionsunfähigkeit ist ein Schlag ins Gesicht für unseren gesamten Verein, für den die Schaffung von Dialogen ein grundsätzliches Ziel ist. Unsere vielen Dialogveranstaltungen sind wie die Grenzfriedenshefte ein Aushängeschild unseres Vereins.

Der Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes weist daher die in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte publizierten Verleumdungen der Grenzfriedenshefte und ihrer Redaktion in aller Form zurück.

Unseren Standpunkt hatten wir bereits gegenüber dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Herrn Jörg-Dietrich Kamischke, zum Ausdruck gebracht. Mit Befremden stellen wir nun fest, dass der Vorstand der GSHG unserer Position in seiner öffentlichen Stellungnahme in keiner Weise Rechnung trägt.

Lothar Hay, Vorsitzender

Auch wir als Redaktion der GFH hatten gehofft, die leidige Angelegenheit mit unserem „Echo“-Beitrag in Heft 4/2010 und mit dem Abdruck einer der Sache angemessenen Stellungnahme des GSHG-Vorstandes im vorliegenden Heft zum Abschluss bringen zu können. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Wir sehen uns daher gezwungen, uns mit der „Antwort“ des GSHG-Vorstandes in unserer Zeitschrift und in den MSHG kritisch auseinanderzusetzen. Die Leserinnen und Leser der MSHG informieren wir darüber hinaus, im Rückgriff auf unseren „Echo“-Artikel, über die Hintergründe des Schlürmann-Beitrages, das Verhalten des Redakteurs Lubowitz und an Beispielen auch über die mindere Qualität des Artikels über den Ildstedt-Löwen, die ihnen im Mitteilungsorgan der GSHG zugemutet wurde.

In seiner „Antwort“ auf unseren „Echo“-Beitrag stellt sich der Vorstand der GSHG uneingeschränkt hinter den Redakteur Lubowitz. Ein Bedauern darüber, dass den Grenzfriedensheften und dem ADS-Grenzfriedensbund durch die im Mitteilungsorgan der Geschichtsgesellschaft publizierten Diffamierungen ein Schaden zugefügt wurde, oder auch nur Verständnis für unsere Betroffenheit wird in der Stellungnahme des Vorstandes der GSHG nicht einmal andeutungsweise zum Ausdruck gebracht. Es ist ihm offenbar auch gleichgültig, dass die Redaktionsmitglieder der Grenzfriedenshefte, die seit Jahren oder Jahrzehnten der GSHG angehören, in deren Mitteilungsorgan ehrabschneiderischen Anwürfen ausgesetzt wurden. Schlimmer noch: Man fordert *uns* zu einer „Rückkehr zur sachlichen Diskussion“ auf, als ob *wir* mit einer unmotivierten Polemik eine Kontroverse ausgelöst hätten.

Keinerlei Berücksichtigung findet in der „Antwort“ des GSHG-Vorstandes auch die ihm durch zahlreiche schriftliche wie mündliche Äußerungen bekannte Tatsache, dass der Beitrag von Schlürmann, das Verhalten von Lubowitz – und unser „Echo“-Beitrag in den Grenzfriedensheften – durch eine ganze Reihe renommierter Mitglieder ähnlich beurteilt werden wie von uns als Betroffenen. Darunter das GSHG-Ehrenmitglied Dr. Hans-F. Rothert, der seine gravierenden Einwände gegen die Veröffentlichung der Schlürmannschen Polemik bereits gleich nach Erscheinen gegenüber dem Redakteur Lubowitz schriftlich zum Ausdruck gebracht hatte und nun in den MSHG öffentlich machen wird. Auch die grundlegenden Einwände des renommierten Historikers Prof. Dr. Reimer Hansen gegen den Schlürmann-Artikel und dessen Publikation in den MSHG lagen dem Vorstand bei seinen Beratungen vor. Hansen wird seine für Verfasser, Redakteur und GSHG-Vorstand nicht gerade schmeichelhafte Einschätzung nun in einem längeren Beitrag in den MSHG veröffentlichen. Entsprechendes gilt für die Historikerin und Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion Anke Spoorendonk, die sich äußerst kritisch mit Schlürmanns Sicht der dänischen Minderheit in ihrem Verhältnis zum Ildstedt-Löwen und mit der Diffamierung der Grenzfriedenshefte im Mitteilungsorgan der Geschichtsgesellschaft auseinandersetzt. Sowohl Reimer Hansen als auch Anke Spoorendonk haben uns ihre Beiträge, die in den MSHG im April 2011, also etwa gleichzeitig mit unserem vorliegenden Heft, erscheinen sollen, vorab zur Kenntnisnahme geschickt und uns erlaubt, zur Information unserer Leserinnen und Leser daraus zu zitieren.

Der GSHG-Vorstand bestätigt in seiner „Antwort“ dem Redakteur Lubowitz, dass selbst Diffamierungen publikationswürdige „Meinungen“ seien, wenn sie unter der Rubrik „Diskussion“ erscheinen und stellt (offenbar als Seitenhieb gegen die Grenzfriedenshefte) fest:

„Die ‚Mitteilungen‘ stehen nämlich allen landesgeschichtlich interessierten Mitgliedern und Historikern zu landesgeschichtlichen Themen offen. Eine Zensur wird durch die Redaktion nicht ausgeübt.“ Die Vorstandsmitglieder meinen also in Verkennung des Begriffsinhalts, dass der Redakteur Lubowitz „Zensur“ ausgeübt hätte, wenn er den Schlürmantext abgelehnt oder die verleumderischen Passagen gestrichen hätte. In Wirklichkeit gehört es zu den selbstverständlichen Aufgaben jeder Redaktion eines seriösen Organs, im Sinne der Leser unangemessene Polemik, sachliche Fehler oder Ungereimtheiten, vor allem aber böswillige Unterstellungen nicht zum Druck zu befördern.

Anke Spoorendonk stellt sich in diesem Zusammenhang „die grundsätzliche Frage, was die Redaktion mit dem Abdruck dieses Artikels eigentlich bezweckt. Neue Erkenntnisse bringt er nicht – im Gegenteil, er verdreht die historische Faktenlage und stellt Behauptungen auf, die alle in die gleiche Richtung zeigen: Jan Schlürmanns Feldzug gegen die Grenzfriedenshefte und deren Chefredakteur – hervorgerufen durch verletzte Eitelkeit, weil die Grenzfriedenshefte 2009 (genau wie das Flensburger Tageblatt und weitere Adressaten, füge ich in Klammern hinzu) einen von Schlürmann eingereichten Artikel über den Ildstedt-Löwen abgelehnt hatten.“ Der Vorwurf einer „ideologischen Ausrichtung“ der Grenzfriedenshefte und der „Zensur“ sei „an sich schon ungeheuerlich; nicht hinnehmbar ist die Tatsache, dass dies offenbar eine zentrale Begründung des zuständigen Redakteurs ist, den Beitrag von Jan Schlürmann in den Mitteilungen zu veröffentlichen. Ich erspare mir weitere Ausführungen über das wissenschaftliche Renommee der Grenzfriedenshefte, wozu Dr. Jörn-Peter Leppien seit über 30 Jahren maßgeblich beigetragen hat. Wer die Schriftreihe kennt, weiß auch, dass es ein Merkmal der Grenzfriedenshefte ist, immer auch unbequeme Themen in die öffentliche Diskussion einzubringen. Das zeigt nicht zuletzt die Diskussion um den Ildstedt-Löwen, die maßgeblich in den Grenzfriedensheften geführt worden ist. Der Vorwurf der Zensur ist vor diesem Hintergrund so verletzend, dass er sich nicht einfach wegwischen lässt. Für mich steht fest: Das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass eine Zeitschrift die Pflicht hat, jeden ihr zugeschickten Artikel zu bringen, auch wenn er als ‚Diskussionsbeitrag‘ deklariert ist. Populistische Polemik lässt sich nicht rechtfertigen und Diffamierungen schon gar nicht, so einfach ist das.“

Reimer Hansen schreibt, bereits in Kenntnis der „Antwort“ des GSHG-Vorstandes, diese erwecke den „fatalen Eindruck, als sei in den Beiträgen unter der Rubrik ‚Diskussion‘ alles erlaubt“. Die Veröffentlichung werfe einen „lastenden Schatten auf die MSHG und ihren allein dafür verantwortlichen Redakteur. Das ‚Echo‘ der Redaktion der GFH bringt dies mit aller berechtigten, geradezu herausgeforderten Deutlichkeit klar und unmissverständlich zum Ausdruck.“

Hansen weist zudem auf den schwerwiegenden Schaden hin, „der nunmehr dem Ansehen der GSHG, insonderheit seinem amtierenden Vorstand, droht, wenn mit seiner Billigung in ihren MSHG derart willkürlich, aber auch maßlos egozentrisch-larmoyant und damit schließlich sträflich verharmlosend mit einem historisch-politisch eindeutigen Begriff wie ‚Zensur‘ umgegangen werden darf.“ Es sei „ebenso absurd wie peinlich, wenn den Redaktionen der GFH und des Flensburger Tageblatts wegen der mehr als berechtigten Ablehnung eines unqualifizierten Artikels indirekt ein im historisch-poli-

tischen Kontext schwerwiegender Verstoß gegen eine wesentliche Bestimmung der Grundrechte des Grundgesetzes vorgeworfen werden darf. Aber auch der Vorstand der GSHG scheint sich über diesen Zusammenhang nicht recht klar gewesen zu sein. Wie anders hätte Schlürmanns Polemik dort einen entsprechenden dekuvierenden Reflex finden können?! Und das alles durch die geräuschvolle Instrumentalisierung und damit auf Kosten des sensiblen und lehrreichen, realhistorisch wie fachdidaktisch insonderheit von den GFH aufgearbeiteten Themas der nun bald 150-jährigen Geschichte des Ildstedt-Löwen!“

Reimer Hansen geht in seinem Beitrag für die MSHG, wie er es in derselben Zeitschrift bereits 1982 (!) getan hat, ausführlich auf die gültigen wissenschaftlichen Standards ein, die sich in der Geschichtsforschung seit dem beginnenden 19. Jahrhundert entwickelt haben und die Hansen mit seinen Weggefährten, allen voran Manfred Jessen-Klingenberg, auch in der seriösen schleswig-holsteinischen Landesgeschichtsforschung etabliert hat. „Schlürmanns Beitrag hingegen bricht mit dieser Tradition durch maßlose Polemik und vorsätzliche Verletzung der geschichtswissenschaftlichen Standards in modo & re. Die Redaktion der GFH war daher gut beraten, sich nicht auf das Angebot des Redakteurs Lubowitz einzulassen, ‚auch‘, wie es in der ‚Antwort‘ des Vorstands der GSHG heißt, in Kenntnis der Ausführungen Schlürmanns ‚von ihrer Seite einen Beitrag zum Thema des Artikels‘ in der Rubrik ‚Diskussion‘ beizusteuern. Schließlich hatte sie selbst bereits das Angebot einer Vorform zur Veröffentlichung in den GFH abgelehnt, die – Schlürmanns Ausführungen zufolge – schon die ‚Kerngedanken‘ enthielt. Allein die apodiktische Bezeichnung einer begründeten Ablehnung dieser Vorform durch die GFH und das Flensburger Tageblatt als ‚Zensur‘ und die aberwitzige, diffamierende Abqualifizierung verdienter, in verantwortlichen öffentlichen Aufgaben mit breiter Zustimmung, Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlich wirksamer Persönlichkeiten als ‚sich hermetisch abschließender Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre‘ mögen hier als hinreichende Belege genügen. Sie sind geradezu repräsentativ für den gesamten Duktus des Artikels und disqualifizieren ihn somit als Beitrag für die MSHG. Eine sich ihrer wissenschaftlichen und öffentlichen Verantwortung bewusste Redaktion hätte den Text so niemals in den Druck geben und ans Licht lassen dürfen.“

Der in den Mitteilungen der GSHG zur „Diskussion“ gestellte Text von Schlürmann entspricht auch insofern nicht wissenschaftlichen Standards, als er bei der Behandlung seines historischen Gegenstandes „mit seinen abstrusen Rückfällen in nationale Kategorien“, so Reimer Hansen, um Jahre oder Jahrzehnte hinter den Stand der Landesgeschichtsforschung und des deutsch-dänischen Historikerdiskurses zurückfällt. Was den Ildstedt-Löwen betrifft, so haben die GFH „seit 1992 mit mehreren einschlägigen Veröffentlichungen, namentlich Jörn-Peter Leppiens“, nach dem Urteil Reimer Hansens „der öffentlichen wie der fachlichen Diskussion wichtige Impulse“ gegeben und „in ihrem aufklärerischen Duktus Maßstäbe“ gesetzt.

Darauf geht Anke Spoorendonk in ihrem Beitrag für die MSHG näher ein, wobei sie nicht zuletzt auf die im GFH 2/2010 erschienenen Aufsätze von Lars N. Henningsen und Jörn-Peter Leppien über den Ildstedt-Löwen zurückgreift. Die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion macht die Leser der Mitteilungen zunächst darauf aufmerksam, dass der Historiker Schlürmann einem dick aufgetragenen Aprilscherz der SSW-Landesgruppe

aufgelesen ist, als er die angebliche Absicht Anke Spoorendonks, Verhandlungen über eine Platzierung des Idstedt-Löwen auf dem Aschberg aufnehmen zu wollen, als „zukunftsweisende Anregung“ bezeichnete, die man in Flensburg aber „gefissentlich“ überhört habe (s. a. GFH 4/2010, S. 329). „Ginge es nur um einen missverstandenen Aprilscherz, gäbe es keinen Grund, auf den Artikel von Jan Schlürmann überhaupt einzugehen; dann hätte man ihn dem Lachen preisgeben und ganz schnell abhaken können. Uneingeweihte Leser aber werden über die Haltung des SSW zum Idstedt-Löwen in grober Weise falsch informiert. Dies hätte der mit dem Grenzland vertraute Redakteur der Mitteilungen, Frank Lubowitz, wissen und verhindern müssen. Im Übrigen zeigt das Missverständnis des Autors seine mangelhafte Kenntnis der Grenzlandverhältnisse. Denn leider ist der missverstandene Aprilscherz der SSW-Landtagsgruppe nur die kleinste Zutat in dem Gericht, das die Redaktion der Mitteilungen ihren Leserinnen und Lesern als Diskussionsbeitrag vorsetzt.“

Schlürmanns Haltung zum Löwen sei unehrlich und in sich widersprüchlich. Er sei gegen die Rückführung des Denkmals nach Flensburg. „Anstatt seine Haltung klar auszusprechen, versteckt er sich hinter der Verallgemeinerung, er spreche nicht für sich, sondern für die schweigende Mehrheit, die es nicht wage, gegen die Meinung jener an zu gehen, die als ‚ideologisch konditionierte Funktionäre‘ die Meinungsführerschaft übernommen haben.“ Er behaupte, dass er der dänischen Minderheit „ihren“ Löwen „gönnt“, halte gleichzeitig aber den scherzhaften SSW-Vorschlag, den Löwen auf den Aschberg zu verfrachten, für „zukunftsweisend“.

Entschieden und mit ausführlichen Begründungen wendet sich Anke Spoorendonk gegen die beiden Hauptthesen des Verfassers, die zeigten „auf welch wackeligen Beinen das Konstrukt des Historikers Schlürmann steht. Die erste These lautet vereinfacht formuliert: Der Idstedt-Löwe ist ein Symbol für eine nationale – und nationalistische – dänische Geschichtskultur, mit der sich die dänische Minderheit identifiziert. Er ist daher ein Denkmal der Minderheit. Die zweite These könnte man wie folgt umschreiben: Eine gemeinsame Grenzlandidentität ist eine Illusion, weil es nicht möglich ist, eine gemeinsame deutsch-dänische Erinnerungskultur zu schaffen.“

Angesichts der Tatsache, dass das Löwendenkmal 1862 nach dem Willen seiner nationalliberalen Erbauer den blutigen dänischen „Sieg“ bei Idstedt von 1850 feiern und ungeachtet der deutschen Bevölkerungsmehrheit in Südschleswig einen dänischen Nationalstaat bis zur Eider reklamieren sollte, sei es „beleidigend“, schreibt Anke Spoorendonk, „wenn Schlürmann die heutige dänische Minderheit mit dieser Haltung in Verbindung bringt, weil er sie damit in eine nationalistische Ecke stellt, in die sie nachweislich nicht gehört.“

Anke Spoorendonk bekennt sich zur Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof in Flensburg als „Zeichen von Freundschaft und Vertrauen zwischen Dänen und Deutschen“ und damit, fügt sie hinzu, „auch zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung in unserem gemeinsamen Grenzland. Und genau dies ist der Inhalt der zweisprachigen Inschrift auf dem neuen Sockel des Idstedt-Löwen, nicht mehr und nicht weniger. Dass Jan Schlürmann diesen Ansatz nicht versteht – oder verstehen will – überrascht mich nicht. Unerträglich ist, wie er diese Aussage nutzt, um ein weiteres Mal die Arbeit von Dr. Leppien zu diskreditieren, indem er ihm vorwirft, dass er die ‚so lange ersehnte

Rückkehr dieses Symbols für die dänische Minderheit implizit an Bedingungen' knüpfe, 'die seiner persönlichen ideologisch determinierten Geschichtsauffassung entspringen'. Schlürmanns Behauptung, dass Jörn-Peter Leppien damit zu einer Abqualifizierung 'des jährlichen dänischen Ildstedt-Gedenkens auf dem Alten Friedhof' beiträgt, ist genauso unerhört wie seine Schlussfolgerung: 'Hier darf man wohl vom Organ des 'Grenzfriedensbundes' ein wenig mehr Toleranz für die Symbole und Veranstaltungen der dänischen nationalen Minderheit erwarten.'

Schlürmanns unsinniger Versuch, das Vertrauensverhältnis zwischen Grenzfriedensheften und dänischer Minderheit zu untergraben, war also nicht von Erfolg gekrönt. Im Übrigen wird durch seine von Spoorendonk zitierten Äußerungen deutlich, dass dem Historiker hier wie in seinem gesamten „Diskussions“-Beitrag in den MSHG jeglicher Zugang zur Geschichtsvermittlung durch historische Denkmäler fehlt. Wenn Leppien in seinem Aufsatz für die GFH 2/2010 darauf aufmerksam machte, dass der Ildstedt-Löwe mit seiner Aussage von 1862 als historische Quelle zu behandeln sei, die mit Distanz betrachtet Deutschen wie Dänen, auch der dänischen Minderheit, „Anlass zur selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit“ biete, so ist das nicht, wie Schlürmann diffamierend schreibt, die „persönliche ideologisch determinierte Geschichtsauffassung“ von Leppien, sondern dessen Verweis auf ein zentrales, unter ernstzunehmenden Historikern heute völlig unumstrittenes Ziel historischer Vermittlung, das natürlich auch in der dänischen Minderheit verfolgt wird.

Ebenso unumstritten ist es unter einschlägigen Historikern und Museumsfachleuten, dass der Ildstedt-Löwe ein Zeugnis der gemeinsamen deutsch-dänischen Geschichte und des gemeinsamen Kulturerbes ist. Für seine gegenteilige Auffassung vermag der Historiker Schlürmann keine auch nur halbwegs plausiblen Argumente vorzubringen. Denn das Bekenntnis zur gemeinsamen Vergangenheit bedeutet ja weder die Auflösung nationaler Blickwinkel noch die unhistorische Harmonisierung früherer Gegensätze. „Wer in der Grenzregion lebt, weiß aus eigener Erfahrung, dass zu einem gemeinsamen Kulturerbe auch Kriege, Konflikte und Auseinandersetzungen gehören“, so Anke Spoorendonk. „Und es gehört der Wille dazu, den Dialog voran zu bringen ... Das heißt, dass das Erkennen eines gemeinsamen Kulturerbes ein Aufeinander-Zu-Gehen voraussetzt, und genau dafür steht Jan Schlürmann nicht.“ In Flensburg aber gebe es diesen Willen. „Das zeigt der Beschluss der Flensburger Ratsversammlung.“ Mit seinen herabwürdigenden Äußerungen über diesen politischen Konsens und seinem mangelnden Verstehen politischer Entscheidungsprozesse, bringe Schlürmann „ein interessantes Demokratieverständnis zum Ausdruck“. Es sei „eine Selbstverständlichkeit“, dass die Kopenhagener Regierung „den Antrag der Flensburger Ratsversammlung nicht einfach abgenickt, sondern sehr sorgfältig abgewogen hat“. Zu den umfänglichen Konsultationen, die den politischen Entscheidungen in Flensburg und Kopenhagen vorausgingen, äußert sich im vorliegenden GFH übrigens der ehemalige Flensburger Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner in einem Interview.

Insgesamt teilen Anke Spoorendonk und Reimer Hansen also unsere Auffassung, dass der „Diskussions“-Beitrag von Schlürmann wegen der darin enthaltenen Diffamierungen und auch aufgrund der abwegigen Meinung des Verfassers über den Ildstedt-Löwen nicht publikationswürdig ist.

Der Vorstand der GSHG aber bescheinigt dem verantwortlichen Redakteur Lubowitz „hohe Sachkenntnis“. Und „auf Inhalte und Diktion von Diskussionsbeiträgen“ nehme „die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte generell keinen Einfluss“. Das heißt, der Redakteur erhält vom Vorstand einen Freibrief, Diffamierungen und auch inhaltlichen Unsinn in den MSHG zur „Diskussion“ zu stellen – eine Position, die sich schwerlich rational begründen lässt und von ihren Vertretern ja auch nicht begründet wird, denn mit einer pauschalen Berufung auf Meinungsfreiheit ist es natürlich nicht getan, wie auch Reimer Hansen feststellt. Dabei genügt ein Blick in das Grundgesetz und in das Strafgesetzbuch, um zu erkennen, dass das GSHG-Postulat einer schrankenlosen Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit mit demokratischen Normen unvereinbar ist.

Der GFH-Redaktion wirft der Vorstand vor, wir hätten den Redakteur Lubowitz in unserem Echo-Beitrag „allein wegen der Bereitstellung dieser Diskussionsplattform persönlich herabgesetzt und seine persönliche Reputation diskreditiert“. Der Vorstand appelliert „an die Fachkollegen in der GFH-Redaktion, zu der bisher erfolgreich geübten sachlichen, angemessenen Art fachlicher Auseinandersetzung zum Nutzen aller zurückzukehren und im persönlichen Umgang miteinander den gebotenen Respekt zu wahren. Fortiter in re – suaviter in modo.“ Hier tue sich, schreibt dazu Reimer Hansen, „dem Leser ein erschreckender Widerspruch in der Argumentation des Vorstands auf. Und er fragt sich, weshalb dieser Ratschlag ausschließlich der Redaktion der GFH erteilt wird und nicht zunächst dem verantwortlichen Redakteur der eigenen MSHG, dessen Veröffentlichung des Beitrags von Schlürmann erst das ‚Echo‘ der Redaktion der GFH ausgelöst hat, mehr noch: woher er sich das Recht nimmt, in so eklatanter Weise zweierlei unvereinbares Maß anzuwenden, die alte bewährte lateinische Devise für jeden Disput zu proklamieren, auf ‚Inhalt und Diktion von Diskussionsbeiträgen‘ in den MSHG jedoch ‚generell keinen Einfluss‘ nehmen zu wollen. Nicht in den GFH, sondern in den MSHG sind Ton, Form und Stil in modo & re bestimmt worden, die der Vorstand aus dem ‚Echo‘ heraushören und -lesen will.“ Und an anderer Stelle bemerkt Reimer Hansen: „Hätte die GSHG den Schaden möglichst gering halten wollen, hätte sie ihn auf den Verursacher begrenzen, aber eben deshalb auch personalisieren und entsprechende Konsequenzen ziehen müssen.“

Tatsächlich haben wir als GFH-Redaktion nichts anderes getan, als konkrete, großenteils zu unseren Lasten gehende Fehlleistungen öffentlich zu benennen, durch die der hierfür eindeutig Verantwortliche sein Ansehen als Redakteur zuvor selbst beschädigt hat. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass Lubowitz nun die Rückendeckung des GSHG-Vorstandes und offenbar auch einiger Weggefährten erhalten hat.

Die oben zitierten Stellungnahmen von Anke Spoorendonk und Reimer Hansen zeigen nämlich beispielhaft, dass Lubowitz' Handeln innerhalb wie auch außerhalb der GSHG auf scharfe Missbilligung gestoßen ist. Man hat mit Befremden registriert, dass unter seiner Verantwortung renommierte Fachkollegen, neben den bereits erwähnten auch die Kollegen vom Stadtarchiv und Museumsberg, diffamierenden Anwürfen ausgesetzt wurden. Zumal sich Lubowitz auch im Nachhinein nicht von Schlürmanns Artikel distanziert hat (im Gegenteil!), gehen nicht nur wir als Betroffene davon aus, dass er die in den MSHG veröffentlichten Verunglimpfungen für berechtigt hält und die Meinung des Autors über den Idstedt-Löwen teilt, mindestens aber als diskussionswürdig einschätzt.

Auch wenn Lubowitz, jedenfalls öffentlich, seine Position zum Idstedt-Löwen wohlweislich nicht preisgibt, sind ihm die abstrusen Gedanken Schlürmanns offenbar so wichtig, dass er sie nicht nur als ehrenamtlicher Redakteur der MSHG veröffentlichte, sondern auch in seiner dienstlichen Eigenschaft als Leiter des Archivs und der Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kulturgesellschaft Flensburg den Historiker Schlürmann zu einem Vortrag über den Idstedt-Löwen einlud und darüber eigene Berichte an den Nordschleswiger, die Tageszeitung der deutschen Volksgruppe, und das Flensburger Tageblatt lieferte.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, sei auch an dieser Stelle betont, dass unterschiedliche Meinungen über ein historisches Thema, wie den Idstedt-Löwen, natürlich prinzipiell ihre Berechtigung haben. Inwieweit sie aber seriös sind und zu einer weiterführenden Diskussion beitragen können, muss die Redaktion eines Organs mit wissenschaftlichem Anspruch auf der Grundlage ihrer Fachkompetenz abwägen und dann entscheiden, ob sie in der vorgelegten Form veröffentlicht werden können. Und da gibt es denn doch zu denken, dass der Historiker Lubowitz einen „Diskussions“-Beitrag ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hat, der auch über die darin enthaltenen Diffamierungen hinaus nichts mit seriöser wissenschaftlicher Arbeit zu tun hat.

Wie sich aus den oben zitierten Stellungnahmen von Anke Spoorendonk und Reimer Hansen ergibt, die sich ohne Weiteres ergänzen ließen, hält Lubowitz Darlegungen über den Idstedt-Löwen für publikations- und diskussionswürdig, die den gängigen historisch-wissenschaftlichen Standards nicht genügen, unehrlich und in sich widersprüchlich argumentieren, grobe Fehlinformationen enthalten, falsch zitieren und die geschichtsdidaktischen Defizite des Autors nur allzu deutlich offenbaren – Darlegungen schließlich, die meilenweit hinter dem Stand des deutsch-dänischen Dialogs über die gemeinsame Geschichte und das gemeinsame Kulturerbe zurückfallen und die dänische Erinnerungskultur in beleidigender Weise herabwürdigen, wie Anke Spoorendonk völlig zu Recht feststellt (s.o.). Dass sein ehrenamtlicher wie dienstlicher Einsatz für die Verbreitung solcher „Meinungen“ der Reputation des Historikers Lubowitz nicht förderlich ist, liegt auf der Hand.

Die konkrete Arbeit der Redaktion der Grenzfriedenshefte oder gar des ADS-Grenzfriedensbundes berührt all dies freilich nicht. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte aber wurde durch den Redakteur Lubowitz und seine Unterstützer in eine tiefe Krise gestürzt, die lange schwelende innere Gegensätze offenbart. Der amtierende Vorstand hat, nachdem er sich angesichts der in den MSHG veröffentlichten Diffamierungen zunächst in Schweigen gehüllt hatte, durch seine extrem einseitige „Antwort“ auf unseren Echo-Beitrag die zu Tage getretenen tiefen Gegensätze innerhalb der GSHG nicht ausgeglichen, sondern verschärft. Das ist schon vor der Veröffentlichung dieser „Antwort“ nur allzu deutlich geworden. So hat der vor allem für Satz, Bebilderung und Gestaltung der MSHG zuständige Mitredakteur Günther Bock, der der Veröffentlichung des Schlürmann-Textes kritisch gegenüberstand, nach Auseinandersetzungen mit Frank Lubowitz über redaktionelles Verantwortungsbewusstsein seine Mitarbeit an der Zeitschrift aufgekündigt. Im Zuge des sich offenbar immer mehr ausweitenden Konflikts innerhalb der GSHG hat wenig später auch der angesehene Historiker Dr. Klaus-J. Lorenzen-Schmidt sein Amt als Sprecher des wissenschaftlichen Beirats der GSHG und

damit seinen Sitz im Vorstand aufgegeben. – Und ganz am Rande sei vermerkt, dass die Mitglieder der GFH-Redaktion nach dieser Behandlung durch die Verantwortlichen der GSHG jeder für sich entschieden haben, aus der GSHG nach jahre- oder jahrzehntelanger Mitgliedschaft auszutreten.

Liebe Leserinnen und Leser, Sie dürfen versichert sein, dass wir unsere ehrenamtliche Arbeit für die Grenzfriedenshefte im Sinne einer konsequenten Qualitätssicherung unvermindert fortsetzen – im Konsens mit unseren Autoren, die unsere redaktionellen Korrekturen und Verbesserungsvorschläge in der Regel gerne annehmen, weil sie wissen, dass sie dem Wert ihrer Publikation – und damit auch den Leserinnen und Lesern – zugute kommen. Im Rahmen der Grenzlandarbeit des ADS-Grenzfriedensbundes werden die Grenzfriedenshefte ihre Rolle im deutsch-dänischen Dialog weiter so erfüllen, wie sie Anke Spoorendonk aus ihrer Sicht in der zitierten Stellungnahme für die MSHG charakterisiert hat: „Wer, wie Schlürmann, von einem ‚hermetisch abschließenden Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre‘ in Flensburg spricht, stellt die seit knapp 60 Jahren von den Grenzfriedensheften geleistete Arbeit in Frage – und genau darum geht es ihm vielleicht. Dialog entsteht aber nicht von alleine: Wer das Grenzland als eine Brücke zwischen Dänemark und Deutschland sieht, ist auch aufgerufen dafür zu sorgen, dass das Fundament des Dialogs nicht wegrutscht. Dafür stehen die Grenzfriedenshefte und nicht die Schlürmanns in Schleswig-Holstein.“

Die Redaktion der Grenzfriedenshefte hat im Übrigen nicht die Absicht, weiter Zeit, Kraft und wertvollen Raum in den GFH auf die Auseinandersetzung mit Positionen und Personen zu verwenden, die zwar durch uns und andere in ihre Schranken gewiesen werden mussten, die aber zu einer ernsthaften, weiterführenden Diskussion über grundlegende Fragen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit oder des kollegialen Umgangs sowie über das spezielle Thema Idstedt-Löwe rein gar nichts beizutragen haben.

Die Redaktion

Festschrift für Lars N. Henningsen

Konger, Flensborg og Sydslesvigs danske mindretal

Kronikker af Lars N. Henningsen i Flensborg Avis. En hilsen på 60 års dagen 2010
Hrsg. v. Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, nr. 64, 255 S., Flensburg 2010

Am 28. Juni 2010 beging Archiv- und Forschungsleiter Dr. Lars N. Henningsen von Arkivet og Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig seinen 60. Geburtstag (s.a. GFH 2/2010, S. 175). Von Natur aus bescheiden und Persönliches lieber im Hintergrund belassend, wird der Jubilar diesem Ereignis nicht ohne inneren Zwiespalt entgegengesehen haben. Denn schon früh zeichnete sich ab, dass die Kollegenschar nicht bereit sein würde, diesen Anlass zu Feier und verdientem öffentlichen Lob ungenutzt verstreichen zu lassen. So ergab sich Lars N. Henningsen in sein Schicksal, erfuhr auf einem liebevoll ausgerichteten Empfang vielerlei berechnete Dankesworte und nahm als Kollegengabe die hier anzumeldende Publikation entgegen.

Diese über 250 Seiten starke Edition enthält gleich viererlei: Zum einen eine als Vorwort vorausgeschickte Würdigung der beeindruckenden Lebensarbeit des Jubilars als Forscher, Publizist und Archivar; zum zweiten eine fast 250 dänische und deutsche Einträge umfassende Tabula Gratulatoria sowie zum dritten eine von Harald Wolbersen zusammengetragene Bibliographie des Jubilars mit annähernd

250 Titelhinweisen, wobei Rezensionen und Zeitungs-Chroniken noch unberücksichtigt blieben.

Zum vierten aber beinhaltet die Publikation in ihrer Hauptsache eine durch Landsarkivar Prof. Dr. Hans Schultz Hansen, Bibliotheksleiterin Alice Feddersen sowie Archivmitarbeiterin Erika Jentzen zusammengestellte und bebilderte Auswahl der von Lars N. Henningsen für „Flensborg Avis“ verfassten, ebenso zahlreichen wie lesenswerten „Kronikker“. Das deutsche Wort „Chronik“ träge die Eigenart dieser Zeitungs-Beiträge nicht ganz. Handelt es sich bei diesen doch um oftmals aktuelle Ereignisse oder besondere Jubiläen pointiert reflektierende Streifzüge in und durch die dänisch-schleswigsche Geschichte, formuliert für ein breiteres Publikum, aber bei Lars N. Henningsen dennoch stets erarbeitet und niedergeschrieben aufgrund einer profunden Sach- und Quellenkenntnis. 37 dieser „Kronikker“ aus den Jahren 1996 bis 2009 sind in der Publikation erstmals vereint, von den Herausgebern in drei Themengruppen gegliedert. Unter der Überschrift „Konger, dronninger – og Sydslesvig“ finden sich zunächst acht entsprechende Beiträge, das Kapitel „Flensborg – og den øvrige Sydslesvig“ versammelt deren 14 und nochmals 15 Darstellungen handeln von „Det danske mindretal – og dets venner“.

Als „Best of“ zeugen sie, mehr noch als es der einzelne, weil tagesflüchtige Zeitungsartikel vermochte, von der breiten politischen, sozialen und kulturellen Palette dieser von Henningsen verfassten Avis-Beiträge. Gerade die mittels der Buchform nun ermöglichte thematische „Zusammen-

schau“ und die künftige Bibliographierbarkeit der stets geistreichen Beiträge unterstreicht die Sinnhaftigkeit des Editionsprojektes.

Broder Schwensen

Geschichte Nordfrieslands

Albert Bantelmann, Rolf Kuschert,
Albert Panten, Fiete Pingel,
Thomas Steensen

Geschichte Nordfrieslands

Bredstedt: Nordfriisk Instituut 2009. 6 Bde, im Schuber, mit zahlreichen meist farbigen Abb. und zusammen 896 S.

Bereits 1995 hatte das Nordfriisk Instituut unter diesem Titel eine Gesamtdarstellung zur besonderen Geschichte Nordfrieslands herausgegeben, die allerdings schnell vergriffen war. Ab 2003 begann das Institut jedoch mit einer überarbeiteten Neuauflage in neuer Form, und zwar in sechs handlichen Einzelbänden einschließlich eines Registerbandes mit ausführlicher Zeittafel. Mit Erscheinen des Letzteren ist die Geschichte Nordfrieslands nun komplett sowohl in einem ansprechend gestalteten Schuber als auch nach wie vor in Einzelbänden erhältlich.

Bereits 2003 erschien eine Neufassung des erstmals bereits 1992 als Einzelband herausgegebenen Werks von Albert Bantelmann (verstorben 1999) über „Nordfriesland in vorgeschichtlicher Zeit“. Der 80 Seiten starke und wie alle folgenden Teile der Geschichte Nordfrieslands sehr ansprechend illustrierte Band wurde durch den Archäologen Martin Segschneider ergänzt und weiter verbessert. 2010 war bereits eine unveränderte Neuauflage nötig geworden. Nordfriesland ist reich an vor-

geschichtlichen Denkmälern auch aus der Stein-, Bronze- und Eisenzeit, bevor die Friesen in der frühen Wikingerzeit in das Gebiet einwanderten, wenn auch vieles durch die Veränderungen der Küstenlinie durch Sturmfluten, noch mehr aber durch menschliche Eingriffe unwiderruflich zerstört worden ist. Heute meist nur Fachleuten bekannt ist, dass viele Friesen seinerzeit als Händler weit über den Bereich der östlichen und südlichen Nordsee hinaus Handel trieben.

Ebenfalls 80 Seiten stark und 2010 neu aufgelegt (Erstausgabe 2004) ist Band 2 über „Die Nordfriesen im Mittelalter“ von Albert Panten. Die ersten 16 Seiten sind der Wirtschafts- und Sozialgeschichte gewidmet, danach folgt ausführlich die politische Geschichte von der ausgehenden Wikingerzeit bis kurz nach 1500, und die letzten acht Seiten stellen die Entwicklung der Kirche dar. Nordfriesland stellte, wie im Buchtitel verdeutlicht, keine administrative Einheit dar. Mehr und mehr gerieten die verschiedenen Landesteile in die Abhängigkeit konkurrierender Landesherren und damit auch in kriegerische Konflikte, nicht zuletzt – und oft aus lokalem Anlass – mit den Nachbarn in Dithmarschen.

Im dritten Band (176 S.) analysiert Rolf Kuschert die Entwicklung von Nordfriesland in der frühen Neuzeit. War die Darstellung 1995 in erster Linie chronologisch aufgebaut, orientiert sich die 2007 erschienene Neuausgabe an verschiedenen Aspekten und Perspektiven. In der von Martin Rheinheimer, Thomas Steensen und Fiete Pingel bearbeiteten Neufassung kommen beispielsweise einzelne Orte oder Wirtschaftszweige stärker als zuvor zur Geltung.

„Im Zeichen einer neuen Zeit“ heißt der 2009 erschienene vierte Band, in dem Thomas Steensen in zwei großen Abschnit-

ten die Entwicklung Nordfrieslands von 1800 bis 1918 darstellt, wobei der Wechsel von der dänischen Monarchie in den preußisch-deutschen Staat 1864/67 den zeitlichen Teilungspunkt bildet. Tatsächlich änderte sich bald nach 1864 vieles in Nordfriesland, auch wenn manche markante Entwicklung ihren Ursprung schon früher hatte, etwa der bald zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsfaktor werdende Bädertourismus. Der Band entspricht den beiden Kapiteln auf S. 207-317 in der „alten“ Geschichte Nordfrieslands, wobei der Text vom Verfasser an vielen Stellen ergänzt und verbessert worden ist. Der Abschnitt über die „Dänische Zwangspolitik in den 1850er Jahren“ (S. 74-78) zeichnet allerdings immer noch ein recht einseitiges Bild von dieser Zeit, in der es – das wird im Schlussabsatz nur angedeutet und auch im Kapitel über die sozial-, wirtschafts- und kulturgeschichtliche Entwicklung ab 1800 (S. 9-40) nur punktuell erwähnt – durchaus auch viele andere Entwicklungen gab als eine die Realität verkennende Sprachpolitik der dänischen Regierung. Die vielen neuen Entwicklungen im 19. Jahrhundert werden jedoch in beiden Kapiteln ausführlich dargestellt. Dies gilt vor allem auch für den gesellschaftlichen Wandel, die Veränderungen in den Ortsbildern, die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen, aber auch Auswanderung nach Übersee und das kulturelle Leben in der Kaiserzeit.

Auch im ebenfalls 224 Seiten umfassenden Band 5 über die Geschichte Nordfrieslands von 1918 bis in die Gegenwart (erschienen 2008) hat Thomas Steensen seinen Text gegenüber 1995 an vielen Stellen sinnvoll ergänzt, um ihn nicht nur chronologisch, sondern auch in Bezug auf den Forschungsstand auf den neusten Stand zu bringen, ist doch seither gerade in der

Forschung über Nationalsozialismus und Nachkriegszeit einiges hinzugekommen. Auch dieser letzte Textband zeichnet sich durch gute Lesbarkeit und Übersichtlichkeit aus und lässt kein wichtiges Thema der auch in der jüngsten Zeit vielgestaltigen Entwicklung der Region aus. Lediglich die verstärkte Zusammenarbeit über die Staatsgrenze hinweg kommt etwas zu kurz, obwohl das bis 1920 für Nordfriesland als Markt und Verwaltungszentrum so wichtige (und in den vorigen Bänden oft erwähnte) Tondern dem Landesteil wieder näher gerückt ist.

Der von Fiete Pingel und Thomas Steensen erarbeitete Registerband ist 112 Seiten stark und bietet nicht nur eine ausführliche Literaturliste, ein umfangreiches Personenregister (sogar mit wichtigen Daten zu den genannten Personen) und ein vollständiges Ortsverzeichnis, sondern auch eine Reihe informativer Karten und Grafiken (darunter Wahlstatistiken), vor allem aber eine überaus gelungene, ebenso übersichtliche wie informative Zeittafel. Diese gibt auf insgesamt 25 ansprechend bebilderten Doppelseiten Informationen zu einem jeweils abgegrenzten Zeitraum in den Rubriken „Küste/Sturmfluten“, „Wirtschaft/Politik“, „Friesische Sprache/Gesellschaft“ und „Personen“, wobei diese zusätzlich in Rahmendaten der Weltgeschichte eingebettet werden. Einen solchen Service findet man auch in großen Geschichtswerken nur selten.

Mag man es zunächst als ein Wagnis betrachtet haben, die Neuauflage eines Standardwerks in einer völlig anderen Form und Aufmachung als der bewährten herauszugeben, kann man das Ergebnis doch nur als gelungen bezeichnen. Mit der Veröffentlichung in sechs Einzelbänden wurde nicht nur eine schrittweise und zügige Überarbeitung der Texte möglich, sondern

dem Leser auch die Möglichkeit eröffnet, die Teile der Geschichte Nordfrieslands nach und nach zu erwerben. Dies macht auch künftige Aktualisierungen vergriffener Teilbände möglich. Insgesamt kann man die Mitarbeitern des Nordfriisk Instituut zur gelungenen Neuauflage ihres Standardwerks beglückwünschen und diesem viele Leser innerhalb und außerhalb Nordfrieslands wünschen.

Gerret Liebing Schlaber

Frühneuzeitliche Konflikte

Svend Jacobsen

Løgumkloster Birks tingbøger 1631-73

De bevarede årgange i uddrag

Aabenraa: Historisk Samfund for Sønderjylland (skriftrække nr. 103), 2009, 427 S.

Dass Quellen der niederen Gerichtsbarkeit der Frühneuzeit herausgegeben werden, ist im Norden nicht ganz alltäglich. Die Dingprotokolle des Birks Lügumkloster haben sich für mehrere Jahrgänge (wenn auch nicht vollzählig und vollständig) erhalten. Svend Jacobsen ist bei seinen familienkundlichen Forschungen auf diese Quelle gestoßen und hat sich schließlich entschlossen, sie im Auszug in modernes Dänisch zu übertragen und einer breiteren Leser- und Benutzerschaft zugänglich zu machen. In einer Einleitung (an der Gerret Liebing Schlaber mitgewirkt hat) stellt er zunächst die Institution des Birktings und die beteiligten Akteure sowie den Gerichtsbezirk vor. Dann folgen in chronologischer Folge die Eintragungen. Sie geben einen sehr guten Einblick in die Konfliktfälle einer ländlichen Gesellschaft dieser in

politischer Hinsicht turbulenten Zeit. Das beigefügte Sachregister zeigt, worum es hauptsächlich ging: Kredite, Beleidigungen, Interpretation der Dorfordnungen, Erbschaftssachen, Kauf und Verkauf. Anderes (Gewaltausübung, Diebstähle u. a.) spielt auch eine, wenngleich geringere Rolle. Dass Kreditprobleme so gewichtig sind, verweist auf eine Gesellschaft mit starker Geld- und Kreditorientierung. Die Personenregister werden nicht nur für Genealogen von Interesse sein. Eine Überblickskarte auf dem vorderen und hinteren Vorsatz bietet eine räumliche Orientierung. Übertragungen haben natürlich einen stark interpretatorischen Charakter, weshalb eine Quellenedition meistens vorzuziehen ist. Diese hat dann allerdings den Nachteil, sich dem Laien nicht ohne weiteres zu erschließen. Da Herr Jacobsen das Material aber insbesondere Familienforschern zugänglich machen wollte, ist sein Vorhaben gerechtfertigt. Das Buch möge andere ermuntern, weitere niedergerichtliche Überlieferungen in ähnlicher Weise einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Denn gerade diese Quellen lassen Blicke in den Alltag vergangener Zeiten zu, die uns sonst versperrt bleiben, und verdienen mehr Aufmerksamkeit in der lokalhistorischen Forschung.

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt

Ziegelei-Geschichte

Flensborgsten – om murstensformater, teglhandel og arkitektur

Red. v. Kirsten H. Clausen u. Torben A. Vestergaard

Hrsg. v. Museum Sønderjylland Cathrinesminde Teglværk u. Cathrinesmindes Venner, Sønderborg 2010, 102. S., zahlr. Abb.

Bis ins 20. Jahrhundert wurden sie als Massenware hergestellt: Die Flensburger Ziegelsteine sind nicht nur bei uns, im norddeutschen und süddänischen Stadtbild weit verbreitet, sondern wurden auch bis in die Karibik verschifft. Produziert in den knapp 70 Manufakturen an der Flensburger Förde befinden sich die flachen Steine mit einer maximalen Höhe von 4,5 cm im Mauerwerk zahlloser Gebäude in den alten Herzogtümern, im Königreich Dänemark sowie im Ausland. Aber so alltäglich die kleinen Steine aus Lehm sind, so wenig weiß man über sie und ihre Geschichte. Nun haben Kirsten H. Clausen und Torben A. Vestergaard vom Museum Sønderjylland Cathrinesminde Teglværk Museum in Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis Cathrinesminde das dänischsprachige Buch „Flensborgsten – om murstensformater, teglhandel og arkitektur“ veröffentlicht und bringen damit ein wenig mehr Licht in das Wesen der Flensburger Ziegelsteine. Den Anstoß zu dieser Publikation gab ein Seminar zur Herstellung und dem Handel mit Ziegeln in der Renaissance, das im Oktober 2009 in der gut erhaltenen einstigen Ziegelei Cathrinesminde bei Broager an der Flensburger Förde abgehalten wurde. Das heutige Museum, das die Geschichte der Ziegelei und ihrer Erzeugnisse von 1732 bis 1968 dokumentiert, gehört zum Museum Sønderjylland.

Das Buch beginnt mit einer Erläuterung der Bedeutung der roten und gelben „Flensburger Steine“ und einer Einführung in die vielen offenen Fragen zu ihrer Geschichte durch Museumsleiter und Ethnograph Torben A. Vestergaard. Auf 102 Seiten skizzieren neun Forscher verschiedener Fachrichtungen ihr Wissen zur Herstellung und Verwendung der Steine in der dänischen Architektur, zur Entwicklung des Lehmhandels und zu den Ziegeln und der Archi-

tektur im einstigen dänischen Westindien. Im ersten Artikel mit dem Titel „Bidrag til historien om teglsten fra Flensburg Fjords kyst“ („Ein Beitrag zur Geschichte der Ziegel von der Küste der Flensburger Förde“) bietet Hans Munk Hansen einen gut lesbaren Überblick über die historischen Fakten der Ziegelindustrie (S. 6-21). Auf 16 Seiten informiert der emeritierte Professor der Architektenschule der Kunstakademie und Nachkomme einer Ziegelei-Familie aus Rinkenæs eingehend über Mauertechniken, das Lehmbrennen sowie den Rückgang der Nachfrage nach diesen Ziegeln Anfang des 20. Jahrhunderts. Er kommt zu dem Schluss, dass bis heute keine adäquate Alternative zu den Ziegeln gefunden wurde. Auch auf die Formate und Größen der Lehmsteine und ihre Gebietszuordnung wird im Buch eingegangen: Auf den letzten vier Textseiten schildert Kaare Lund Rasmussen, Dozentin für Physik an der Süddänischen Universität, knapp und sehr physikalisch eine neu entwickelte Messmethode, die das charakteristische Profil von Ziegeln bestimmter Lehmvorkommen entschlüsselt. In ihrem Bericht „Proveniensbestemmelse af flensborgsten fra teglværkerne ved Illerstrand, Nivaagaard og Prøvelyst“ („Herkunftsbestimmung der Flensburger Steine aus den Ziegeleien bei Illerstrand, Nivaagaard und Prøvelyst“) zeigt sie auf, wie mittels dieser Methode zukünftig anonyme Ziegel bestimmter Ziegelei-Gebiete identifiziert werden (S. 97-101). Tabellen, Karten, Malereien und hochwertige Fotografien illustrieren die wissenschaftlichen Beiträge, die jeweils um einen Quellen- und Literaturapparat und eine Kurzvorstellung der Autoren auf der letzten Seite ergänzt sind. Auf Grund der übersichtlichen Textgliederung kann der Leser die Schrift nicht nur zur Gesamtlektüre nut-

zen, sondern sich durch gezielte Auswahl der Kapitel auch auf Teilaspekte konzentrieren.

Trotz weiterhin offener Fragen rund um die Ziegel aus der Region um die Flensburger Förde sind die einzelnen Beiträge durch die vielen Detailangaben für den fachkundigen Leser von Interesse. Durch die verständliche Aufbereitung und die anschaulichen Beiwerke ist das kleine Buch mit dem nüchternen Layout aber auch für den Laien lesenswert.

Anna Buck

Friedrich Paulsen

Thomas Steensen (Hrsg.)

Friedrich Paulsen

Weg, Werk und Wirkung eines
Gelehrten aus Nordfriesland

Husum Verlag, in Zusammenarbeit
mit dem Nordfriisk Instituut, Husum 2010.
271 S., zahlr. Abb.

Rechtzeitig zum 100. Todestag des aus Langenhorn in Nordfriesland stammenden Berliner Professors für Philosophie und Pädagogik Friedrich Paulsen (1846-1908) am 14. August 2008 gelang es dem Nordfriisk Instituut, das neu entdeckte vollständige Manuskript der Lebenserinnerungen „Aus meinem Leben“, von Prof. Dr. Thomas Steensen und Prof. Dr. Dieter Lohmeier kritisch kommentiert, herauszugeben (s. dazu: Johannes Jensen, Friedrich Paulsens Lebenserinnerungen. Anmerkungen aus grenz- und friedenspolitischer Sicht, in: GFH 4/2009, S. 223-232).

Am 4. September 2008 fand in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek eine von der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein und dem Nord-

friisk Instituut veranstaltete Konferenz „Friedrich Paulsen – Weg und Wirkung eines Gelehrten aus Schleswig-Holstein“ statt. Den Hauptteil der vierzehn Beiträge des vorliegenden Buches machen die auf dieser Tagung gehaltenen Vorträge aus. Ihre Verfasser konnten sie noch überarbeiten, denn inzwischen standen ihnen die an diesem Tag frisch überreichten Exemplare der Ausgabe der „Lebenserinnerungen“ Paulsens zur Verfügung.

Neu verfasst sind die folgenden fünf Beiträge: Helga Bleckwenn über Paulsens „Geschichte des gelehrten Unterrichts – Anmerkungen zu einem Standardwerk“, dem die Verfasserin „auch kritische Impulse für die aktuelle Reflexion“ über Schule zuschreibt (S. 66); Reinhard Mehring, „Friedrich Paulsens Metaphysik anhand seiner Einleitung in die Philosophie“; Hans Christof Kraus, „Freiheit des Hörsaals und akademische Disziplin – Paulsen, Althoff und der ‚Fall Arons‘“, über Paulsens mutigen Kampf für die Freiheit der Lehre und Forschung von politischer Einflussnahme; Bernd Philipsen, „Friedrich Paulsens ‚System der Ethik‘ und die ‚Judenfrage‘“. In diesem sehr lesenswerten Text zeigt Philipsen, wie Friedrich Paulsen, der die volle Assimilierung der Juden in die europäischen Nationalstaaten verlangte, von Mitgliedern im „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ darauf aufmerksam gemacht wurde, dass sie auch ohne die Aufgabe ihres jüdischen Glaubens in jeder Weise wie ihre deutschen Mitbürger dieses Land ihre Heimat und ihr Vaterland nennen würden, „wie Herr Paulsen und die anderen Antisemiten.“ Friedrich Paulsen, der seine umstrittenen Ausführungen mit dem Satz „Ich bin nicht Antisemit“ begonnen hatte, war mit den hineingeraten in eine heftige Antisemitismusdebatte, sogar die radikalen An-

tisemiten begannen, sich auf ihn zu berufen. Dies löste bei Paulsen „starke Zweifel am eigenen Verhalten“ aus, und er hätte die angreifbaren Erörterungen am liebsten „wieder ausgeschaltet“ (S. 160 ff.), aber sie waren nun gedruckt.

Für dieses Buch hat Thomas Steensen den mit 35 Seiten längsten Beitrag „Friedrich Paulsens Leben und Werk – eine Einführung“ geschrieben, eine Überblicksbiographie, die auf einem umfangreichen Wissen beruht. Steensen stellt am Schluss seiner Ausführungen fest, dass der vorgelegte Sammelband dazu dienen sollte, die „Paulsen-Forschung“, die „in manchen Bereichen noch am Anfang steht“, anzuregen. Dafür ist es in hohem Maße nützlich, dass das Buch eine bis in die Gegenwart geführte Bibliografie der „Schriften Friedrich Paulsens“, eine Liste der „Veröffentlichungen über Friedrich Paulsen“ sowie eine Auswahlliste „Ausführliche Erwähnungen Paulsens“ enthält. Auch ein Personenregister fehlt nicht. Das Buch ist mit über 70 Abbildungen reich illustriert.

Für die weitere Paulsen-Forschung wichtig ist auch der Bericht von Winfried Schultze „Der Nachlass Friedrich Paulsens – Ein Steinbruch der Forschung“ über die Ordnung und Verzeichnung des von den Enkeln Paulsens im Archiv der Berliner Humboldt-Universität abgelieferten umfangreichen Nachlasses von Friedrich Paulsen. Sehr zu begrüßen ist es, dass die 22 Tafeln der informativen und graphisch ansprechenden Ausstellung „Friedrich Paulsen – Ein Philosoph, Bildungshistoriker und Pädagoge aus Nordfriesland“, erarbeitet von Studierenden der Universität Flensburg gemeinsam mit dem Nordfriisk Institut, mit in das Buch genommen worden sind. So sind sie der Öffentlichkeit weiter zugänglich.

Johannes Jensen

Filme als Quellen

Uwe Danker / Astrid Schwabe

Filme erzählen Geschichte

Schleswig-Holstein im 20. Jahrhundert

Neumünster: Wachholtz Verlag 2010,
143 S., m. zahlr. Abb. u. DVD

„Es gibt keine Quelle, es gibt kein Medium, das hinsichtlich seiner Intensität, seiner Faszination, Suggestivität, Ausdrucksstärke und Erlebnisqualität, aber auch seiner Genauigkeit und Realitätsnähe dem Film gleichkäme.“ Dieses Loblied des bekannten Fachdidaktikers Gerhard Schneider (Handbuch Medien im Geschichtsunterricht, Schwalbach 2010, S. 380) auf den Film als Medium speziell des Geschichtsunterrichts trifft gleichzeitig das Interesse der Zielgruppe. Fragt man Schüler, welche Medien/Methoden sie im Geschichtsunterricht bevorzugen würden, so stehen Filme und deren Auswertung zumeist ganz oben auf der Rangliste. Das in den letzten Jahren nicht zuletzt durch das Internet enorm angewachsene Angebot in Form von Mediatheken, Google-Bildersuche und YouTube stößt also offensichtlich auf eine große Nachfrage derjenigen, die sich freiwillig oder aus Pflicht mit historischen Themen auseinandersetzen. Dabei taucht in der Schule allerdings immer wieder das Problem der Zeit auf. Die ohnehin recht knapp bemessene Stundenzahl für das Fach Geschichte mit 45-minütigen Dokumentationen oder 90-minütigen Spielfilmen zu füllen, scheint vielen Kollegen nicht gerechtfertigt, zumal die intensive, quellenkritische Analyse eines Film oftmals ein wiederholendes Zeigen notwendig macht. Aus diesem Dilemma bietet die neue Veröffentlichung von Astrid Schwabe und Uwe Danker (unter Mitarbeit von Anne Voß,

Sebastian Lehmann und anderen) einen möglichen Ausweg. Für ihr Buch und die beigelegte DVD haben sie insgesamt 22 filmische Dokumente zur schleswig-holsteinischen Geschichte ausgewählt, von denen der Großteil aus der Produktion der Kieler Firma Nordmark-Film stammt. Die Filme sind zwischen zwei und fünf Minuten lang und jeweils in zwei Varianten verfügbar: zum einen im Original, zum zweiten in einer didaktisch aufbereiteten Version, die durch einen ergänzenden Kommentar bereits eine historisch-kritische Einordnung vornimmt. Im Geschichtsunterricht an den Schulen sollte jeweils die Originalversion gezeigt werden, um den Schülern eigenständige Erkenntnisse zu Machart und Perspektivität der Filme zu ermöglichen. Die Reihenfolge der Filme ist nicht chronologisch geordnet, sondern – nicht immer ganz stringent – thematisch nach den fünf Kapiteln Land und Leute: Gesellschaft; Ideal und Wirklichkeit: Werbung; Gestaltung und Propaganda: Politik; Protest und Aufruhr: Konflikte; Meer und Schiffe: Küstenland. Im Buch finden Lehrkräfte und Schüler, vor allem aber wohl an der schleswig-holsteinischen Geschichte Interessierte außerhalb des schulischen Kontextes zu jedem Film vier Seiten mit ergänzenden Informationen zum historischen Thema und zu den jeweiligen filmischen Mitteln. Filme wie Begleittexte können den im Titel angedeuteten Anspruch, die Geschichte Schleswig-Holsteins im 20. Jahrhundert in Filmen zu erzählen, sicherlich nicht vollständig einlösen. Es sind vielmehr Facetten der regionalen und Landesgeschichte, die hier mit bewegten Bildern wieder lebendig werden. Dabei haben die ausgewählten Filme eine sehr unterschiedliche Aussagekraft. Während einige (Studentenproteste vor dem Landeshaus 1969, Berufswettkampf der Landjugend 1958)

eher von anekdotischem Wert für damals Beteiligte scheinen und ohne die begleitenden Informationen im Buch wenig Erhellendes zur Geschichte beitragen, sind andere Filme ausgesprochene Schätze für einen anspruchsvollen Geschichtsunterricht. Hierzu zählen vor allem der Werbefilm für eine Kieler Einkaufsstraße aus dem Jahre 1950, die Dokumentation des Metallarbeiterstreiks 1956/57 aus der Sicht der Gewerkschaften und der NS-Propagandafilm zum Landleben 1938, der Schülern die nationalsozialistische Ideologie anschaulicher zeigen kann, als es viele Texte aus dem Schulbuch vermögen. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis und ein „einführendes Glossar“ zum Thema Film als historische Quelle gewährleisten den wissenschaftlichen Charakter des Werkes, auch wenn die Autoren zugunsten der Lesefreundlichkeit auf Einzelnachweise in ihren Texten verzichtet haben.

Die meisten der ausgewählten Filme sind von den Autoren bereits auf der Website des Virtuellen Museums veröffentlicht worden (www.vimu.info). Mit der Wiederaufnahme im Rahmen eines gebundenen Buches ist zugleich die berechtigte Erwartung verbunden, für die umfangreichste online-Sammlung von Texten und Materialien zur schleswig-holsteinischen und deutsch-dänischen Geschichte an den Schulen und in der interessierten Öffentlichkeit eine noch größere Verbreitung zu finden. Dank der Unterstützung der Sparkassenstiftung Schleswig-Holstein sind Buch und DVD mit jeweils einem Exemplar allen Schulen zur Verfügung gestellt worden. Es ist zu wünschen, dass sie auch eine entsprechende Wertschätzung erfahren und oft im Unterricht eingesetzt werden. Das Argument der fehlenden Zeit spricht jedenfalls nicht dagegen.

Hans-Joachim Langbehn

Marlen v. Xylander

Flüchtlinge im Armenhaus

Studien zu Schleswig-Holstein 1945-1949

Neumünster: Wachholtz Verlag, Zeit + Geschichte. Sparkassenstiftung Schleswig-Holstein, Bd. 16, Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Freilichtmuseums, Bd. 7, 2010, 336 S.

Schleswig-Holstein war Hauptaufnahmeland von Flüchtlingen und Vertriebenen in der „alten“ Bundesrepublik. Die Bevölkerungszahl des 1946 gegründeten Landes erhöhte sich um etwa zwei Drittel gegenüber dem Vorkriegsstand. Während die historische Forschung seit den 1960er Jahren für viele Bundesländer ausgezeichnete Regionalstudien zur Flüchtlingsproblematik und -integration erstellt hat, war dies bisher für Schleswig-Holstein nicht der Fall, so dass die hier besprochene, an der Universität Hamburg angenommene Dissertation von Frau Xylander eine Lücke der landesgeschichtlichen Forschung füllt.

Marlen von Xylander hat für ihre Dissertation umfangreiches schriftliches Quellenmaterial ausgewertet sowie 60 Interviews mit Zeitzeugen aus dem Kreis der Flüchtlinge und Vertriebenen geführt. Das Ergebnis ist eine handwerklich solide erstellte Stoffsammlung, welche die meisten Aspekte der Geschehnisse um die Flüchtlinge und Vertriebenen in Schleswig-Holstein darstellt. Ist die historische Forschung damit zufrieden gestellt?

Leider nein. Für den Fachhistoriker, aber auch für den interessierten Laien ist die Dissertation Xylanders unbefriedigend. Die Arbeit bearbeitet keine konkrete Fra-

gestellung, wie auch die Ergebnisse nicht in den größeren Zusammenhang gestellt werden. Es wird kein Bezug zur existierenden Forschung hergestellt, so dass auch nicht deutlich wird, was das Besondere an dem schleswig-holsteinischen Fall ist. Die teils sehr ausführlich zitierten Interviews wiederholen nur die bekannten Berichte zu Flucht und Aufnahme, wie sie in jeder besseren Dorfchronik stehen und auch schon im Rahmen eines Erinnerungsprojekts des Schleswig-holsteinischen Heimatbunds zusammengefasst wurden: Willy Diercks (Hg.), Flüchtlingsland Schleswig-Holstein, Heide 1997.

Der gerade im Norden durchaus wichtige Aspekt Flüchtlinge und Grenzkampf wird mit keinem Wort erwähnt. Dagegen gibt es lange Ausschweifungen in die allgemeine Geschichte, mit teilweise irritierenden Aussagen, z.B. dass die deutsche Landwirtschaft im Kriege so leistungsfähig war, dass sie die Ernährung der Bevölkerung auf hohem Niveau gewährleisten konnte (S. 24) – kein Wort zur systematischen Ausplünderung der besetzten Gebiete, deren Bewohner ganz bestimmt nicht auf gutem Niveau versorgt wurden.

Im Einzelnen sind die Kapitel analytisch schwach. Ein Zusammenhang oder roter Faden ist nicht erkennbar. Beim Kernthema der Arbeit, der Alltagsgeschichte, wird die methodische Problematik der Oral History deutlich. Xylander gibt lebendige Zustandsbeschreibungen über das Leben in der Nachkriegszeit aus Sicht der Flüchtlinge. Aber wieder wird der Gesamtzusammenhang nicht deutlich, und es schleicht sich ständig das Gefühl ein, das alles doch schon einmal irgendwo gehört oder gelesen zu haben.

Die Flüchtlingspolitik wird oberflächlich dargestellt. Die Maßnahmen der Regie-

rung Lüdemann, die ja wesentlich durch die Flüchtlinge ins Amt gewählt wurde, die Problematik vor Ort in den Gemeinden, die die Hauptlast der Integrationsarbeit zu tragen hatten, sowie das Problem der politischen Interessenvertretung, welches ja in Schleswig-Holstein zur Gründung des dann bundesweit angetretenen BHE führte, werden nur oberflächlich beschrieben statt wirklich analysiert.

Sicher ist es schwierig, ein bundesweit schon so durchforschtes Thema wie die Flüchtlinge und Vertriebenen noch mit neuen Aspekten zu füllen. Dem aber ganz aus dem Wege zu gehen und nur eine regionale Alltagsbeschreibung zu schaffen, kann nicht Zweck einer historischen Dissertation sein.

Martin Klatt

Nachbar Dänemark

Bernd Kretschmer

Dänemark

Eine Nachbarschaftskunde

Berlin: Ch. Links Verlag Berlin 2010,
222 S. ill.

Der Berliner Ch. Links Verlag hat sich mit seinen fundierten Länderporträts auf dem deutschen Buchmarkt erfolgreich positioniert. In diese Reihe gehört das Buch des ausgewiesenen Dänemark-Kenners Bernd Kretschmer, der als Skandinavist viele Jahre an der Dänischen Botschaft zunächst in Bonn, dann bis 1999 in Berlin mit der kulturellen „Vermarktung“ Dänemarks beschäftigt war. Es folgten das Dänische Generalkonsulat in Düsseldorf und schließlich seit 2003 die Leitung des Dänischen Kulturinstituts in Deutschland. Das Buch ist eine bewundernswert kennt-

nisreiche Anleitung zur Entdeckung der zahlreichen und vielschichtigen Aspekte unseres Nachbarlandes, die sich auch dem interessierten Touristen nicht ohne weiteres von selbst erschließen. Der Verfasser erläutert geschichtliche Zusammenhänge, die in die Gegenwart hineinwirken und ein hohes Maß an Identifikation der Dänen mit Eckpunkten der eigenen Geschichte und nationaler Symbolik bewirken.

Dem geschichtlichen Abriss folgen Kapitel über das Königshaus, die politische Willensbildung, die Einstellung der Dänen zu Europa und zur Einwanderung, zum Wirtschaftssystem und zur Sozialpolitik. Es folgen informative Exkurse über Kierkegaard, Grundtvig, das „Goldene Zeitalter“, H. C. Andersen bis hin zur dänischen Jazz-Szene. Den Abschluss bilden Kapitel über das (manchmal überzogene) dänische Selbstbewusstsein, über „Das deutsche Gespenst“ (S. 193-208) und die „Glücklichen Dänen“ (S. 209-212). Die letzten Seiten sind einer ausgezeichneten Literaturübersicht und einem nützlichen Adressenverzeichnis gewidmet.

Eine kritische Bemerkung sei dennoch erlaubt: Ist das Buch in Teilen eine deutsche Projektion, also eine Liebeserklärung an ein Land in Harmonie mit sich selbst und seiner Geschichte? Mit Sicherheit ist es – bei aller Sach- und Detailkenntnis – eben doch der selektiv-empathische Blick von außen auf ein Land, das bei einer kritisch-kompetent analysierenden Innenansicht in mancherlei Hinsicht anders aussieht. So schrieb die angesehene dänische Tageszeitung „Information“ in der Überschrift ihrer Rezension des Buches am 4. Juni 2010: „Et Danmarks-billede af i går. – Bernd Kretschmer portrætterer Danmark til et tysk publikum. Billedet er tegnet i lyserøde farver. Så lyserøde, at de blænder.“

(Das Bild eines Dänemarks von gestern.
– Bernd Kretschmer beschreibt Dänemark
für ein deutsches Publikum. Das Bild ist

in rosaroten Farben gehalten. So rosarot,
dass sie blenden).

Eckhard Bodenstein

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Dr. Eckhard Bodenstein
Hærulfsvej 12
DK-6330 Padborg

Anna Buck, M.A.
Uhlandstraße 5
24116 Kiel

Harro Hallmann, cand. scient. pol.
Bund Deutscher Nordschleswiger
Vestergade 30
DK-6200 Aabenraa

Prof. Dr. Reimer Hansen
Rhodeländerweg 40b
12355 Berlin

Dr. Johannes Jensen
Weberkoppel 12
24321 Behrendorf/Stöfs

Martin Klatt, Lektor ph.d.
Institut for Grænseregionsforskning
Syddansk Universitet
Alsion 2
DK-6400 Sønderborg

Hans-Joachim Langbehn
Maisstieg 14
24941 Flensburg

Dr. Jörn-Peter Leppien
Libellenring 15
24955 Harrislee

Dr. Klaus-J. Lorenzen-Schmidt
Staatsarchiv
Kattunbleiche 19
22041 Hamburg

Thomas Pantléon
Slukefterweg 10
24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharlt
Kulturstiftung des Kreises
Schleswig-Flensburg
Suadicanistraße 1
24837 Schleswig

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
VUC Sønderjylland
Christiansfeldvej 31 D
DK-6100 Haderslev

Dr. Broder Schwensen
Stadtarchiv Flensburg
Rathausplatz 1
24937 Flensburg

Reimer Hansen, Geschichtliche Bedeutung und Aktualität des Historikers Friedrich Christoph Dahlmann. Rückblick und Würdigung aus Anlass seines 150. Todestages
 Abb. 1: Friedrich Christoph Dahlmann, *Geschichte von Dänemark*, Bd. 1, Hamburg 1840; Abb. 2: Privatbesitz; Abb. 3: Nachlass F.C. Dahlmann 1.5, Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz

Matthias Scharl, „Mein oberstes Prinzip ist die Ehrlichkeit!“ Der Maler Gerhart Bettermann und seine angebliche Flucht nach Schleswig-Holstein 1933/35
 Abb. 1: Gerhart Bettermann, Werner Rieger, *Gruppe Schleswig-Holstein* 1956, Schleswig 1958; Abb. 2, 3, 4 u. 8: *Katalog Gerhart Bettermann, Malerei und Grafik*, Schleswig 1990; Abb. 5: *Flensburger Nachrichten*, 17.10.1935; Abb. 6: *Flensburger Illustrierte Nachrichten*, 17.11.1937; Abb. 7: Stadtarchiv Kappeln

Jörn-Peter Leppien, Kommunalpolitik im deutsch-dänischen Umfeld. Ein Interview mit dem bisherigen Flensburger Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner
 Abb. 1: Stadt Flensburg, Pressestelle; Abb. 2: *Flensburger Tageblatt*, 30.12.2010. Foto: Marcus Dewanger; Abb. 3: *Der Nordschleswiger*, 22.1.2011

Harro Hallmann, Die Finanzierung von Minderheiten am Beispiel der deutschen Volksgruppe in Dänemark
 Abb. 1-3 u. 5: BDN; Abb. 4: BDN, Foto: Harro Hallmann

Umschau Abb. S. 61: ADS-Grenzfriedensbund. Foto: Christine Ehmsen

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2010 IN DEN
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

ANNA BUCK	Minderheitenleben – konkret. Einblicke in ein Forschungsprojekt	Heft 4 Seite 265 ff.
ANJA CHRISTIANSEN	Zukunftsfaktor Vielfalt. 7. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: Die Grenzverbände und ihre Perspektiven	Heft 4 Seite 275 ff.
JENS CHRISTIAN HANSEN	Skandinavien in der Zeit des National- sozialismus und die „Aktion Bernadotte“. Ein Tagungsbericht	Heft 3 Seite 195 ff.
LARS N. HENNINGSEN	Der Ildstedt-Löwe – Geschichte und Politik. Vom Misstrauen zur Freundschaft	Heft 2 Seite 109 ff.
CHRISTOPH JESSEN	Deutsch-dänische Nachbarn mit einer spannenden Geschichte	Heft 2 Seite 95 ff.
JØRGEN KÜHL	Eine Kehrtwende der Minderheitenpolitik? Der Konflikt um die Finanzierung der Schulen der dänischen Minderheit 2010	Heft 4 Seite 285 ff.
KARL CHRISTIAN LAMMERS	Der 9. April 1940. Ein Schicksalstag in der deutsch-dänischen Geschichte	Heft 4 Seite 255 ff.
JÖRN-PETER LEPPIEN	Der Ildstedt-Löwe – ein Denkmal mit vielen Gesichtern	Heft 2 Seite 127 ff.
	Sklavenarbeit für den „Endkampf“. Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund	Heft 3 Seite 203 ff.
KLAUS-JOACHIM LORENZEN-SCHMIDT	550 Jahre Ripen. Streit über eine alte Urkunde	Heft 3 Seite 187 ff.
LENA MÖLLER	Die Grenzfriedenshefte 1953-2008. Ein Spiegel der Zeit oder Zeichen der Geschichtspolitik?	Heft 1 Seite 7 ff.
MARTIN RHEINHEIMER/ STEEN BO FRANDBSEN	Das neue Standardwerk „Sønderjyllands Historie“. Zwei kritische Betrachtungen	Heft 1 Seite 43 ff.
ANKE SPOORENDONK	L 98 – Sydslesvigloven. Das neue Südschleswiggesetz des dänischen Folketings	Heft 2 Seite 151 ff.

